

Bonn, Donnerstag 9. Dezember 1971

*Sprecher: Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Eyrich, Filbinger, Göb, Hahn, von Hassel, Hasselmann, [Hennig], Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, [Lenz], Müller-Hermann, Schwarz-Schilling, Stingl, Vogel, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Politische Lage. Kanzlerkandidatur 1973. Bericht des Schatzmeisters. Bericht von Frau Dr. Wex zum Thema Massenmedien. Bericht des Vorsitzenden der Grundsatzkommission. § 218 StGB. Terminplan für 1972. Rednereinsatz in Baden-Württemberg.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich eröffne die zweite Sitzung des Parteivorstandes. Leider ist Kollege Amrehn ziemlich schwer erkrankt. Er läßt sich entschuldigen.

Ich will den Bericht zur Lage so kurz wie möglich machen. Ich habe den Eindruck, daß wir mit dem Jahreswechsel die Konsolidierung so weit, wie es möglich ist, doch erreichen können. Wir hatten eine Klausurtagung des Parteipräsidiums<sup>1</sup>, jetzt eine Klausurtagung der Bundestagsfraktion<sup>2</sup>, und aus all dem ergibt sich ein sehr großer Gleichklang in den politischen Grundauffassungen, in dem, was möglich ist und was auch gesellschaftspolitisch richtig ist. Ich räume ein, daß es für mich natürlich besonders wichtig ist und wir mit dem Blick auf das nächste Jahr davon ausgehen können, daß für die Vertragsdebatte, die uns erwartet, über den Moskauer Vertrag eine Einstimmigkeit festzustellen ist, die sich bei den anderen sicher auch erreichen lassen wird. Sie müssen davon ausgehen, daß wir mit der negativen Haltung zum Moskauer Vertrag im Bundestag nicht allein bleiben werden. So ist im Augenblick die Situation, daß keiner weiß, was sich im nächsten Jahr politisch entwickelt. Natürlich waren diese Klausurtagungen, wie das nun mal in der praktischen Politik ist, durch aktuelle Dinge überladen, einmal um die Frage in Berlin. Ich weiß nicht, ob Herr Lorenz nachher hier sein wird oder Herr Marx. Es ist für sie jetzt sehr schwierig, das Gelände ist völlig undurchsichtig hinsichtlich der Gründe des Nichtzustandekommens der Paraphierung. Ich glaube, daß ich von allen Seiten alle Informationen bekommen habe, die es gibt.

---

1 Protokoll vom 22. November 1971 in ACDP 07-001-1404.

2 Protokoll vom 6./7. Dezember 1971 in ACDP 08-001-1027/2.

Ich habe auch mit Herrn Schütz in Berlin gesprochen. Es ist völlig undurchsichtig, ob hier eine Panne vorliegt, ob der eine den anderen falsch eingeschätzt hat oder ob hier Dinge im Spiel sind, die wir heute alle noch nicht zu übersehen vermögen. Auf jeden Fall wird das, was sich möglicherweise bei optimistischer Schätzung aus dem Lager der Regierung in den nächsten Tagen vielleicht doch noch als Kompromiß oder als Erfolg abzeichnen wird, von der Bundestagsfraktion, und ich glaube auch nach den Einlassungen des Parteivorstandes, nicht als eine befriedigende Berlin-Lösung bezeichnet werden können.

Wenn wir uns ansehen, was die Bundesregierung im Juni dieses Jahres durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen als Faltblatt – es ist beinahe eine Broschüre – herausgegeben hat über die Möglichkeiten des Reiseverkehrs von und nach Berlin und in Deutschland, dann steht das so drin, wie das ist mit Zigaretten und Geldumtausch. Wenn man sich das genau anguckt und sich vorstellt, dies ungefähr würde aufgeschrieben und in einen Vertrag genommen, da hat man ungefähr die Vorstellung, daß der Warenverkehr besser werden wird, weil dort sehr viel plombiert werden kann, und das ist in Ordnung. So muß zwar eine zweite Plombe angebracht werden, damit keine Wartezeiten entstehen; der Personenverkehr bleibt visapflichtig. Besser wird, daß das global abgegolten wird. Es entstehen natürlich insgesamt Haushaltsbelastungen, wenn Sie diese Straßenbenutzungsgebühren, die Visa-Gebühren nehmen, und wenn Sie, da wir hier vertraulich reden, diese hohen Summen dazu nehmen, die aus dem seinerzeit in Gang gesetzten Menschenhandel entstehen. Dann kommen Sie doch auf Beträge, die nicht nur hunderte Millionen, sondern eher den tausend Millionen sehr viel näher kommen. Das wird natürlich langsam auch ein politisches Problem, wenn Sie Postabgeltung, die Telefonabgeltung, Visa-Abgeltung, Wegebenutzungsabgeltung und diese Dinge zusammenrechnen. Man sollte das sehen und irgendwann sich vorbehalten, darauf zurückzukommen. Die Freunde in der Berliner CDU sind in der ganzen Sache eher noch ein ganzes Stück härter, ablehnender, mißtrauischer, als wir es hier auf der Bundesseite auf diesem Gebiet sind.

Ich möchte nur festhalten, und das ist für uns alle wichtig, daß der Regierende Bürgermeister mit dem Beifall der Öffentlichkeit für sich und mit unserer Unterstützung – wir haben die nicht laut ausposaunt, weil ihm das nur geschadet hätte in den letzten zwei Tagen – in Anspruch nahm, die ganze Sache anzuhalten, weil mit der Kontingentierung und mit den Autos was nicht in Ordnung war, auf die Gefahr hin, diese ganze Friedenspolitik zu stoppen bis zur Sicherheitskonferenz. Als ich ihm dies sagte, wurde er natürlich etwas weiß, aber er glaubte wohl, die Sache lösen zu können. Als ich sagte, es könnte ja sein, daß sie geglaubt haben, ein Streichholz zu ziehen und das Gebäude zum Einsturz bringen, hat ihm das nicht sehr gefallen. Ich glaube also, daß uns zu Berlin nichts anderes übrig bleibt, als uns an die Kategorien zu halten, die hier eine Rolle gespielt haben im September des vergangenen Jahres und in der Zwischenberichterstattung von Herrn Marx, der noch verhindert ist. Dies ist nicht eine befriedigende Berlin-Lösung, der Status Berlins ist verschlechtert, und das, was uns wirklich beschwert und was die Berliner beschwert, ist ein Punkt, den man gar nicht aussprechen darf, nämlich die Sorge, am Schluß gehen zwei deutsche Staaten in die UNO und dann

wird sich der Art. 116 mit der einen Staatsangehörigkeit nicht mehr halten lassen. Wo sind dann die Berliner?

Ich will auf das Betriebsverfassungsgesetz, den zweiten Punkt der aktuellen Debatte, die uns viele Stunden im Parteipräsidium gekostet hat, hier nicht zurückkommen. Die Sache ist jetzt im Vermittlungsausschuß. Ich erwarte nicht, daß es dort ein großes Ergebnis gibt. Und dann werden wir im Bundesrat vor der Frage stehen, wie unsere Freunde sich verhalten. Das ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Wenn die sich alle enthalten, ist eine Zustimmung nicht zustande gekommen, weil nach der Geschäftsordnung des Bundesrats eine positive Mehrheit da sein muß. Also bleibt wieder einmal die Frage an unseren Freund Filbinger zu stellen, ich weiß nicht, ob wir dies nachher diskutieren sollten und wollten. Wir waren im Parteipräsidium nicht ganz einer Meinung, aber überwiegend tendierten wir dahin, nun nicht den unberechtigten, aber wirksamen Vorwurf einstecken zu müssen, wir wollten etwa die Betriebsratswahlen verzögern.

Ich möchte, bevor ich nachher auf die Verträge und das komme mit dem Blick auf das nächste Jahr, uns alle noch einmal einladen, alle Anstrengungen zu machen – bei aller Priorität, weil die ökonomischen Dinge ja alle reparabel sind – uns nicht die Verträge als einziges Thema aufzwingen zu lassen, obwohl es natürlich operativ die Kernfrage des nächsten Jahres sein wird. Aber es darf nicht das einzige Thema werden, und deshalb müssen wir mit den gesellschaftspolitischen Initiativen wie mit der Kritik an der Bundesregierung fortfahren. Wobei wir in der Gesellschaftspolitik bei den Renten und bei dem Eigentum unsere Schwerpunkte sehen und bei den Beschlüssen bleiben sollten, die wir hier gefaßt haben. Wenn ich die Rentenpolitik richtig begriffen habe, ist das erste das allgemeine Rentenniveau, das zweite sind die Hausfrauen, und das dritte die Öffnung für die Selbständigkeitsklausel, das vierte ist dann die flexible Altersgrenze, die man nach unserer Meinung pragmatisch angehen kann, und schließlich die Schwerbeschädigten des Krieges und die Kranken.

Einige glauben, und das findet heute Ausdruck in dem Aufsatz von Herrn Dreher in der „Süddeutschen Zeitung“<sup>3</sup>, über den ich mich eher amüsiert habe, daß wir zu wenig täten. Ich möchte sagen, daß ich auf diesen Aufsatz gewartet habe, denn dieser Vorwurf wird kommen. Aber ich glaube, daß wir hier eine methodische Politik machen müssen. Nämlich die Politik, daß, wenn wir uns entschließen als der solidere, besonnene und deshalb reformwilligere Teil der deutschen Politik zu erscheinen, wir dann auf keinen Fall einen hektischen Eindruck machen dürfen und in der Luft herumbalieren. Also mir ist es lieber, man sagt, die Opposition hat ihre Positionen, aber die ist dann nicht jeden Tag da, was ja gar nicht stimmt, als daß man sagt, sie ist hektisch, sie ballert in der Luft herum, und wir können nicht mehr zuhören. Denn es war ja unsere Überzeugung, für ein paar Wochen einmal den Lautsprecher der Opposition etwas abzustellen, weil die Nachrichten sich selbst produzieren, wie Streik, oder die Lohn- und Preissteigerung. Und ich würde wirklich sehr bitten, daß wir uns hier nicht anstecken lassen und in eine Hektik geraten.

---

3 Nicht ermittelt.

Daß wir inzwischen die Probleme mit der CSU, die uns ja oft beschäftigt haben, gelöst haben – ich nehme an, daß sie heute ihre Beschlüsse fassen wird<sup>4</sup> – ist bekannt. Die Beschlußfassung eines gemeinsamen Papiers ist Ihnen zugegangen.<sup>5</sup> Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Verhandlungskommission und kann nur sagen, wir waren wirklich in einer hervorragenden Solidarität. Ich möchte mich bei meinem Nachbarn zur Linken bedanken, der in einer schwierigen halben Minute der Verhandlung durch eine ganz feste Haltung wirklich zur Beschleunigung des Verfahrens beigetragen hat. (*Beifall.*) Wir sollten uns dieses Papiers nicht zu laut rühmen, obwohl es das unsere ist. Es steht sehr viel mehr drin, als die gegnerische Presse behauptet. Es sind ja auch nur Leitsätze, aus denen sich eben das anspruchsvolle Ziel für das Jahr 1973, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu haben, ergeben soll.

Ich möchte gerne, da ich leider um 16.30 Uhr, das ist nicht meine Absicht gewesen, als wir diese Sitzung anberaumten, Sie verlassen muß, denn es hat sich der sowjetische Botschafter wegen meiner morgigen Reise<sup>6</sup> dringend noch einmal für 17.00 Uhr angesagt und hinterher noch ein anderer Botschafter aus dem Westen. Deshalb möchte ich darauf verzichten, den Teil über die Partearbeit vorzutragen, den ich neulich im Präsidium vorgetragen habe. Es hat keinen Zweck, das in fünf Minuten zu machen, denn dazu braucht man sicher länger. Ich möchte statt dessen mich gleich auf diese Reise und die bevorstehende, vielleicht unmittelbar bevorstehende Entscheidung in Sachen Verträge zubewegen.

Sie haben heute gelesen, daß der Bundeskanzler erklärt hat, er hoffe, die Ratifikation komme im Frühjahr. Dies ist natürlich völlig ausgeschlossen nach der Verfassungslage. Aber nehmen wir das einmal an, und ich habe Grund, das, was ich jetzt vortrage, als realistisch darzustellen. Ich glaube, wir sind es Herrn Kollegen Filbinger auch schuldig, darüber jetzt hier zu sprechen. Nehmen wir einmal an, die einigen sich irgendwie in diesem Stückchen, was für Berlin noch offen ist, und gehen ein auf die Scheel-Linie<sup>7</sup>, was das Gegenjunktum betrifft. Dann werden wir die Verträge im Bundesrat in der ersten Hälfte Februar haben. Es gibt wohl Bemühungen der Regierung, die Frist zu verkürzen, ich nehme aber an, daß unsere Freunde in den Ländern sich auf

---

4 Der CSU-Parteivorstand hatte der Nominierung Barzels zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien am 9. Dezember 1971 zugestimmt, vgl. dpa vom 9. November 1971 „Parteivorstände stimmen Nominierung Barzels zu“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 10. Dezember 1971 „Unions-Vorstand billigt Barzels Nominierung“.

5 Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 30. November 1971 über die gemeinsame Sitzung der Kommissionen von CDU und CSU zur Formulierung eines Sachprogramms. Das von Strauß und Barzel paraphierte Papier findet sich in ACDP 07-001-1461.

6 Sowjetischer Botschafter war seit Mai 1971 Valentin Falin. – Barzel hielt sich vom 10. bis 16. Dezember 1971 zu Gesprächen in Moskau auf. Zur Berichterstattung in der Presse vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation Wochenpresse „Barzels Moskareise“ vom 16. Dezember 1971; GRAU S. 233-235.

7 Die sowjetische Seite beharrte auf einem gleichzeitigen Inkrafttreten von Moskauer Vertrag und Berlin-Regelung. Scheel bedeutete in einem Gespräch mit Breschnew am 29. November 1971, daß sich durch dieses Junktum die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz verzögern könnte. Vgl. AAPD 1971 Dok. 420; SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 183.

eine Fristverkürzung bei dieser wichtigen Gesetzgebung auf gar keinen Fall einlassen. (*Zwischenruf.*) Na gut, wenn das da gepuscht wird, haben wir schon formal ein hervorragendes Argument. Also, nehmen wir einmal an, wir sind politisch im Februar. Durchpfeitschen ist natürlich ganz schlecht. Ich möchte gerne, daß wir dies alles sehr sorgfältig hören und vielleicht dann auch kritisch diskutieren oder anders beschließen, weil wir damit natürlich Weichen stellen für den Wahlkampf in Baden-Württemberg.<sup>8</sup> Dann wird der erste Durchgang im Bundesrat nach meiner Vorstellung so sein, daß von uns aus nicht eine Situation entsteht, die so kämpferisch ist, daß die Regierung in Stuttgart darüber im Februar beim ersten Durchgang im Bundesrat zerbrechen muß. Normalerweise werden im Bundesrat im ersten Durchgang aus Tradition Gesichtspunkte genannt und Fragen aufgeworfen, die das Parlament zu prüfen hat. Ich möchte an dieser Stelle gleich, weil ich es sonst vergesse, einen kleinen Ausflug machen auf die Rechtsfrage einschließlich in Karlsruhe.

Wir haben die bayerische Staatsregierung vor über einem Jahr gebeten, die Rechtsfragen des Vertragswerks amtlich zu prüfen. Auch die Landtagsfraktion hat die Regierung darum gebeten. Die prüfen und prüfen bis zum ersten Durchgang und werden das Ergebnis der Prüfung, nicht der Entscheidung, im ersten Durchgang in die Debatte im Bundesrat einfließen lassen, um so Fragen aufzuwerfen, die der Bundestag aufnehmen muß, damit wir die Begründung haben, daß der Rechtsausschuß, Vorsitz Carl Otto Lenz, sich mit der Sache befassen muß. Der Rechtsausschuß wird dann sicherlich ein paar Hearings machen und sehen, was hier zu machen ist. Er wird auch prüfen, vor allen Dingen für unsere Fraktion und für die Parteien, ob etwa eine Klage, die den Zweiten Senat erreicht, einzureichen ist. Die Meinungen darüber gehen unter uns auseinander. Wir wären töricht, heute zu sagen, wir werden klagen. Wir wären genauso töricht zu sagen, wir werden nicht klagen. Und ich werde ganz sicherlich nicht bereit sein, in Moskau auch nur zuzusagen, wir werden wenigstens nicht klagen. Zumal es nicht nur Klagen gibt, die den Zweiten Senat angehen, sondern auch Klagen gibt jedes Bürgers dieses Landes, nach Art. 19 Abs. 4 GG<sup>9</sup>, die z. B. der Fabrikbesitzer aus Breslau zum Ersten Senat nach Karlsruhe schicken kann für den Fall, daß er meinen sollte, das Vertragswerk enteigne ihn entschädigungslos, und der Lastenausgleich sehe ja nur eine Zwischenhilfe vor. Wie weit eine solche Einlassung materiell berechtigt ist, will ich überhaupt nicht prüfen. Die Frage ist nur, ob sie schlüssig ist und vom Präsidenten des Ersten Senats angenommen werden muß. Ich würde jetzt sehr herzlich bitten, diese Argumentation noch nicht laut zu sagen. Das ganze Karlsruhe-Problem ist also nur so zu beantworten: Es ist voller Ungewissheiten. Keiner weiß, was da geht, und deshalb ist niemand im Stande, weder bei der Regierung noch bei der Opposition, Termine zu nennen für mögliche Ratifikationen.

---

8 Ergebnis der Landtagswahl am 23. April 1972 in Baden-Württemberg: CDU 52,9 %, SPD 37,6 %, FDP/DVP 8,9 %.

9 Abs. 4 lautet: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Art. 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.“ Text im Internet: [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_19.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_19.html).

Ich kehre zurück zum ersten Durchgang im Bundesrat nach diesem Einschub. Wenn das so läuft, wir uns dies also vorstellen, entsteht da keine Kontroverse mit dem Zwang für Herrn Filbinger, praktisch zu brechen. Wenn die anderen das wollen, wäre es etwas zweites, dann enthebt uns das nicht zu votieren, d. h. uns politisch zu äußern. Wir müssen einfach davon ausgehen, daß, wenn nicht die Weltgeschichte plötzlich wegen der Berliner Sache eine andere Wendung nimmt, im baden-württembergischen Wahlkampf diese Frage eine große, wenn nicht die tragende Rolle spielt. Das bedeutet, daß wir politisch möglichst alle – die Partei, auch die CSU und die Fraktion – auf einer Linie votieren müssen. Das steht also bevor. Dieses Votum, was wir abzugeben haben werden, sollte so sein, und das bedarf des Nachdenkens nicht nur für die Klugheit nach außen, sondern auch, weil die Einstimmigkeit der Bundestagsfraktion nicht zu haben ist um den Preis jedweder Argumentation, sondern nur um den Preis einer differenzierten Argumentation. Ich habe die Fraktion zweimal in den letzten Wochen befragt bzw. gesagt, daß da jedes Mitglied der Fraktion unsere Usance und unsere Geschäftsordnung kenne. Wenn einen sein Gewissen plage, müsse er dies, so sind unsere Übungen, dem Vorsitzenden privat sagen. Und ich habe zweimal gesagt, es sei noch keiner des Moskauer Vertrages wegen bei mir gewesen oder habe sich schriftlich geäußert in einem Brief der Fraktion. Ich habe keine andere Meinung gehört, so daß ich, was diesen Vertrag betrifft, von Einstimmigkeit ausgehe, und das ist zunächst das Entscheidende. Wir können deshalb getrost dieser Debatte entgegensehen, selbst für den Fall, daß dann der Bundeskanzler aufsteht und sagt, wir machen eine große Freigabe der Gewissen hier. Das ist eine Position, die uns überhaupt nicht stört, weil wir aus Gewissensentscheidung und ohne jeden Druck oder Zwang, nachdem die Sache 1 ½ Jahre vorliegt, eine Einstimmigkeit haben. Wir sollten so argumentieren, daß uns die Gutwilligen im Lande alle verstehen und möglichst die Mehrheit dies billigt. Ich sage möglichst. Sie müssen nicht so argumentieren, daß es die Mehrheit versteht, das wäre Opportunismus, der hier in dieser Frage nicht möglich ist. Wir sollten so argumentieren, daß wir im Ausland viel Verständnis finden und deshalb wenigstens von einigen wichtigen Stimmen die Drohkulisse und die Isolierungsgefahr von uns genommen werden. Und schließlich müssen wir, da wir ja eine Opposition nicht à la Wilson<sup>10</sup> machen, mit deutscher Gründlichkeit heute das sagen, was wir morgen tun werden, und das auch selber glauben, vor allem also ganz seriös sein. Wir müssen uns so einlassen, wie wir morgen als Regierung uns einlassen würden. Das ist alles ziemlich schwierig.

Nun haben wir – ich habe dies im Parteipräsidium vorgetragen – dies in der Ostkommission der Fraktion vorgetragen, ich habe es etwas geraffter in der Gesamtkommission vorgetragen. Und ich möchte es auch hier sagen: Wir haben uns verständigt auf vier Schwerpunkte der Argumentation. Und das ist sehr wichtig. Das Rechtliche lassen

---

10 Harold Wilson (1916–1995), britischer Politiker (Labour Party); 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 157 Anm. 39. – Anspielung auf die ambivalente Haltung Harold Wilsons und der Labour Party zum britischen EWG-Beitritt. Vgl. Roy DENMAN: *Missed Chances. Britain and Europe in the Twentieth Century*. London 1996 S. 231–242. Zur Haltung Wilsons in seiner Regierungszeit vgl. Dominic SANDBROOK: *White Heat. A History of Britain in the Swinging Sixties*. London 2007 S. 387–391.

Sie bitte mal außen vor, das habe ich vorher behandelt, ich habe es prozessual behandelt, weil ich Inhaltliches noch nicht sagen kann. Das erste ist das Argument der Einsichtnahme in die Protokolle. Ich nehme an, daß Ihnen das Thema so übel aufstößt wie mir, aber ich muß es jeden Tag wieder sagen. Ehrlich gesagt hatte ich nicht sehr viel von diesem Argument erwartet. Es war die Idee von Georg Kliesing<sup>11</sup>, der es uns reingeschrieben hat in unseren Beschluß, und die Sache ist hervorragend bei jungen Menschen. Die jungen Kollegen aus der Fraktion kommen, und wir erleben es ja alle selber, und sagen, bei Schülern wird das Demokratieverständnis gestört, wenn man sagt, ist das wirklich wahr, daß Herr Barzel, ein vereidigter Minister und früherer Beamter, der weiß, was das bedeutet, das nicht sehen darf. Das erweckt unerhört viel Mißtrauen und hat außerdem den Vorzug, in der angelsächsischen Welt völlig verstanden zu werden – die Einsicht in die Protokolle. Daß dann im Volksmund aufkommt, der fährt nach Moskau, um die Protokolle zu lesen, ist natürlich abwegig. Aber das spielt keine Rolle, das Thema ist da. Herr Wehner hatte vor seiner Erkrankung gesagt: „Warum sollte er sie eigentlich nicht sehen?“ Und acht Tage später hat Herr Scheel gesagt, es gebe gar keine.

Hier wieder einen ganz kleinen Annex zu den Fakten. Ich hatte dem Bundeskanzler vor drei Wochen gesagt, daß ich morgen diese Reise antrete und daß ich zum Gespräch zur Verfügung stünde. Er ist darauf nicht zurückgekommen. Ich habe dann einen Brief geschrieben, ich möchte die Protokolle vorher lesen. Und habe daraufhin einen Brief bekommen, ich kriegen sie nicht. Also die, von denen Herr Scheel sagte, es gebe sie gar nicht. Der Kanzler hatte aber gesagt: „Herr Scheel wird Ihnen einige Teile geben, und zwar die Teile, die die Bundesregierung die Absicht hat, in die Ratifikationsdebatte, und da ist sie noch nicht entschieden, entweder im Auswärtigen Ausschuß oder auch in der Öffentlichkeit einzuführen.“ Diese Teile habe ich inzwischen gesehen und kann nur sagen, da ich über den Inhalt nichts zu sagen die Absicht habe, wenn Sie Protokollnotizen sehen, in denen das Zitat mit Pünktchen anfängt, und im Zitat Pünktchen sind, wächst der Appetit, das Ganze und den Kontext zu lesen. Das heißt also, in dieser Sache sollten wir weiterfahren, und es sollte sich vielleicht noch die eine oder andere Landesregierung bei uns überlegen, ob man nicht im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats mit dem Thema etwas anfängt.

Die zweite Argumentation sollte die sein, die auf dem Düsseldorfer Parteitag Herr Kollege Schröder öffentlich begonnen hat<sup>12</sup> und die wir dann fortgesetzt und in Saarbrücken auch formuliert haben<sup>13</sup>, nämlich die, daß in einer parlamentarischen Demo-

---

11 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1949–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 110 Anm. 4. – Vgl. FAZ vom 23. März 1971 „Barzel fordert Einblick in Moskauer Protokolle“. Dazu auch Debatte im Bundestag über die Dringlichen Mündlichen Fragen der Abgeordneten Marx und Petersen vom 24. März 1971 (BT-Drs. VI/2012), vgl. Sten.Ber. 6. WP 111. Sitzung vom 26. März 1971 S. 6505–6513.

12 Zum Appell Schröders auf dem Düsseldorfer Parteitag vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 446–452.

13 Zur Diskussion auf dem Saarbrücker Parteitag über die Haltung der Opposition zur Regierung vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.

kratie eine Regierung mit ihrer Mehrheit für ihre Politik einsteht. Und wenn sie mehr will, dann muß sie eben vorher sich um eine Gemeinsamkeit mit der Opposition bemühen. Ein ganz normales formales Argument, das mindestens westliche Journalisten, soweit sie angelsächsisch sind, nicht unberührt läßt. Ich brauche deshalb dazu, glaube ich, mehr nicht zu sagen.

Das dritte ist ein sachliches Argument. Das ganze Vertragswerk ist nach unserer Meinung unvollständig, und es ist auch unvollständig nach den ursprünglichen Einlassungen der Bundesregierung, weil der innerdeutsche Teil fehlt. Das, was man jetzt macht, ist die Ausfüllung des West-Berlin betreffenden Alliierten-Abkommens. Es gibt nichts, was wirklich im Sinne der Herstellung von Menschenrechten, das war die Ziffer 3 von Kassel<sup>14</sup>, oder hinsichtlich der vielen Erklärungen des Bundeskanzlers, die alle vorliegen, innerdeutsche Entkrampfung und Entspannung bringt.

Und der vierte Punkt betrifft den Vertrag, und ich spreche immer nur vom Moskauer. Vergleichsweise gilt er aber eben nicht ganz, er ist nicht ganz kongruent hinsichtlich des Warschauer Vertrages, über den wir später werden sprechen können. Ist das, was hier nun steht, alles endgültig, oder ist das vorläufig? Das ist die fundamentale Frage. Die Sowjetunion sagt bisher, es ist endgültig. Die Bundesregierung sagt, es ist vorläufig. Die Bundesregierung hat die Große Anfrage der Bundestagsfraktion in einer Weise beantwortet<sup>15</sup>, daß, wenn das alles stimmen sollte, was da steht, unsere Argumentation nicht leicht wird. Denn was da steht an gesamtdeutschen und Selbstbestimmungsrechtsvorbehalten, ist beträchtlich. Wir haben diese Debatte verschoben, weil es keinen Zweck hat, sie in der nächsten Woche zu führen. Wir wollen sie in den Januar mitnehmen.

Das heißt nun aber, wenn wir diese vier Argumentationsketten gelten lassen, daß wir auf die anderen eben alle verzichten, und daß wir dann natürlich uns der Frage stellen müssen, sei es drinnen, sei es draußen, sei es im Wahlkampf, sei es übermorgen, was müßte denn geschehen, um diesen Vertrag für Euch zustimmungsfähig zu machen? Die Frage liegt doch natürlich auf dem Tisch. Da muß man sagen, daß es nicht nur um einen Vertrag, sondern um eine Politik geht, und da gibt es nicht sehr viele Argumente, sondern wenige, aber dann hoffentlich eben zutreffende. Einmal, daß der wirklich wichtige Vertrag über die Lage der Deutschen in Deutschland fehlt, d. h., der Kern der Ostpolitik ist nicht erreicht. So haben wir immer gesagt. Keine neue Forderung. Das zweite ist: Im Vertrag selbst steht nichts von dem Vorbehalt des Friedens-

---

14 Dies war einer der von Brandt beim Treffen mit Stoph am 21. Mai 1970 in Kassel vorgetragenen 20 Punkte für einen Vertrag mit der DDR, vgl. DzD VI/1 S. 548–592, hier S. 554f. Zum Kasseler Treffen vgl. auch Nr. 7 Anm. 31.

15 Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Deutschland- und Außenpolitik vom 14. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2700) sowie Antwort des Bundesministers des Auswärtigen vom 11. November 1971 (BT-Drs. VI/2828). Die Aussprache fand vom 23. bis 25. Februar 1972 im Rahmen der Beratung über den deutsch-sowjetischen und den deutsch-polnischen Vertrag im Bundestag statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 171. Sitzung S. 9739–9771, 172. Sitzung S. 9833–9935 und 173. Sitzung S. 9941–10003. Vgl. auch „Die Welt“ vom 13. Oktober 1971 „Opposition will von Regierung klare Auskünfte über Ostpolitik“.



vertrags, vom Selbstbestimmungsrecht und von dem Ziel der Einheit der Nation. Und das dritte sind dann die Argumentationen, die sich aus der Mehrdeutigkeit ergeben, das aber nur etwas für wirklich Kundige ist. Ich kann alle Unkundigen nur warnen, sich auf dieses Gebiet zu begeben, denn das ist ziemlich schwierig.

Bleibt als letztes mitzuteilen und natürlich auch zu bedenken, auch für die öffentliche Wirkung bei uns, das betrifft dann wohl mehr den Warschauer Vertrag, den ich heute außen vor lassen möchte. Wir haben den Kollegen Stoltenberg gebeten in der Sitzung des Präsidiums neulich, folgende Frage zu prüfen, weil dafür die Mittel der Fraktion und auch der Bundespartei hier nicht ausreichen, wie es sich verhält mit der Tatsache, daß der Lastenausgleich eine vorläufige übergangsregelnde Entschädigung ist, aber keine endgültige, die Enteignung abgeltende Leistung, und wie sich das nun verhält zu den Verträgen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der natürlich im Grunde überleitet zu einem Fremdwort, das man hier im Vorstand einmal sagen dürfen, das wir aber draußen bitte noch nicht sagen, weil wir sonst die Leute sind, die das Thema erfunden haben. Das ist ganz lebensgefährlich. Also, hier müssen wir wissen, daß natürlich in einer Vertragsdebatte dieser Art mindestens im Kern klar sein muß, daß Reparationsfragen hinterher noch aufkommen. Ich darf hier nur sagen, dies ist noch nicht klar, aber das muß natürlich klar sein. Ich will nicht hier etwa mit finanziellen Aspekten in ganz anderen Kategorien mich bewegen.

Und dann würde ich gerne noch von einer Sache sprechen in diesem Zusammenhang, die uns wohlbekommt, die den Kollegen um diesen Tisch, soweit sie der Bundestagsfraktion angehören, zum Halse raushängt, weil ich es immer wieder sage, aber ich möchte es doch hier mit einfügen: Seit dem Sommer bemühen wir uns, die Ostpolitik dieser Bundesregierung unter dem Aspekt, daß man uns hier ein bißchen international isolieren könnte, nicht im Frontaleingriff anzugehen, sondern von westpolitischen Argumenten her. Und da gibt es nun eine Argumentationskette, und das soll die letzte sein, von allem anderen, was wir bisher gesagt haben, ich kann mir vorstellen, was man mir ab morgen, übermorgen sagen wird, aber zu der jetzt kommenden Frage weiß ich nicht, was man sagen wird. Ich glaube, daß die Sowjetunion, wenn sie von Realitäten und von Frieden und Europa und solchen Dingen spricht, vor die Frage gestellt werden muß, warum sie eigentlich nicht die EWG anerkennt. Sie tut dies bewußt nicht. Wenn im Rahmen der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der OECD, der Delegierte der EWG auftritt, weil er eine handelspolitische Zuständigkeit für die Sechs nach Westen schon hat, und z. B. dazu ein Statement abgibt, dann beantragt der sowjetrussische Delegierte, dieses Statement aus dem Protokoll zu streichen, und begründet dies mit der bewußten und gewollten Nicht-Anerkennung der EWG. Diese Frage ist deshalb so wichtig, weil nicht nur Herr Schukow<sup>16</sup> voriges Jahr hier in Godes-

---

16 Juri Alexandrowitsch Schukow (1908–1991), sowjetischer Journalist; 1932–1938 Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, seit 1943 Mitglied der KPdSU, 1946 Eintritt in die Redaktion der „Prawda“, 1947–1952 Korrespondent in Paris, 1952–1957 stv. Chefredakteur und außenpolitischer Beobachter, seit 1956 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, 1957 Vorsitzender der UNESCO-Kommission der UdSSR, ab 1962 erneut außenpolitischer Beobachter der „Prawda“. – Zum Aufenthalt Schukows in der Bundesrepublik

berg war, sondern auch viel namhaftere Vertreter der Sowjetunion, und in Reden, zuletzt auf dem Kommunistenkongreß in Italien vor 14 Tagen<sup>17</sup>, mit nicht zu überhörender Deutlichkeit erklären, die EWG sei eine Teilungs- und Spaltungs- und eine Blockbildungssache, es müßten hier gesamteuropäische Institutionen an deren Stelle treten. Das ist eine fundamentale Frage, mit der wir uns natürlich im Westen Gehör verschaffen können. Hier kann man mit den unschuldigsten Augen von der EWG sprechen, weil ein Politiker oder ein Wirtschaftler der Sowjetunion eine technologische Zusammenarbeit, und das ist ja das wirkliche Interesse, versprechen kann, dies aber an der EWG vorbei nicht realisieren kann, denn ab 1. Januar 1974 liegt die handelspolitische Außenhandelskompetenz mit den Staatshandelsländern bei der EWG. Schon im nächsten Jahr wird jeder neue Vertrag vorher dort in einem besonderen Verfahren zur Sprache gebracht werden können. Das heißt, ob Sie einen langfristigen Handelsvertrag, ein mittelfristiges technologisches Lieferungsgeschäft oder so etwas schließen wollen, an der EWG vorbei geht es gar nicht. Und schließlich bleibt das Argument, daß auf einer Sicherheitskonferenz, wie die Russen sie vorschlugen, zu der wir ja prinzipiell alle ja sagen – wie die NATO dies ja auch tut, aber dann kommen die Schwierigkeiten – die EWG ihre eigene Realität und Wirklichkeit und Existenz beweisen muß. Denn wer dort über Handel sprechen will zwischen Ungarn und Belgien, muß dort die EWG am Tisch haben wegen ihrer Kompetenz.

Nun ist die Frage, wie man sich dazu einlassen wird. Das wollen wir sehen. Unter uns muß natürlich ganz klar sein, daß eine Forderung nach Anerkennung der EWG, wie unschuldig sie auch vorgetragen wird, natürlich für die Sowjetunion bedeutet, Anerkennung des Binnencharakters der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands und Anerkennung der Tatsache, daß die DDR handelspolitisch auch für Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien und Holland Inland ist, so bestimmt es das Zusatzprotokoll zu diesem Vertrag. Das ist eine ganz wichtige, für mich wenigstens sehr interessante Kette. Wenn wir immer von Europa her unsere Dinge aufbauen, ist das sicher besser, als wenn wir nur von den deutschen Dingen sprechen, die wir natürlich nicht vernachlässigen dürfen. Soweit zu diesem Punkt.

Ich möchte nun noch, weil ich nicht weiß, ob ich bei Ihnen werde sein können, wenn Sie den § 218 beraten, zu erwägen geben zum Verfahren und zur Sache, meine Meinung natürlich sagen, in so einer sehr schwerwiegenden Sache. Zum Verfahren bitte ich zu erwägen, ob eine Veröffentlichung heute sehr sinnvoll ist. Das würde ich noch nicht für gut halten, weil wir hier Fronten kriegen, die wir vielleicht so noch gar nicht brauchen. Außerdem weiß ich nicht ganz genau, das müßte Herr Vogel sagen, ob der Informations- und Diskussionsteil in der Fraktion auch soweit ist, daß sie schon ent-

---

vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Oktober 1970 „Schukows Eindrücke vorwiegend positiv“; „Kölnische Rundschau“ vom 23. Oktober 1970 „Schukow ‚sortiert‘ CDU aus“; FAZ vom 29. Oktober 1970 „Wie Schukow die Bundesrepublik sieht“.

17 Die italienische KP veranstaltete vom 24. bis 26. November 1971 in Rom eine internationale Tagung zum Thema Europa. Vgl. FAZ vom 25. November 1971 „Italiens Kommunisten fordern Revision der Römischen Verträge“; FAZ vom 26. November 1971 „Widerspruch gegen Amendolas Konzept“; FAZ vom 27. November 1971 „Koslows Bekenntnis zu Europa“.

scheidungsbereit ist. Ich neige mehr dazu, hier noch sehr lange, wie das ja auch Frau Wex im Fernsehen getan hat, eben von der Gewissensfreiheit der Abgeordneten<sup>18</sup>, von dem hohen moralischen Charakter dieser Frage zu sprechen. Ich persönlich sage auf Fragen ganz deutlich, und ich weiß, daß das auf der einen Seite viel Beifall kriegt, auf der anderen überhaupt nicht, daß ich die Drei-Monats-Frist für unmöglich halte, weil da zweifelsfrei Leben entstanden sei, und darüber könne ich einfach gar nicht reden. Zur Empfängnisverhütung müssen wir eine etwas liberalere Haltung einnehmen, als sie vielleicht von der einen oder anderen Kanzel, welcher Seite auch immer, allgemein verkündet wird. Und über Indikation wird man reden müssen, mit großer Zurückhaltung, weil man sich wirklich über die politische Frage klar werden muß. Ich will das jetzt sehr vereinfacht, aber unmißverständlich sagen, wenn man in allen Problemen vorher eine liberalere Haltung einnimmt, ist eigentlich das Problem von hinten aufgeklärt, ein Problem des 19. Jahrhunderts, weil es eben einfach nicht auf der Höhe der Modernität dieser Tage ist, in denen wir leben. Ich wollte dies sagen, damit es nicht heißt, der drückt sich ja vor dieser schwierigen Frage, die nachher auf der Tagesordnung steht.

Ich habe verzichtet, in den Bericht aufzunehmen die schwierigen Fragen, die jetzt hinsichtlich der Streiks usw. entstanden sind. Ich glaube, wir begrüßen alle, daß Kollege Katzer als Schlichter tätig war.<sup>19</sup> Es zeigt sich auch rückschauend, wie klug sein Rat war, und daß auch der Kollege Filbinger sich dort nicht nur als ein Wahlkämpfer bemüht. Wir werden sicher alle darauf Bedacht nehmen, niemals in den Verdacht zu kommen, dabei die Tarifvertragshoheit irgendwie berühren zu wollen. Politiker können gute Dienste zur Verfügung stellen, die beide Seiten annehmen müssen. Sonst kommen wir hier kein Stück weiter. Was die Publizistik betrifft, sollte man sich nicht scheuen, auch jetzt diese sozialen Spannungen in einen Zusammenhang zu bringen, nicht so ganz unmittelbar und nicht so ganz hart, mit der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Die Stahlindustrie ist praktisch überwiegend ohne Ertrag, könnte also einfach gesagt null leisten bei 6 % Lebenshaltungskostensteigerung. Natürlich ist 6 % gar nichts und zwölf Monate eigentlich kaum zumutbar von der anderen Seite her gesehen. Also, dies ist eine Folge des Teufelskreises der Inflation. Das kann man gar nicht oft genug sagen. So bleibt aus dem Ökonomischen ein allerletzter, schwieriger Punkt, den wir Herrn Windelen und den Freunden in den Ländern sicherlich zum Konkretisieren in die Hände geben können, nämlich die Frage der Steuererhöhungen. Sie

---

18 Vgl. dazu GANTE S. 159–192, zur Diskussion Ende 1971 S. 141–146.

19 Im Juni und Juli 1971 kam es zu punktuellen Streiks in der chemischen Industrie. Nach der Urabstimmung am 15. November 1971 begann die IG Metall am 22. November 1971 den flächendeckenden Streik im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen. Der Streik endete nach hartem Arbeitskampf am 10. Dezember 1971. Schlichter in Nordwürttemberg-Nordbaden war Hermann Veit (SPD), in Nordrhein-Westfalen Hans Katzer. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. November 1971 „Streik in der Metallindustrie“; FAZ vom 27. November 1971 „Bitterer Arbeitskampf“; FAZ vom 11. Dezember 1971 „Einigung in der Metallindustrie“; „Die Zeit“ vom 17. Dezember 1971 „So teuer war der Arbeitskampf“. Vgl. auch Walther MÜLLER-JENTSCH: Der Arbeitskampf in der Metallindustrie. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 23. Jg. (1972) S. 324–333.

wissen, daß die Bundestagsfraktion die Steuererhöhung ablehnen wird, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt worden sind im Gesamtprogramm zur Stabilität usw. Sie kennen unsere Einlassung, ich will sie nicht wiederholen. Wir haben sie in diesem Vorstand neulich auch besprochen. Ich weiß, daß unsere Länder da in einer anderen Schwierigkeit sind. Aber im Grunde helfen wir ihnen durch diese Haltung doch ein ganzes Stückchen in dem gemeinsamen Ziel, einen größeren Anteil für die Länder aus dem Gesamtkuchen zu erhalten. Ich sehe, daß Herr Filbinger wenigstens mit einem Auge zunickt. Mit dem anderen nicht so ganz. So ungefähr habe ich mir auch die Reaktion vorgestellt. Aber dies ist nicht anders zu machen. Wir sollten hier nicht so furchtbar traurig werden, wenn die Bundestagsfraktion politisch ein klares Nein sagt und unsere Länder nachher, weil ihnen halt die Kommunen vor der Tür stehen, ein bißchen mehr Verständnis vielleicht für die Mineralölsteuer zeigen, als wir dies von hier aus machen können.

Letzter Punkt: Wir haben in der Bundestagsfraktion die so wichtige Debatte über Radikalismus ein wenig angehalten.<sup>20</sup> Nicht, weil wir das Thema nicht führen wollen, sondern weil wir uns draußen im Lande und auch unter uns folgender Argumentation gegenüber sehen: Nämlich der Argumentation, Ihr schreit da so und Ihr habt auch ganz recht. Aber: In Hamburg ist Herr Ruhnau, der gesagt hat: „In den öffentlichen Dienst keiner von der DKP“.<sup>21</sup> Was ist in Bayern? Oder ich schimpfe über den Spartakus.<sup>22</sup> In Köln ist dafür Herr Kühn zuständig, in Mainz Herr Kohl und in Kiel Herr Stoltenberg. Das heißt, wir müssen, bevor wir die Radikalismusdebatte auf der breiten bundespolitischen Front führen, uns hier verständigen, daß wir nicht ausufern, sondern genau den Punkt finden, auf den wir zielen. Da müssen wir auch mal ein offenes Wort sagen zur Frage der DKP. Wollen wir die verbieten? Wir sind Opposition. Können wir die verbieten? Mit anderen Worten: Das Thema Radikalismus ist nur dann glaubhaft, wenn jeder Punkt von uns im Bund und in den Ländern, ob in der Regierung oder in der Opposition, gleich beantwortet wird. Sonst wird es ein Rohrkrepiere. Wir haben nur nicht allzu viel Zeit, weil die Öffentlichkeit schon sagt: „Ihr hattet so schön angefangen mit dem Thema, wo bleibt Ihr nun in der Fortsetzung?“ Das ist also, glaube ich,

---

20 Nach der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Rechts- und Linksradikalismus vom 28. Juni 1971 (BT-Drs. VI/2384) und der Antwort des Bundesinnenministers vom 17. September 1971 (BT-Drs. VI/2576) wurde keine weitere Initiative unternommen. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 7.

21 Regelung des Hamburger Senats vom 23. November 1971. – Heinz Ruhnau (geb. 1929), Elektromaschinenbauer; 1949 SPD, 1952–1954 Studium an der Akademie für Politik und Wirtschaft Hamburg, 1961–1974 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1966–1974 stv. Vorsitzender der SPD Hamburg, 1965–1973 Senator für Inneres Hamburg, 1974–1982 Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, 1982–1990 Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, 1996–2003 Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Flughafen AG. – Vgl. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 30. November 1971 „Macht das Hamburger Beispiel Schule“ sowie Anm. 38.

22 Der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, der aus einer Splittergruppe des SDS hervorgegangen war, existierte von 1971 bis 1990 und stand der DKP nahe.

ein wichtigeres politisches Thema. Soweit mein Bericht zur Lage. Er steht zur Diskussion und vor allen Dingen zur Kritik offen.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, ich habe eine eher technische Frage für den Ablauf: Da ich immer, wo ich anderer Meinung bin als Sie, lieber in Ihrer Gegenwart diskutiere, möchte ich schon jetzt anmerken, daß ich es nicht für gut halte, eine Stellungnahme zum § 218 heute hier in diesem Kreise zu belassen, denn die Öffentlichkeit weiß, daß wir darüber reden. Die Öffentlichkeit weiß, daß sich unsere eigene Frauenvereinigung dazu bereits öffentlich geäußert hat<sup>23</sup>, und deswegen wird man uns in jedem Falle fragen: „Wie steht Ihr dazu?“ Ich würde also gerne in Ihrer Gegenwart noch mindestens über diese Verfahrensfrage nachher sprechen, ohne daß das jetzt etwa am Anfang behandelt werden muß.

*Barzel:* Sie würden auch votieren und glauben, daß der Gleichklang schon erreicht ist auf dem Diskussionsstand? Nein. Es kann einer die Führung haben, nur muß er nachher nicht hängen bleiben. Also ganz deutlich gesagt: Ich habe nichts dagegen, daß der Parteivorstand der CDU hier die Führung übernimmt und sagt, so wird es gemacht. Nur in so einer Frage darf er dann nicht vorpreschen, und die Fraktion läßt ihn in irgendeiner wichtigen Frage hängen. Deshalb frage ich, ob der Diskussionsstand weit genug ist. Wir sollten hier vorangehen, weil darin mein Verständnis zwischen Partei und Fraktion zum Ausdruck kommt.

*Dregger:* Ich würde mich dazu nicht äußern, wenn der § 218 zuerst diskutiert werden soll.

*Barzel:* Der steht nachher auf der Tagesordnung.

*Kraske:* Nur die Frage der Veröffentlichung wollte ich nicht in Ihrer Abwesenheit diskutieren.

*Barzel:* Also, dann wollen wir zur Verfahrensfrage § 218 jetzt zunächst diskutieren? (*Diskussion über das Verfahren.*) Darf ich dann § 218 zurückstellen und fragen, weil das für die Verlautbarung wichtig ist, ob es in der Frage der außenpolitischen, hier ostpolitischen Darstellung einschließlich der europapolitischen Komplikationen Schwierigkeiten unter uns gibt?

*Filbinger:* Ich möchte ganz kurz von dem Angebot des Herrn Vorsitzenden Gebrauch machen. Einerseits machen wir wohl alle die Erfahrung, wenn wir über Ostpolitik sprechen und argumentieren, daß es nicht allzu schwer ist, das Publikum für uns zu gewinnen, mindestens, daß Gegenargumente gegen unsere gute Argumentation hier nicht durchdringen. Solche Erfahrungen habe ich neuerdings mehrfach gemacht und Sie sicher auch. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, daß die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung dazu neigt, die Verträge hinzunehmen. Und dann ist da die Mentalität des deutschen Konsumbürgers, der im Konsum fortfahren möchte, und dem in

---

23 Die Frauenvereinigung billigte auf ihrer 7. Delegiertentagung vom 26. bis 28. Februar 1971 in Lübeck-Travemünde eine Entschließung der FU Nord-Württemberg. Diese sprach sich vehement gegen eine Lockerung des § 218 aus (Unterlagen in ACDP Dokumentation 2/201/34–1). Vgl. auch die Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle „über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung“ vom September 1971 (ACDP Dokumentation 0/068/33–7).

diesen schwierigen Fragen dieser Streit einfach lästig ist, wenn ihm Entspannung und Frieden angeboten werden. Das ist schwer zu bekämpfen. Nun ist die Frage, kann es uns gelingen, durch Aufklärung die Stimmung vielleicht doch umzudrehen? Denn dann müßte sich die CDU sehr stark anstrengen, dann müßten sie vor allem eine ganze Strategie und Taktik entwerfen, wie das im einzelnen und dann von der Bundestagsfraktion und von der CDU des Bundes ausgetragen werden müßte.

Andererseits ist klar, 1972 finden bis auf Baden-Württemberg keine Wahlen statt. Wenn die Ostpolitik nicht das beherrschende Motiv des Wahlkampfes würde, dann würde das günstiger sein für die CDU. Nehmen wir das Thema aber auf breiter Front auf, dann tun wir möglicherweise etwas, was gerade die Dinge anheizt. Die größere Gefahr für die CDU sehe ich darin, daß sie in der Ostfrage nicht gerüstet ist im Argumentieren und die eigenen Leute in Verlegenheit kommen, wenn sie in den Versammlungen gestellt werden. Ich meine, wir sollten das Thema anpacken und dann aber so, daß die Sache sitzt mit unseren Argumenten in der Bevölkerung. Es ist, wenn ich mich recht entsinne, von der CDU-Bundestagsfraktion die ostpolitische Debatte, Große Anfrage, zunächst aus den naheliegenden Gründen zurückgestellt worden, bis in den Januar. Denn wenn im Januar die Diskussion im Bundestag ist, ist das natürlich ein sehr breites Forum. Anfang Januar ist natürlich recht spät. Wenn ich auf den 23. April, auf die Wahlen in Baden-Württemberg sehe, dann frage ich mich, ob es möglich ist, in dieser kurzen Zeit Publizität in unserem Sinne zu erzeugen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist in einer trägen Gesinnung, die sich nicht auseinandersetzt mit dieser Lebensfrage. Das also ist die ganze Komplexität. Ich habe schon angedeutet, wie es richtiger wäre zu entscheiden. Ich meine, es wäre richtiger, sich zu stellen, Entscheidungen frühzeitig bekannt zu machen, was nicht bedeutet, daß wir in der ersten Lesung im Bundesrat bereits eine Abstimmung durchführen. Selbstverständlich wird man nicht so töricht sein, es von uns aus das, was gar nicht üblich ist zu tun, schon zu einer Entscheidung kommen zu lassen. Das Passierenlassen ist in der Regel in der ersten Märzhälfte und das würde durchaus auch nahelegen, wenn wir was tun. Lieber eine starke Haltung der CDU als ein halbes Verschweigen, bei dem man dann auch diejenigen anspricht, die fest entschlossen sind, an unserer Seite zu kämpfen.

*Barzel:* Ich möchte, bevor ich Herrn Kohl das Wort gebe, zwei Sachen nur zum Fahrplan sagen. Was uns selbst betrifft, Herr Kollege Filbinger, so habe ich vorsorglich für nächste Woche Freitag 9.00 Uhr die Bundestagsfraktion eingeladen. Ich werde Donnerstag bei normalem Ablauf zurückkommen. Wenn die Reise verläuft, wie ich sie mir vorstelle, nämlich in unserem Sinne ergebnislos, dann werde ich das in meinem Bericht sagen, und ich bin sicher, daß die Bundestagsfraktion diesen Bericht billigen wird und daß damit praktisch die Entscheidung anfängt zu fallen, das ist die erste Etappe. Zweitens wird es der Regierung nicht gelingen, vor Eurer Wahl die Sache durch den Bundestag zu bringen. Ein Blick in den Terminkalender: Nehmen wir mal das Negativste an, die rufen mit verkürzter Frist den Bundesrat vor dem 11. Februar zusammen, und die Sache erreichte noch Ende Januar den Bundestag, die schaffen es ja gar nicht. Dann geht das an drei Ausschüsse, in denen wir den Vorsitz haben. Das heißt, bei normaler Beratung ist eine Schlußentscheidung in dritter Lesung in der letz-

ten Juni-, ersten Juliwoche möglich, wenn wir nicht verzögern wollen. Die Regierung wird natürlich dann im Sommer mit dem Druck der Olympiade arbeiten. Also das zweite ist, glaube ich, nicht zu erreichen.

*Kohl:* Ich will mit den Verträgen anfangen. Ich glaube, wir können heute einigermaßen gesichert davon ausgehen – und es gibt überhaupt kein Indiz, daß die Meinung der Regierung geändert ist –, daß die Sache am 11. Februar beginnt mit dem Bundesrat. Und natürlich entspricht es der Tradition des Bundesrats, und wir sollten uns aus guten Gründen daran halten, daß an diesem Tag nicht votiert wird. Votiert meine ich jetzt im Sinne einer rechtlich sich vollziehenden Abstimmung. (*Zwischenruf:* Hat's das schon mal gegeben? Ich meine, daß wir votiert haben im ersten Durchgang?) Das gab es nicht bei Verträgen. In Sachfragen gab es das natürlich schon. Hier, und das will ich gleich hinzu sagen, ist natürlich völlig unmöglich, daß der eine oder andere dort im Bundesrat sitzt, wie beispielsweise ich, und dann nichts dazu sagt. Man muß hier sehr präzise Äußerungen vortragen, und damit sind wir beim Kernproblem der ganzen Sache. Es ist nur eine Frage des Kalenders, wann sie es beginnen. Aber wenn wir nicht formal votieren, müssen wir eine Reihe von Hausaufgaben an die Ausschüsse des Bundesrats geben und über den Bundesrat Aufforderungen in den Bundestag hineingehen lassen. Das ist immer so die Spielregel gewesen, und das muß auch in diesem konkreten Fall so sein. Das heißt also, das Spiel im amtlichen Bereich wird eröffnet in der Bundesratssitzung. Und das muß nach meiner Sicht von unserer Seite den Tenor und die Spielregeln der ganzen amtlichen Debatte vorgeben und festlegen. Denn ich bin mit dem Parteivorsitzenden und dem Kollegen Filbinger der Meinung, daß wir nicht damit rechnen können, daß bis zum 24. April das abgeschlossen ist. Aber das wollen die auch gar nicht. Die Willensrichtung von der SPD ist ja ganz klar in dieser Frage, das habe ich jetzt wieder in einem Gespräch mit Ehmke erfahren, die wollen ja den Wahlkampf als Entlastungsoffensive, gerade in Baden-Württemberg. Sie brauchen dieses Thema, und sie werden es auch voll ausnutzen.

Damit sind wir gleich bei der zentralen Frage der Einlassung der CDU/CSU. Ich bin der Auffassung, die ich in diesem Zusammenhang immer geäußert habe, nach Lage der Dinge – wir brauchen uns hier uns nichts vorzumachen – die Einsicht in die Protokolle ändert daran überhaupt nichts, weder so noch so, daß wir hier eine klare Entscheidung des Nein treffen müssen. Aber, und das muß im Bundesrat bereits deutlich werden: Dieses Nein muß auf eine sehr differenzierte, argumentierende Art begründet und vorgetragen werden. Wir können nicht ein Nein wegen Landesverrat und was weiß ich alles hier vorbringen, denn wir geraten in der Gesamtpolitik zwar dann vielleicht an ein paar Leute, die uns mehr wählen, aber das sind vielleicht Leute, weil es gerade in der Branche nichts Attraktives gibt. Aber wir stoßen einen Haufen Leute ab, die uns bisher gewählt haben, und wir müssen natürlich in die Landschaft der Bundesrepublik hineingucken. Es gibt Äußerungen von Leuten, die nicht eo ipso als Linksradikale zu verteufln sind wie beispielsweise der Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Eine solche Organisation, die 20, 25 Jahre ex officio Nachwuchsorganisation auch der CDU Deutschland war, aus der viele von uns hervorgegangen sind. (*Windenlen:* Helmut Schmidt ist auch aus dem SDS hervorgegangen.) Ja nun, Wenn wir den

Bund der Deutschen Katholischen Jugend abschreiben, da brauchen Sie keinen Gedanken mehr daran zu verschwenden, daß wir in diesem Land niemals noch einmal eine Mehrheitspartei werden. Denn irgendwo müssen ja auch unsere Wähler sitzen. Deswegen meine ich, auch wenn wir in konkreten Fragen jetzt hier sehr dezidiert eine Meinung haben, auch wegen der Einheit, wie Herr Barzel richtig sagte, bei der Abstimmung, dann muß das eine argumentierende Politik sein. Ich finde, das ist auch möglich. Und man muß ganz sorgfältig auch operieren mit dem Moskauer Vertrag. Weil es ja möglicherweise ein Problem mit dem Warschauer Vertrag innerhalb der CDU/CSU geben kann. Nicht wegen des Textes des Vertrags, sondern wegen einer Frage, die in diesem Vertrag mit angesprochen ist, das ist das Problem der Oder-Neiße-Grenze. Das gibt eine Diskussion in der CDU bei Leuten, die absolut gegen den Vertrag sind, etwa wegen des Art. 3. Satz 4 des Moskauer Vertrages<sup>24</sup>, der sich im Warschauer Vertrag wiederfindet. Sie haben in der Frage der Oder-Neiße-Grenze eine sehr differenzierte Meinung. Unser Interesse muß sein, daß wir geschlossen hier votieren. Ich meine, wir müssen sorgfältig diesen Tag im Bundesrat vorbereiten, damit dieser Tag nicht später mit seiner präjudizierenden politischen Wirkung im Bundestag in irgendeinem Ausschuß uns dann entgegengehalten werden kann. Es darf kein Tag sein, an dem irgendwas schief läuft – auch in der Akzentuierung im Atmosphärischen. Das halte ich für ganz wichtig, zumal es der erste amtliche Auftritt sein wird des Bundeskanzlers. Das ist was anderes als die bisherigen Sachen, wo wir uns im Parteilager drüber haben unterhalten können. Das ist das erste.

Damit ist das zweite Generalthema, das wir in der Strategie bis 1973 sehen müssen, angeschnitten. Wir müssen uns hüten, daß es den Sozialdemokraten gelingt, was Konrad Adenauer in den 50er Jahren gegenüber der SPD gelungen ist. Die SPD hat er damals in eine Ecke hineinmanövriert. Bei den Wahlen 1953 und 1957 sieht man sie als dumpfe, nichts wissende Neinsager, die mangels Alternative eben dann nein sagten. Denken Sie an die Propaganda von Ollenhauer bei der Bundestagswahl 1953, die wirtschaftliche Lage ist schlecht. Deshalb sagen wir nein, weil wir jetzt zufällig nicht dran sind. Die ganze Strategie der SPD, Sie können es an Dutzenden von Punkten jede Woche merken, geht davon aus, die CDU nicht drankommen zu lassen. Das wird fort-dauernd gemacht, und je weniger es zutrifft, um so intensiver wird es eben betrieben. Dazu gehört auch der weite Sektor der Innenpolitik. Unser Auftreten war in den letzten Wochen auch nicht immer sehr glücklich. Wenn ich an diesen ganz erbarmungswürdigen Vorgang im Zusammenhang mit dem Mietengesetz<sup>25</sup> denke, dann haben Sie ja ein solches Beispiel. Wir sollten daraus jetzt nachkartend nicht schimpfen, sondern einfach für die Zukunft lernen.

---

24 Der entsprechende Passus lautet: „Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.“ Text in BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1094, im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/1970/moskauer-vertrag.html>.

25 Vgl. Nr. 19 Anm. 28.



Und dann hat der Parteivorsitzende mit Recht drei Punkte gebracht, über die wir uns unterhalten müssen. Das ist das Thema, wie verhalten wir uns, ich will es mal hochtrabend ausdrücken, in dem Bereich, der die Autorität und das Durchsetzungsvermögen des Staates etwa gegen radikale Gruppen, seien sie von rechts oder seien sie von links, angeht. Wir haben vereinbart, daß die Bundesregierung eine letzte Frist hat, die ist Ende Januar. In der Tendenz von radikalen Gruppen liegt, den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Herr Genscher hat in der vorletzten Woche auf der Innenministerkonferenz einen Beschluß verhindert, zu dem die Mehrheit der SPD samt Innenministerkollegen bereit waren, daß hier ein klares Votum abgegeben wird, was der Staat zu tun hat, wenn solche als Beamte eingestellt werden wollen. Genscher hat das ohne Zweifel vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen, der innerdeutschen Gespräche getan. Wir müssen jetzt drauf drängen, und wir werden das auf der Länderebene tun, daß bis Ende Januar die Sache klar wird, denn der Verfall der Staatsautorität, der sich hier jetzt entwickelt, ist nicht zu übersehen, zumal wir uns leider in eine Lage dabei begeben, wo wir in ganz unangenehme Nachbarschaft geraten. Nicht jeder, der in diesem Staat „law and order“ brüllt, ist ja unser natürlicher Bundesgenosse in dieser Diskussion. Denn da sind ja eine ganze Menge Leute dabei, die haben uns noch nie gewählt. Wir sind zwar froh um jede Stimme, aber wenn das in diesem Geiste natürlich irgendwo mal CDU-Kreisverbände würden, wird es ein Problem. Das gleiche gilt natürlich auch für die CSU. Und weil das so ist, müssen wir auch in dieser Frage im Januar zu einer Klärung kommen, zumal, und das füge ich gleich hinzu, ich nicht weiß, ob sich jeder hier hinreichend mit dem Thema beschäftigt hat. Die Lage hat sich in einigen Bereichen so zugespitzt ohne öffentliches Aufsehen, daß es ganz schlimm und unerträglich geworden ist.

Wir können heute noch zurücksehen auf den SDS, der alles andere als eine Organisation war oder eine Zusammenballung von Leuten, die man politisch noch angehen konnte. Mit dem Spartakus ist das eine ganz andere Sache, hier haben wir eine ausgesprochen politische Kaderorganisation mit harten Weisungssträngen, mit allem was dazugehört. Wenn wir mal zusammenstellen, an welchen Studentenparlamenten die DKP in der Bundesrepublik dran ist, dann sehen Sie, die Bilanz ist einfach verheerend. Und es wird noch schlimmer, weil nämlich nicht die Studentenparlamente das Schlimme sind, sondern das Schlimme ist, daß in vielen deutschen Universitäten über die Studentenparlamente die Mehrheit bei den Stipendiatenkommissionen in der Hand der DKP liegt. Da liegt die Ursache des Übels für morgen und übermorgen. Es gibt eine Reihe von Fakultäten in der Bundesrepublik, in der heute ein gemäßigter Student keinerlei Chance mehr hat, ein Stipendium zu bekommen, etwa ein Promotionsstipendium, und die Studenten sind nicht anders als die, die sie mal erzeugt haben, sie sind auch Opportunisten dort, wenn es darum geht, einen Abschluß zu kriegen, eine Studienunterstützung. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die heute so etwas unterstützen, nur weil sie, wenn sie früher dem Doktorvater alter Prägung nachgelaufen sind, jetzt dem Stipendium neuer Prägung nachlaufen. Und das müssen wir in unserer Rechnung berücksichtigen und nicht über „law and order“ reden, sondern die Autorität des Staates durchsetzen. Und zwar ohne viel drum rum zu reden.

Hier gibt es noch ein Unterkapitel, und das ist das Verhalten des Staates gegenüber dieser Baader-Meinhof-Gruppe.<sup>26</sup> Es ist erfreulich, daß über diese Geschichte in der Öffentlichkeit wirklich Zuverlässiges stand. Nur die Tatsache, daß sich hier das ganze Instrument des Staates – und ich bringe diesen Punkt, weil er mir elementare Bedeutung zu haben scheint – als nahezu wirkungslos erweist, wenn wir feststellen, daß hier eine Gruppe von 20, 25 Leuten, um den harten Kern zu nehmen, über Informationen, über technische Ausrüstung verfügt, wie viele Polizeidirektionen in der Bundesrepublik nicht. Das letzte sage ich mit vollem Ernst. Diese Gruppe wird von einer breiten Schicht, die man früher eine bürgerliche Schicht nannte, von ihrem soziologischen Zuschnitt, nicht nur unterstützt, sondern verborgen und getragen. Es passiert, wie jetzt in den letzten 48 Stunden, daß da einer gefaßt wird, und – weil wir immer noch diesen neuen Wiederholungstatbestand im Gesetz haben – wieder freigesetzt wird, weil er eben einen festen Wohnsitz hat.<sup>27</sup> Um ein sehr konkretes Beispiel, das nicht weit von hier passiert ist, zu erwähnen. Das alles ist natürlich für jene Leute Wasser auf die Mühlen im Jahre 1973, die dann sagen, dieser Staat muß anders regiert werden. Und die werden uns auf der anderen Seite Wasser abgraben bei der Wählerschaft, und das muß gesehen werden. Wir müssen, glaube ich, an diesem Punkte sehr vorsichtig vorgehen, aber wir müssen jetzt vorgehen und können nicht warten. Ich bin der Meinung, das sind Fragen, wo wir bis zum Frühjahr uns durchsetzen müssen, das ist auch ein Punkt, wo der Bundesrat ganz legitim etwas tun kann, weil nämlich die Länder, von der Polizei angefangen, hier Autorität haben müssen und in der Tat Autorität haben.

In dem Punkt liegt natürlich auch psychologisch die Diskussion um den § 218. Ich weiß nicht, ob Sie verfolgt haben, wie die öffentliche Meinung hier förmlich verfallen ist und gegen uns wirkt. Nehmen Sie die Zuwachsraten in den Demoskopien für die, die die Dreimonatsregelung haben wollen<sup>28</sup>, die ja de facto eine Abschaffung ist, denn

---

26 Andreas Baader (1943–1977), 1968 Beteiligung an Brandanschlägen auf Frankfurter Kaufhäuser, nach der Verurteilung 1969 zu drei Jahren Haft Untertauchen in die Illegalität, 1970 Festnahme und anschließende gewaltsame Befreiung, 1972 erneute Festnahme, 1977 Verurteilung zu lebenslanger Haft, 18. Oktober 1977 Selbstmord in der JVA Stuttgart-Stammheim. Vgl. Klaus STERN/Jörg HERRMANN: Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes. München 2007. – Ulrike Meinhof (1934–1977), Journalistin; 1970 Gründungsmitglied der Terrororganisation Rote Armee Fraktion, Beteiligung an Sprengstoffanschlägen, 1972 Verhaftung, am 8. Mai 1976 Selbstmord in der JVA Stuttgart. Vgl. Jutta DITFURTH: Ulrike Meinhof. Die Biographie. Berlin 2007. – Als Gründungsdatum der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), zu der neben Baader und Meinhof Gudrun Ensslin, Holger Meins und Jan Carl Raspe zählten, gilt der Tag der Baader-Befreiung am 14. Mai 1970. Vgl. Stefan AUST: Der Baader-Meinhof-Komplex. Erw. und aktual. Ausgabe Hamburg 2005.

27 Das mutmaßliche RAF-Mitglied Marianne Herzog wurde in Köln verhaftet, vgl. „Die Welt“ vom 4. Dezember 1971 „Mitglied der Meinhof-Bande in Köln verhaftet?“.

28 Nach einer Repräsentativerhebung von Infratest sprachen sich Mitte 1971 58 % für und 31 % gegen eine Dreimonatsfrist aus (68 % der SPD-Wähler, 71 % der FDP-Wähler und 49 % der CDU/CSU-Wähler; 40 % der CDU/CSU-Wähler votierten dagegen). Weitere Umfrageergebnisse in „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Juli 1971 „Klares Votum für Dreimonatsfrist“. Vgl. auch EMNID Informationen Nr. 7/8 vom Juli/August 1971; Allensbacher Berichte Nr. 15/1971.

die Dreimonatsregelung führt ja in der Konsequenz auf eine Abschaffung hinaus. Wir müssen damit rechnen, daß die FDP diese Sache sehr klar spielt. Wir werden uns hier in einer interessanten Großen Koalition wiederfinden, weil aus sehr verschiedenen Gründen die beiden großen Parteien zum gleichen Ergebnis in der Mehrheit kommen werden. Es gibt ja auch schon die ersten tastenden Versuche auf der Länderebene, diese Sache so zu bereinigen.

Ich bin mit den Kollegen der Meinung, daß wir heute etwas sagen müssen. Ob das Papier hier, damit sage ich jetzt nichts Böses gegenüber denen, die das gemacht haben, der Weisheit Schluß ist, ist die Frage. Ich würde zum mindesten versuchen zu empfehlen, daß das journalistisch überarbeitet wird, denn der letzte Abschnitt beispielsweise, wonach dem Gremium mindestens eine Frau angehören muß, ist ein alter Unsinn aus der CDU-Satzung. Aber wenn es hier um eine solche Kommission geht, können von mir aus alles Frauen sein, die darüber entscheiden. (*Zwischenruf*: Nein, nein, nein. – *Diskussion und Unruhe*.) Das kann so meines Erachtens nicht bleiben. Ich würde es etwas allgemeiner und nicht so apodiktisch formulieren. Wir geben einen Meinungsstand wieder, keine abschließende Meinung. Wenn wir einen Meinungsstand wiedergeben, also einen Status des jetzigen Diskussionsstandes in der Partei, bin ich der Auffassung, kann das raus vom Inhalt her. Wenn es aber überarbeitet wird, sieht es so aus, als würden hier schon Gesetzesvorlagen gemacht, da hätte ich bei einigen Formulierungen entschiedene Bedenken. Wenn man das Ganze zusammenfaßt und etwas komprimiert, glaube ich, kann man das als Diskussionsstand rausgeben.

Und dann ein letztes. Ich habe den Eindruck, Herr Parteivorsitzender, es ist auch für etwas anderes hohe Zeit, etwas zu tun. Vielleicht kann Hans Filbinger, der ja gestern Augen- und Ohrenzeuge war, dazu was sagen. Ich habe es nur im Fernsehen gesehen. Ich bin der Meinung, wir sollten nach der heutigen Sitzung die nächste Gelegenheit eines Treffens zwischen Ihnen und dem Bundespräsidenten zum Anlaß nehmen, dem Herren Bundespräsidenten zu sagen, wenn er noch einmal derartige Ausführungen macht wie die gestrige, muß das zum Eklat führen. Der Gustav Heinemann führt sich manchmal ganz unmöglich auf. Gestern hat er die Präsidenten aus- und eingeführt beim Bundesverfassungsgericht. Hans Filbinger kann es ja als Ohrenzeuge berichten. Was man im Theater die Gästebeschimpfung nennt, ist ja heute auch bei so einer Gelegenheit üblich. Er hat jetzt die Parteien und Akteure beschimpft<sup>29</sup>, nicht ohne Grund, wenn wir ehrlich sind, über den Vorgang der letzten Monate. Ich bin der Meinung, das kann man einstecken (*Barzel*: Haben wir das verdient?), obwohl er natürlich nicht unschuldig ist an dieser Entwicklung. Denn das könnte man auch öffentlich belegen. Hätte er sich in die Sachen nicht eingemischt, wäre es für die Sozialdemokraten an ein paar Punkten leichter gewesen, aber dafür ist er Staatsoberhaupt, und das gehört zu seinen Bereichen.

---

29 Druck der Ansprache Heinemanns in BULLETIN Nr. 182 vom 10. Dezember 1971 S. 1943–1946. Vgl. auch FAZ vom 9. Dezember 1971 „Gebhard Müller warnt vor Trend zum Gefälligkeitsstaat“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 9. Dezember 1971 „Richterwahl von Politik nicht frei“.

Aber daß er nun den Adenauer ausgegraben hat, dem Gebhard Müller gesagt hat, daß er ja auch schon 1951 hätte Bundesverfassungsgerichtspräsident werden können, wenn der Adenauer gewollt hätte, fand ich ziemlich unmöglich und absolut taktlos. (*Unruhe.*) Ich habe nicht alles gehört. Ich finde, wir sollten ihm das jetzt sagen, weil diese Takt- und Geschmacklosigkeiten zunehmen und sich immer nur gegen uns richten. Wenn er sagen würde, auch Sozialdemokraten sind doof, wäre es ja ein bißchen ein ehrlicher Ausgleich. Aber es sind immer nur wir. Deshalb, sollten wir ihm sagen, daß irgendwann der Punkt gekommen ist, wo der natürliche Anstand ein Ende hat gegenüber dem Staatsoberhaupt. Denn was kann man eigentlich machen, wenn man dabeisitzt, das habe ich mich gestern abend am Fernsehgerät gefragt, wenn er sich so unmöglich aufführt. Man kann das doch auf die Dauer nicht hinnehmen, wie es die meisten von uns, die eine Amtsfunktion haben, fortdauernd erleben, daß in einer solchen Parteilichkeit vorgegangen wird. Das ist keine sehr wichtige Frage. Aber für die Selbstdarstellung der CDU ist es eine wichtige Frage, was wir uns gefallenlassen und was nicht. Und deswegen bringe ich den Punkt hier beiläufig noch zu Ausdruck.

*Barzel:* Vielen herzlichen Dank. Darf ich in der Reihenfolge fortfahren.

*Dregger:* Ich möchte zunächst Herrn Filbinger zustimmen, das Thema ist nicht zu umgehen im Wahlkampf, auch wenn wir es versuchten. Die Gegner werden es uns aufzwingen. Es ist völlig richtig, wir müssen eine klare Position einnehmen. Die Argumentation muß differenziert sein. Die kann nur eindeutig sein. Wenn wir nicht eine ganz eindeutige Position einnehmen würden, würden wir mit Sicherheit die Leute, das sind vielleicht 10 %, die leidenschaftlich dagegen sind, verlieren an die NPD und damit könnte die Union eine Koalition nicht mehr bilden. Wir wären nicht mehr koalitionsfähig, und dann würden SPD und FDP gemeinsam sicherlich die Mehrheit erhalten.

Das zweite: Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden danken für seinen Bericht. Ich glaube, daß er die Grundlage bildet für diese klare Position und für das, was ferner notwendig ist, eine gemeinsame Sprache. Es darf nicht unterschiedlich argumentiert werden von uns. Ich glaube nach der Moskaureise, die jetzt stattfindet, ist der Zeitpunkt gekommen, wo diese gemeinsame Sprache auf der Grundlage dieses Berichts gefunden werden könnte.

Als letztes: Warschau ist eben ausgeklammert worden. Dafür gibt es sicherlich Gründe. Die Frage ist nur, können wir im Verfahren, das jetzt vor dem Bundesrat beginnt, differenzieren zwischen den beiden Verträgen. Die Dinge hängen ja zusammen. In meinen Augen beruht der Warschauer Vertrag auf dem Moskauer Vertrag. Und unsere klare Position wäre nicht gegeben, wenn die Bundestagsfraktion in dieser Frage nicht die gleiche Haltung einnehmen würde wie im Moskauer Vertrag. Dann würde das Ganze höchst zweifelhaft. Ich möchte doch sehr darum bitten, darauf hinzuwirken, dasselbe zu erreichen, was nach einigen Mühen im Moskauer Vertrag gelungen ist. Ich wäre dankbar, wenn dazu auch etwas gesagt werden könnte.

*Barzel:* Darf ich zu dem letzten Punkt, bevor ich das Wort gebe, gleich etwas sagen, weil ich glaube, wir sollten das heute nicht vertiefen. Ich habe den Eindruck, daß auf der Basis des am 4. Dezember von Hans Katzer voriges Jahr herbeigeführten Be-

schlusses alleine eine Einstimmigkeit im Polen-Vertrag nicht zu erzielen ist. Ich habe auf der anderen Seite den Eindruck, daß, wenn man das im Ohr hat, was Helmut Kohl vorher gesagt hat, sehr wohl ein einstimmiges Nein in der Schlußabstimmung zu erzielen ist, wenn man entweder für alle neu argumentiert oder wenigstens für eine Gruppe eine Argumentation des Nein freiläßt. Es ist aber so kompliziert, daß ich es heute nicht einführen wollte, das hängt ja alles ab von dem Obervertrag, den wir uns erst mal ansehen wollen. Aber es ist sehr wichtig, und ich stimme völlig zu, daß natürlich für die wahlberechtigte Mitbürgerschaft der Polen-Vertrag im Wahlverhalten noch entscheidender ist als der andere, weil der greifbarer ist für viele als der Moskauer.

*Kiesinger:* Eine kurze Bemerkung zunächst zu dem, was Herr Kohl von Herrn Heinemann gesagt hat. Es ist der Gipfel der Geschmacklosigkeit. So viel Objektivität hätte ich von dem Mann erwartet, daß er immerhin zugibt, daß wir, die CDU, es waren, die das Wahlverfahren mit Zweidrittelmehrheit durchgesetzt haben. Die Älteren werden sich erinnern, daß ich damals meinem Verstand und meinem Gewissen folgend mich gegen die Bestrebungen in der CDU-Fraktion wandte, eine Wahl der Richter durch einfache Mehrheit durchzusetzen, weil ich sagte, damit ist der Gewählte von vornherein (*Barzel:* Nichts wert) so einseitig parteipolitisch abgestempelt, daß er unmöglich Autorität haben kann. Ich war erstaunt über die Reaktionen eines großen Teils meiner Fraktion damals, aber immerhin der größte Teil der Fraktion ist mitgegangen. Und die Älteren können sich erinnern, daß es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Natürlich bedeutete die Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Richter eine Erschwerung. Denn die Zweidrittelmehrheit läßt sich nicht leicht erreichen. Daß das nebenbei heute für die CDU ganz angenehm ist, erwähne ich nur am Rande. Aber dies wäre die Pflicht gewesen, wenn er schon dieses Thema anspricht. (*Barzel:* Sehr wichtig!). Wir hätten es sehr leicht gehabt damals, mit einfacher Mehrheit das zu machen.

Zu einem Punkt der Ostpolitik, der Art, wie wir Stellung beziehen. Wir müssen ja immer unterscheiden, zu wem wir sprechen in dieser Frage. Ich denke jetzt an den Wahlkampf in Baden-Württemberg. Das ist die nächste Schlacht; was wir im Jahre 1973 werden sagen können und müssen, das kann ja kein Mensch heute schon voraussagen. Aber wir müssen uns klar sein, was wir sagen können, sollen, müssen. Nun ist es doch eine uns allen bekannte Tatsache, daß der weitaus größte Teil der Anwesenden eben Mitglieder der CDU sind, unter die sich ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz Neugieriger mischt, und dann diejenigen, die in der Diskussion, Sozialisten und so weiter, das Wort ergreifen. Nun ist eine Aufgabe von uns ganz sicher die, daß wir unsere eigenen Leute, damit denke ich nur etwa an die Heimatvertriebenen, in dieser Sache festigen, in ihren Überzeugungen, durch gute Argumente, etwa durch die, die Herr Barzel uns hier vorgetragen hat. Wenn ich in den neuesten demoskopischen Umfragen, wir mußten ja erwarten, daß sich jetzt ein Umschlag zugunsten der Regierung zeigen würde, lese, daß das Urteil „sehr gut“ und „gut“ für diese Regierung von 31 % der CDU/CSU-Wähler geteilt wird, denn das ist ein Sprung.<sup>30</sup> Wir wissen, was wir davon zu halten

---

30 EMNID-Untersuchung über den Zeitraum 18. Oktober bis 19. November 1971 (nach „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 8. Dezember 1971).

haben, aber immerhin die Tendenz ist klar, von 19 % das letzte Mal auf 31 % jetzt. Dann ist das zweifellos eine Auswirkung der jüngsten Entwicklung. Wenn unsere eigenen Parteihänger in dieser Frage nicht mehr sicher sind, dann ist unserer allererste Sorge die, ihnen unsere Argumente zu sagen und zwar so konkret und so überzeugend, wie die Argumentation, die Herr Barzel vorgetragen hat. Hier bin ich mit Herrn Filbinger der Meinung, wir können dem Thema gar nicht ausweichen, selbst wenn wir es noch so klug einrichten wollen. Wir werden gestellt. Und dann halte ich es für besser, nicht etwa so vorzugehen, daß wir möglichst darüber hinweghuschen und nachher in Diskussionen Gelegenheit geben, durch geschickte Fragenstellungen zerstückelt zu werden. Das Entscheidende ist, daß wir die Frage der Rettung der Freiheit Europas vorne anstellen. Da ist dann auch die Frage des Selbstbestimmungsrechtes einzubetten. Wir haben z. B. bei unseren gemeinsamen Papieren, ich begehe sicherlich keinen Vertrauensbruch, wenn ich das sage, unsere bayerischen Freunde, unsere CSU-Freunde, davon überzeugt, daß man eben nicht anfängt wieder mit dem Mitbestimmungsrecht, sondern daß man das aufbaut über Europa. Wir gehen diesen Weg, wir, die wir die alte rein nationalstaatliche Konzeption hinter uns gelassen haben, und dann gehen wir ein auf das Selbstbestimmungsrecht. Das ist ganz was anderes, als wenn man es umgekehrt macht. Das ist also eine ganz, ganz wichtige Sache und gehört so erledigt. Dazu müßte man vielleicht nicht nur 31 %, sondern mehr haben. Denn wenn ich in dieser neuesten Umfrage lese, daß von den Selbständigen ebenfalls der Sprung von früher 38 % positiv auf nun 49 % positiv gestiegen ist, dann liegt das ganz bestimmt nicht an der guten Wirtschaftspolitik dieser Regierung, ich meine in dem Urteil über die Wirtschaftspolitik, sondern liegt ganz offenbar hier auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Ostpolitik. Daher haben wir allen Grund, dieser Gefahr durch eine sehr solide Argumentation von uns prinzipiell entgegenzutreten, ohne daß wir damit diese zur grande querelle machen und in emotionaler Weise versuchen, die Leute aufzuputschen.

*Barzel:* Ich danke sehr herzlich.

*Von Weizsäcker:* In der Alternative zwischen Sprachlosigkeit einerseits und klarer Stellungnahme andererseits ist es selbstverständlich, daß wir eine klare Stellungnahme brauchen. Nur damit, daß wir eine klare Stellungnahme brauchen, ist noch keine Entscheidung darüber getroffen, was der Schwerpunkt im Wahlkampf sein wird.

Ich möchte nur dafür votieren, daß wir das Thema aufgreifen. Die Frage des Schwerpunktes müssen wir ausrichten nach den jeweiligen Erfordernissen, und die sind sowohl von einer Wahl zur anderen nicht immer dieselben, wie sie auch von einer Veranstaltung zur anderen nicht dieselben sind. Es gibt Veranstaltungen, wo es im wesentlichen darum geht, sich an die eigenen Parteifreunde zu wenden, und es geht in anderen Veranstaltungen darum, uns nur an ein Publikum zu wenden, das noch nicht zur Partei zählt. Die materialmäßige Vorbereitung ist ja im vollen Gange, durchaus auch für den ersten Durchgang im Bundesrat: Dazu gehört die rechtliche Argumentation, das schon lange vorliegende Material der Ostkommission unserer Fraktion<sup>31</sup>, drittens die Aus-

---

31 Diverse Ausarbeitungen der Ostkommission zu den Vertragsentwürfen in ACDP 01-356-301.

arbeitung des Parteivorsitzenden, die ja jetzt auch veröffentlicht ist<sup>32</sup>, und schließlich viertens die Kombination von Ihren Eindrücken aus Moskau, Herr Vorsitzender. Diese vier Sachen zusammen genommen werden ganz gewiß rechtzeitig vorliegen.

Nur ein Beispiel noch zu der Frage, wie sich Klarheit verbinden muß mit der Frage des Akzentes. Ich darf wirklich nochmal auf Berlin zurückkommen und auf die Ausführungen des Parteivorsitzenden. Ich selber habe den Eindruck gehabt, daß der gravierende Teil der Berlinvereinbarungen nicht so sehr der innerdeutsche Zusatz, sondern das alliierte Rahmenabkommen ist. Ich finde, daß man im alliierten Rahmenabkommen Elemente feststellen kann, die in mancher Hinsicht gravierender sind als der Moskauer Vertrag. Das will ich jetzt im einzelnen nicht ausführen. Nichtsdestoweniger liegt natürlich auch im innerdeutschen Abkommen einiges, wenn es unterzeichnet werden sollte, in der Unvergleichbarkeit der Behandlungen der Berliner wegen der unbefriedigenden Regelung des Mißbrauchs, obwohl die Mißbrauchsregelung für die DDR unangenehmer ist als für uns. Aber was ich vor allem meine, ist, daß sich in Berlin auf der Basis dieser ganzen Ereignisse eine wachsende Stimmung der Unsicherheit der Bevölkerung verbreitet hat. Und so gewiß wie wir unsere Meinung nicht verwerfen können, und ich stimme in dem Votum des Herrn Vorsitzenden zu, so müssen wir eben doch im Auge haben, daß wir durch die Lautstärke und durch die Art und Weise unseres Vortrages nicht unsererseits einen wesentlichen Beitrag zur Vermehrung dieser Unsicherheit leisten wollen, denn ein in Kraft getretenes Berlin-Abkommen können wir gar nicht ändern. Wir können nicht unsererseits die Verantwortung dafür übernehmen, daß gewisse Entscheidungen dazu führen, daß die Berliner, welche sich unsicher fühlen, aus Berlin wegziehen. Deswegen ist ein klares Votum nötig, aber gerade in bezug auf die Berlin-Regelung nicht besonders lautstark, auch deshalb nicht, weil unsere Argumentation zum Moskauer Vertrag aus sich selbst heraus schlüssig ist.

*Barzel:* Darf ich nur an dieser Stelle mich ganz kurz dazwischen drängen. Ich glaube es ist richtig, was Herr von Weizsäcker zu Berlin sagt. Es ist genauso richtig, daß wir aus gutem Grund bisher verzichtet haben, unsere Kritik an dem alliierten Rahmenabkommen an die Alliierten zu richten. Adressat unserer Kritik ist die Bundesregierung. Und deshalb können wir das bei dem innerdeutschen Teil noch einmal unterbringen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil wir den Westmächten über ihre Botschafter erklärt haben, wir seien auch deshalb gegen ein Gegenjunktum, weil es dann im Bundestag auch eine Debatte über das gesamte Berlin-Abkommen geben würde und unsere Position des Aussparens von Kritik an den Westmächten nicht haltbar sei. Es ist so, daß es gestern abend bei dem vorbereitenden Gespräch der Drei Mächte mit der Bundesregierung vor der NATO-Ratssitzung<sup>33</sup> in dieser Frage nicht mal im Verfahren Einmütigkeit gegeben hat. Deshalb sollten wir das, wenn es geht, noch ein bißchen zurückhalten.

*Filbinger:* Meine Damen und Herren, ich möchte kurz noch etwas sagen, und zwar

---

32 Vgl. Anlage zum Brief Barzels an die Fraktion vom 18. November 1971 in ACDP 01–226–316.

33 Tagung des NATO-Ministerrates am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel, zum Kommuniqué vgl. SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 179.

zur Beleuchtung dessen, was wir übereinstimmend zu unserer Haltung in den Ostverträgen vorhin ausgesprochen haben.

Ich möchte zurückkommen auf unsere Unterhaltung in den Kommissionen mit der CSU. Sie hat vorgeschlagen, das klare Nein zu den Ostverträgen in das Papier aufzunehmen. Wir haben großen Respekt vor diesem Bekenntnis der CSU gehabt. Trotzdem haben wir im Polen-Vertrag dieses nicht hineingeschrieben und zwar deshalb, weil es dafür Gründe gibt im Blick auf die Gewinnung von Schichten, auf deren Gewinnung wir einfach angewiesen sind bei den Wahlen in Baden-Württemberg 1972, nämlich die Mittelleute der FDP/DVP, die es uns wahrscheinlich nicht honorieren würden, wenn wir jetzt schon am Anfang der Debatte sagen würden: Nein, ich kann das. Sie werden uns eine differenzierte Argumentation mehr abnehmen. Wenn dann unser Nein kommt am Ende eines sehr eingehenden Prozesses der Erarbeitung und Prüfung, der Auswertung alles dessen, was auf den Tisch des Hauses gelegt wird mit dem Ergebnis: So geht es wirklich nicht, dann gewinnen wir zum mindesten Verständnis für die Ansicht der CDU. Und damit wäre sehr vieles für uns erreicht.

*Barzel:* Ja, dazu kann man an sich nur zustimmen.

*Lemke:* Wir dürfen nicht etwa wieder in eine Situation kommen, daß es heißt, wir sind unklar, wir wüßten nicht, was wir wollten. Ich meine, die Grenze ist sehr leicht zu überschreiten. Ich habe mich aber wegen einer anderen Sache gemeldet, die sich mehr im Taktischen bewegt. Wenn wir eine ganz klare Haltung haben, werden wir es sehr schwer haben, die Mehrheit davon zu überzeugen, aber ich halte es gar nicht für ausgeschlossen, daß es uns gelingt. Nur kurz zur taktischen Situation, die uns den Kampf besonders schwierig macht. Und das sind einfach die Scheel-Punkte von Moskau, die besagen, Berlin tritt nur in Kraft, wenn Moskau und Warschau ratifiziert worden sind. Am selben Tag und nicht vorher. Das ist ein bißchen untergegangen, und das ist eine teuflische Sache. Damit kommen nämlich gegen uns auf einmal alle die auf die Beine, die aus tausend materiellen opportunistischen Gründen vermutlich bequemer nach Berlin reisen wollen und sagen: Ihr müßt ratifizieren, ob Warschau, ob Moskau, weil Ihr sonst das ganze Berlin-Paket gefährdet. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, daß uns das in eine besonders zusätzlich schwierige Situation bringt.

*Barzel:* Keine Frage, daß das schwer wird.

*Vogel:* Ich wollte nur ganz kurz etwas zum Thema Heinemann sagen. Nicht die ganze Story der Einflußnahme sowohl zu Personalentscheidungen wie auch zu Einzelentscheidungen im Streitverfahren beim Gericht, auch da gibt es einige recht interessante Dinge. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn wir einmal das, was an Reden vom Bundespräsidenten gehalten worden ist, sorgfältig analysieren würden, um die durchgehende Linie dort festzustellen. Ich meine, daß es wirklich eine Aufgabe wäre, die (*Barzel:* Generalanwalt der Koalition!), sich lohnt.

*Kohl:* Ein Schulmeister der Deutschen ist er inzwischen geworden.

*Barzel:* Ja, nehmen Sie die Reise nach Rumänien<sup>34</sup>, wo er erklärt, er fahre, um die

---

34 Heinemann hielt sich vom 17. bis 20. Mai 1971 zu einem Staatsbesuch in Rumänien auf, vgl. AdG 1971 S. 16267–16269. Zur Rede vgl. BULLETIN Nr. 77 vom 19. Mai 1971 S. 823.



Politik der Bundesregierung zu erläutern. Das ist nicht die Aufgabe eines Staatsoberhauptes.

*Blüm:* Ich hatte nicht zur Frage der Ostpolitik sprechen wollen, sondern zur Betriebsverfassung.

*Barzel:* Rufe ich später auf.

*Kiesinger:* Ich hätte fast einen Punkt vergessen, auf den ich noch hinweisen möchte. Mich treibt natürlich wie ziemlich viele von uns das um, was Sie, Herr Dr. Barzel, angeführt haben, als Sie sagten, die Antwort der Regierung auf die Große Anfrage der CDU könnte uns schon zu schaffen machen. Ich hatte vor kurzem ein Gespräch mit Herrn Scheel, und heute früh mit Herrn Achenbach<sup>35</sup>. Beide, Scheel auf meine direkte Anfrage, Achenbach von sich aus, sagten, man müßte doch jetzt wieder eine gemeinsame Basis finden. Herrn Scheel habe ich direkt gefragt, stimmt alles noch, was Sie uns einmal sagten? Nichts festgeschrieben, sondern nur beschrieben, nichts anerkannt, sondern nur respektiert, nur ein *Modus vivendi*. Aber selbstverständlich, war die Antwort, und noch pointierter sagte Achenbach heute, wir könnten uns darauf verlassen, die FDP würde darauf ganz entscheidend bestehen. Ich sagte ihm dann, lieber Herr Achenbach, auch Herrn Scheel habe ich es gesagt, das ist keine juristische Angelegenheit mehr. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellt, daß sie wirklich das nur wollte, was ich mindestens bei einem Teil der Regierung bezweifle, bin ich Ihrer Meinung. Sie will aber etwas anderes, als was sie öffentlich sagt. Aber wenn wir einmal unterstellen, daß sie das so wollte, dann war ihre Hauptstunde die, daß sie nicht nur die völlig gegensätzliche sowjetrussische Interpretation der Verträge zugelassen, sondern daß sie niemals etwas dagegen unternommen hat, daß die ganze übrige Welt diese Verträge im Sinne der Interpretation der Sowjetunion interpretiert. Dabei habe ich zweimal in meinen Einlassungen im Bundestag Herrn Brandt gefragt, ob das seine Meinung sei, das erstmal im Zusammenhang mit einem Artikel von Gaus im „Spiegel“<sup>36</sup>, das zweitemal im Zusammenhang mit dem Artikel in der „Time“ mit dem „Mann des Jahres“ Anfang dieses Jahres<sup>37</sup>. Beide Male ist er uns die Antwort schuldig geblieben. Also wenn dieser Punkt kommt, und er kann natürlich auch in Diskussionen, in Versammlungen kommen, dann, glaube ich, ist es ganz wichtig, daß wir darauf hinweisen, daß die Regierung, und das ist kein Zufall, nichts unternommen hat, obwohl in Äußerungen aus dem Westen, angefangen von den Beschlüssen des NATO-Rats, bis zu dem jüngsten<sup>38</sup>, Vorbedingungen genannt worden sind für eine Normali-

---

35 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), Jurist; 1957–1976 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1405 Anm. 62.

36 Vgl. Kommentar von Günter Gaus „Wie neu ist die Bonner Politik?“ in „Spiegel“ Nr. 50 vom 8. Dezember 1969 S. 29 sowie den Redebeitrag Kiesingers am 15. Januar 1970 im Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 23. Sitzung S. 851–860).

37 Brandt erhielt vom amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time“ im Dezember 1970 die Auszeichnung „Mann des Jahres“ verliehen und erschien am 4. Januar 1971 auf dem Titelbild. Text des Artikels im Internet: <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,942376,00.html>. – Zum Redebeitrag Kiesingers am 29. Januar 1971 im Bundestag vgl. Sten.Ber. 6. WP 94. Sitzung S. 5162–5167.

38 Der NATO-Ministerrat betonte erneut – unter Verweis auf die Beschlüsse der Lissabonner

sierung. Es ist doch allmählich schon fast eine Schande, daß es Ausländer sind, die diese Bedingungen für die Normalisierung auch im Blick auf die Sicherheitskonferenz aussprechen. Das ist nicht die deutsche Bundesregierung. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir im Auge behalten müssen. Ganz abgesehen natürlich von der Frage, daß sich hier ein Ansatzpunkt bilden könnte, zu dem wir selber Stellung nehmen müssen im Ratifizierungsverfahren, beziehungsweise, wenn wir selber mal in der Regierungsverantwortung wären.

*Barzel:* Darf ich diesen wichtigen Hinweis zu folgender Klarstellung noch benutzen? Es kann ja sein, daß irgendein Sowjetmensch von Rang erklärt, das, was die Bundesregierung unter dem 11. November auf unsere Große Anfrage als Bundestagsdrucksache zur Interpretation vorgelegt habe, decke sich mit der sowjetischen Interpretation. Dann kann uns dies nicht genügen, weil uns nur genügt, was in den Akten ist. Da sind wir einig, das ist ja immer unsere Auffassung.

*Echternach:* Ich hätte noch mal zwei Fragen an Sie, Herr Dr. Barzel. Einmal zum Polen-Vertrag. Sie haben vorhin dargelegt, daß die Bundestagsfraktion mehrfach von Ihnen angesprochen worden sei im Hinblick auf ihre Haltung zu den Verträgen und daß jeder, der anderer Meinung sei, frei sei. Sie haben klar gesagt, beim deutsch-sowjetischen Vertrag habe sich niemand offenbart, Sie gehen von Einstimmigkeit aus. Wie viele Dissentierende gibt es beim deutsch-polnischen Vertrag?

*Barzel:* Dies ist noch nicht abgefragt. Es wird aber so sein, wie ich es auf die Intervention von Herrn von Weizsäcker dargelegt habe. (*Diskussion.*) Das ist kein unlösbares Problem. Ich hätte es aber breit vortragen müssen. Es hat keinen Zweck, dies jetzt am Rand zu behandeln. Dazu ist die Geschichte zu wichtig. (*Diskussion.*)

*Echternach:* Zweite Frage, Radikalismus. Diese Frage ist ja nun auf dem Tisch spätestens seit dem Senatsbeschluß in Hamburg.<sup>39</sup> Bis wann können wir mit einer koordinierten Reaktion rechnen?

*Barzel:* Ich glaube, nachdem wir hier durch die Umbesetzung Arbeitskreis I der Fraktion nun wieder handlungsfähig sind, wird Herr Kollege Windelen diese Gespräche auf dem ständigen Kontakt mit den Ländern vorantreiben, und wir werden sicher zu Beginn des nächsten Jahres so weit sein, daß wir gerüstet den Termin annehmen können, den die Länder mit Herrn Genscher für Ende Januar verabredet haben. Das heißt, wir müssen im Januar klar sein. Machen die mit, ist es gut. Wenn nicht, geht ab 1. Februar Krieg auf dem Gebiet los. (*Zwischenruf:* Zu dem DKP-Verbot gibt es bisher von seiten der Bundestagsfraktion ...) Wir fragen immer. Aber uns liegt das Material nicht vor. Die Regierung hat uns dies verweigert aus Gründen der Staatssicherheit.

---

Ministerratstagung –, daß multilaterale Gespräche sofort nach einem erfolgreichen Abschluß der Berlin-Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Vgl. SICHERHEITSKONFERENZ Dok. 135 (Sitzung 3./4. Juni 1971) sowie Dok. 179 (Sitzung 9./10. Dezember 1971).

39 Der Hamburger Senat hatte beschlossen, Angehörige radikaler Parteien nicht zu Beamten auf Lebenszeit zu ernennen, vgl. „Die Welt“ vom 25. November 1971 „Hamburg gibt ein Beispiel“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. November 1971 „Hamburg lehnt Mitglieder von NPD und DKP als Beamte ab“. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 7.

Wir müssen immer weiter fragen, und das Schwert muß hängen. Aber Herrn Ruhnau werde ich treffen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Hasselmann:* Ich wollte nur sagen, der Bundesvorstand kann noch heute zu der Rede von Heinemann gestern abend Stellung nehmen. Zur Haltung und auch einer gemeinsamen Sprache zu den Ostverträgen können wir erst, wenn der Parteivorsitzende aus Moskau zurück ist, Stellung nehmen, weil einfach das Reisen erst sein muß und dann erst die Klarheit für uns definitiv ist.

Was die Frage des Radikalismus anbetrifft, sind wir in Niedersachsen interessiert, aufgrund der Prüfung der Zustände an Hochschulen. Sie kennen das Problem bei uns, das ist ja eine nicht ganz einfache Sache. Wir müssen erst abwarten, wie sich das anläßt und wie das ausgeht. Immerhin scheint mir nach der Bremer Wahl<sup>40</sup> deutlich zu sein, daß Hochschulfragen nur dort interessieren, wo Hochschulen am Ort sind. Ich glaube, daß wir im Zusammenhang mit den Überlegungen zum Radikalismus und der Arbeit eines solchen parlamentarischen Untersuchungsausschusses der breiten Öffentlichkeit deutlich machen können, was hier öffentlich entschieden und getan wird. Das reicht bisher nicht. Die Bevölkerung ist in der Tat uninformiert, auch oder besonders über die Passagen gegenüber den Professoren. Das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses sollten wir der Öffentlichkeit bekanntgeben.

*Barzel:* Was die Sache Heinemann betrifft, so fühle ich mich nach dieser Debatte veranlaßt, den Text zu prüfen. Und wenn er das wiedergibt, was wir alle im Ohr haben, fühle ich mich bevollmächtigt, dem Bundespräsidenten in einem persönlichen Gespräch zu sagen, hier ist wieder ein Punkt, der uns enorm beschwert. So geht es nicht, und wenn das dann der soundsovielte Punkt ist, dann hört eben auch die Zurückhaltung der Öffentlichkeit auf. Wir haben das ja schon ein paar Mal gemacht.

*Hasselmann:* Aber Herr Dr. Barzel, die Öffentlichkeit ist zurückhaltend. Ich habe heute morgen zufällig am Bahnhof seinen Wagen stehen sehen. Er ist mit dem Zug gekommen und wurde dann mit Polizeibegleitung und anderen abgeholt. Es fanden sich etwa hundert Zuschauer ein. Einer zog den Hut. In die Hände geklatscht wurde nicht. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Nicht einer, der sein Winken erwiderte. (*Zwischenruf:* Ich glaube, Sie haben den Hut gezogen!) Nein! (*Gelächter.*)

*Kiesinger:* Es gibt ja Möglichkeiten, die wissen zu lassen, was wir denken. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wer die Fernsehsendung gesehen hat, hat auch die Art und Weise, wie der Ton die Musik macht, das tiefe Ressentiment festgestellt, das hier bedrohlich zur Äußerung gekommen ist. (*Diskussion und Unruhe.*) Das wird ein Problem. Dieser Mann ist nach wie vor von einem ganz tiefen Ressentiment gegen uns und einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit beseelt.

*Kraske:* Ich möchte auf keinen Fall in den Geruch kommen, daß ich Diskussionen verkürzen wollte, aber ich muß pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß es jetzt 16.00 Uhr ist. Um 16.30 Uhr verläßt uns aus zwingenden Gründen Herr Dr. Barzel. Außerdem gibt es gewisse Pressetermine, die zu beachten sind. Ich wäre deshalb sehr dankbar, wenn wir die Diskussion insoweit jetzt kurz fassen könnten, daß wir erstens

---

40 Vgl. Nr. 19 Anm. 44.

den Bericht des Vorsitzenden billigen würden, was nach dem Stand der Diskussion das Ergebnis und die Zusammenfassung wäre. Das ist gerade vor seiner morgigen Reise eine wichtige Meldung. Zweitens fände ich es gut, wenn wir den Punkt zwei nicht nur in seiner Abwesenheit behandeln, sondern vielleicht doch noch in seiner Gegenwart.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich habe nur eine einzelne Wortmeldung von Herrn Blüm zum Betriebsverfassungsgesetz, dann, glaube ich, sind wir ohnehin mit Punkt eins fertig.

*Blüm:* Es ist uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen, die parteipolitische Betätigung aus dem Gesetz rauszuschieben. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Position der SPD in den Betrieben schlecht ist, aber d. h. noch nicht, daß unsere Position gut ist. Die Erben dieser schlechten Position oder die Begünstigten könnten, und dafür spricht sogar einiges, die DKP sein. Deshalb, Verbotsaktivität auch in dem Bereich, wo es bisher traditionell eher ruhig und friedlich war. Um so mehr kommt es auch auf das richtige Verhalten der CDU an, die unter einer ungeheuren Aufmerksamkeit steht, einer Aufmerksamkeit, die dadurch noch erhöht wird, daß wir in den Betrieben derzeit überall, nicht nur in Baden-Württemberg, eine große politische Aufregung haben. Eine Aufregung, die auch emotional ausbeutbar ist, auch gegen uns, wenn irgend etwas geschieht. Wenn irgend etwas geschieht, wodurch die endgültige Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von uns verzögert wird, glaube ich, gibt es keine Argumente, dies im Betrieb plausibel zu begründen. Eine solche Verzögerung wird nämlich zu guter Letzt bedeuten, daß nicht im Frühjahr gewählt wird, sondern erst im Herbst. Denn nach den geplanten Terminen kommen die Urlaubszeiten, so daß wir in die Gefahr kommen, das um ein halbes Jahr verschieben zu müssen. Ich weiß, daß man da sehr sublimen Argumente nachschieben kann, ein Vorschaltgesetz und so etwas. Nur würde ich darauf nicht meine Hoffnungen setzen. Ich glaube im Anschluß an das, was Herr Filbinger gesagt hat, es wäre in der Tat auch so, wenn Sie die Ostpolitik in ihrem Wahlkampf zurückdrängen wollen, dann werden in den freien Raum andere politische Themen einziehen. Eines der Themen, behaupte ich, werden die Betriebsratswahlen sein. Gerade die Gewerkschaften werden dieses Thema sehr stark behandeln, aber vor allen Dingen die SPD. Die SPD deshalb, weil sie sehr viel gesellschaftspolitischen Druck ablassen will, den sie im Bundestagswahlkampf nicht gebrauchen kann, weil sie nichts zu bieten hat. Unter diesem Aspekt sollten wir sehen, daß diese Betriebsratswahlen für die SPD ein Probelalopp der Bundestagswahl 1973 werden, daß alles, was im Bundesrat jetzt geschieht, eine größere Wirkung hat, als nur die Lösung von Detailproblemen des Betriebsrats, und Rückwirkungen haben wird auf die CDU. Ich kenne die ganze Propaganda, die jetzt schon den Betrieb überschwemmt. Man kann zwar ahnen, der CDU-Entwurf sei besser gewesen als der SPD-Entwurf oder als der Regierungsentwurf. Aber es wird niemand bestreiten, daß das, was jetzt mit unserer Hilfe als Gesetzesvorlage vorliegt, zwar verbesserungsfähig ist, das will ich ja gar nicht abstreiten, aber immer noch besser ist als das geltende Recht, was auch kein Kunststück ist nach zwanzig Jahren. Deshalb nochmals Appell an den Bundesrat und wo immer die CDU im Spiel ist, es unseren Leuten im Betrieb nicht schwer zu machen und keinen Tag die Betriebsratswahlen zu verzögern.

*Barzel:* Der letzte Satz deckt sich ja mit den kurzen Bemerkungen, die ich für das Präsidium machen wollte.

*Katzler:* Herr Kollege Köppler wollte sich zu dem Punkt melden. Wir haben gestern im Rheinischen Parteivorstand über diese Frage lange diskutiert, und Köppler hat es übernommen, zur Frage Betriebsverfassungsgesetz ein paar Bemerkungen zu machen.

Es scheint mir in der Tat das Problem der nächsten 1 ½ Jahre zu sein, weniger im Bundestag noch viele Gesetze einzubringen, sondern der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir auf dem Feld der Gesellschaftspolitik ein Dutzend Gesetze eingebracht haben. Wir sind einfach in der Propaganda hoffnungslos unterlegen. Die SPD hat über das Betriebsverfassungsgesetz ein Flugblatt in Millionenaufgabe herausgegeben<sup>41</sup>, das konzertiert mit dem DGB überall verbreitet wird. Die dürfen gegen die eigene Regierung nicht mehr schimpfen, sind also froh, wenn sie gegen uns wieder schimpfen dürfen, was ihnen sehr gelegen kommt. Das ist mit schlichten Worten die Situation. Es besteht die große Gefahr, daß sozialdemokratische Politik über Gremien von uns und der Verunsicherung unserer Leute in die Betriebe hineingebracht wird. In der vorletzten Sitzung, der letzten Sitzung haben die Ministerpräsidenten gesagt, sie wollen das machen, weil sie ihre Rechte nicht preisgeben wollen. Es ist auch ganz klar, daß vom Ablauf her gegen unseren Willen damals die Legislaturperiode um ein Jahr verlängert wurde, was wir für falsch gehalten haben. Aber das nützt uns jetzt alles wenig, weil die Leute draußen sagen, ihr verhindert das Gesetz, das jetzt da ist. Deshalb würde ich eigentlich den Ministerpräsidenten bitten, kann man nicht umgekehrt verfahren? Kann man nicht z. B. in einem Punkt nachgeben, dann wird es ein Ja geben. Wenn dem so ist, dann würde ich sagen, laßt uns doch nicht dauernd in dem Hinterhalt bleiben, sondern frontal angreifen. Das ist der Öffentlichkeit klar geworden bei der Abstimmung zur zweiten Lesung. Dabei ist unser Gesetz so wie die zweite Lesung mit sieben Abänderungsanträgen abgestimmt worden. Die Ministerpräsidenten sagen: Nehmt den Grundrechtskatalog, den wir vorangestellt haben, um zu sagen, uns geht es um ein Betriebsverfassungsgesetz und nicht um ein Betriebsrätegesetz. Das ist im Grunde der Unterschied: Betriebsverfassung mit den Grundrechten. Diesen einen Punkt würde ich nehmen. Und dann sollen die anderen das ablehnen. Und dann entsprechend unsere Sache ändern. Wenn wir darauf eingehen, dann wäre es auch konstruktiv. Wir wollen betonen, daß wir die Rechte der Arbeitnehmer voranstellen. *(Zwischenruf.)* Das haben die abgelehnt? Na bitte. Wir wollen das Gesetz nicht hindern und wollen das aber so lassen. Wenn das Gesetz verhindert wird, dann sind doch wir diejenigen, die ein Gesetz verhindert haben. Da kann doch gar kein Mensch keine Sekunde zweifeln. Da warne ich nachdrücklich. Ich würde sehr herzlich darum bitten, daß die Ministerpräsidenten diesen Vorschlag aufgreifen. Denn dann ist die andere Seite im Unrecht und zwar in einem massiven Unrecht. Wir müssen darüber im klaren sein, wie man es anfängt und wie es aufhört. Und ich habe an Herrn Filbinger bezie-

---

41 Flugblatt mit dem Titel „Das neue Betriebsverfassungsgesetz muß kommen – Auch wenn die CDU/CSU ‚Nein‘ sagt – Kämpfen Sie mit uns dafür“ (Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn) in ACDP Dokumentation 23/02/2.

ungsweise Herrn Gleichauf, der damals da war, die Frage gestellt, wie ist es am Ende? Und dann haben wir gehört, daß er zustimmt. Es hat doch keinen Zweck, hier ein Scheingefecht zu führen, sondern wir müssen konstruktiv einem Ministerpräsidenten den Protestkatalog abnehmen. Herr Schellenberg erklärt schlicht und einfach, kein Komma wird hier verändert. Dann müssen wir sie doch aber in der Öffentlichkeit ins Unrecht setzen, daß wäre die erste Position. Die zweite Position wäre die, dann trotzdem es nicht scheitern zu lassen, denn dieses Scheitern wird – ob das sachlich richtig ist, ist eine ganz andere Frage – uns in die Schuhe geschoben und dann rollen die Köpfe im Wahlkampf in Baden-Württemberg, das sage ich Ihnen.

*Langguth:* Ich wollte noch auf ein anderes Gebiet kurz zu sprechen kommen, auch wenn ich in die Gefahr komme, hier die Sache aufzuhalten. Es ist ja ein Kommuniqué zusammen mit der CSU gemacht worden. Sie haben vorhin, Herr Dr. Barzel, gesagt, daß Leitsätze für den Wahlkampf auch in Baden-Württemberg herauskristallisiert worden seien. Mit diesen Leitsätzen kann man, auch wenn ich zuerkenne, wie schwierig Verhandlungen mit der CSU sind, keinen Wahlkampf machen. Das will ich hier zunächst mal festgestellt haben, vor allem für die junge Generation. Wenn ich mir nur mal den Bereich der Bildungspolitik ansehe, das, was hier angesprochen und nicht angesprochen worden ist, was wir in dem in Düsseldorf verabschiedeten Programm alles drinstehen haben, dann ist wichtig, daß man das sagt und nicht vorbeigeht. Meine konkrete Frage an Sie wäre, was waren denn nun die neuralgischen Punkte in der Verhandlung mit der CSU? War es nur die Frage der Ostverträge oder waren es auch Fragen aus dem gesellschaftspolitischen Bereich?

*Barzel:* Darf ich zur Vorgeschichte dieses Papiers noch sagen, daß dieses Papier ja nicht unsere Idee war. Die CSU hat ein ganz anderes Verfahren, wie Sie sich erinnern, vorgeschlagen. Erst die Einigung über ein volles Programm, dann über eine Mannschaft und dann die Benennung des Kanzlerkandidaten. Übrig blieb dann, daß man ein paar Leitsätze zusammen mit der Nominierung der Person machen wollte. Für diese Leitsätze gab es Vorarbeiten aus unseren Reihen. Wir hatten, als die CSU votiert hatte, der CSU unser Gesamtprogramm förmlich übersandt. Und es gab dann das Papier der CSU, was wir mit Hilfe von Herrn von Weizsäcker überarbeitet haben. Wir hatten darüber eine Sitzung des Parteipräsidiums, und ich habe erklärt, es gebe ein Papier, das sei ein Barzel-Papier, weil mir das aus vielen Gründen das Richtige zu sein schien. Dieses Barzel-Papier wurde erörtert. Wir haben es an zwei oder drei Stellen im redaktionellen Teil verändert. Es gab Schwierigkeiten an der Stelle der Verträge, davon ist geredet worden. Es gab eine methodische Schwierigkeit in der Frage, die vorne steht mit der nationalstaatlichen Enge. Da haben wir uns durchgesetzt mit einer ganz klar veränderten Formulierung. Es gab eine kleine Schwierigkeit bei der Übernahme des Wortes „funktionsgerechte Mitbestimmung durch die CSU“, was aber dann geschluckt wurde. In der Sache ergab dieses Gespräch einen Dissens, eigentlich nur einen methodischen, nämlich die Frage, ob für die Verteidigungspolitik im Westen wir wirklich eine europäische Verteidigungspolitik wollen oder ob wir sie nicht wollen. Wir waren uns einig, wir wollen sie alle, setzten uns aber durch, daß es nicht richtig ist, wenn die Deutschen dies so fordern und wenn wir jetzt den atlantischen Zusammen-

hang, die NATO und all diese Dinge, betonen. Es gab sonst keine Meinungsverschiedenheit. Das CSU-Papier insgesamt war anders aufgebaut und formuliert, es war mehr gegen als für etwas formuliert. Ich glaube nicht, daß diese Leitsätze für den Wahlkampf in Baden-Württemberg bestimmt sind. Wenn ich so verstanden worden sein sollte, danke ich für die Gelegenheit, das richtig zu stellen. Dies ist die Basis der gemeinsamen Arbeit, auf die gestützt dann einzelne Kommissionen, wir werden über das Verfahren zu sprechen haben, sich an die Arbeit des Regierungsprogramm geben können. (*Zwischenruf*: Na klar, und wenn sie nachher nicht wollen, dann werden wir nach der Wahl über eine Koalition reden.) Wenn Sie das Pressebild sich angucken, ist dieses Unternehmen nicht zu Lasten der größeren Partei gegangen, das wollen wir mal sehr vorsichtig sagen.

*Filbinger*: Ich möchte hier zum Kollegen Katzer und dem Betriebsverfassungsgesetz ganz kurz etwas bemerken. (*Unruhe*.)

*Barzel*: Wir werden die Entwicklung abwarten. Wortmeldungen nicht mehr. Ich kann damit die Ziffer 1 verlassen und davon ausgehen, daß ich in der Sache, die unmittelbar bevorsteht, mich der Zustimmung des Bundesvorstands der CDU erfreue und Sie auch das billigen, wenn wir nächste Woche etwa aus Notwendigkeit in der Fraktion uns schon ein Stück weiter an die Entscheidung heranbegeben. – Zu Ziffer 2, Herr Kollege von Hassel!

#### KANZLERKANDIDATUR 1973

*Von Hassel*: Ich glaube, es ist mir gestattet, dazu eine Bitte vorzutragen. (*Starke Unruhe*.) Ich möchte den Vorstand bitten, den Beschluß, den wir in der gemeinsamen Kommission vor wenigen Tagen hier gefaßt haben, durch den Bundesvorstand der CDU formal zu bestätigen. Genauso wie es aufgrund einer Meldung von dpa, die genau eine Stunde alt ist, heute der Gesamtvorstand der CSU in München einstimmig getan hat. Es gibt niemanden hier im Raum, dem man das im einzelnen erläutern müßte. Jeder hat sich seine Gedanken darüber gemacht. Saarbrücken liegt hinter uns. Diese Diskussion kennen wir alle, und ich sehe nicht ein, warum wir nicht unverzüglich heute dasselbe tun sollten, was der Vorstand der CSU inzwischen vollzogen hat.

Mir sei noch ein Wort gestattet zu dem Papier, das vorhin hier in der Diskussion eine Rolle spielte zu der Art, wie dort diskutiert wurde. Herr Vorsitzender, genau 90 Minuten haben wir uns über das Papier unterhalten müssen, um nachher lediglich ein paar redaktionelle Punkte zu erledigen. Das war so ausgezeichnet, daß ich es als eine Ungehörigkeit sondergleichen betrachte, wenn nach der Veröffentlichung des Papiers am Dienstagmorgen der Generalsekretär der FDP, Herr Flach<sup>42</sup>, erklärt, hier sei eine

---

42 Karl-Hermann Flach (1929–1973), Journalist; 1946 LDPD und 1949 FDP, 1954–1956 Tätigkeit als Wirtschaftsredakteur in Frankfurt/Main und Bonn, 1956 stv. Leiter der Presseabteilung in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1957 Leiter der Politischen Abteilung, 1959–1962 FDP-Bundesgeschäftsführer, 1962–1964 Leiter des Ressorts für Innenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle, 1964–1971 stv. Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, 1971 General-

Kapitulation des Kanzlerkandidaten vor der CSU erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt hat Herr Flach weder das eine noch das andere Papier gekannt. Dieses Papier ist in der Tat das Papier unseres Kanzlerkandidaten. Meine Bitte geht also dahin, daß wir ohne viel Zeitverlust hier diese Nominierung vollziehen mit Blickrichtung auf den Besuch morgen in Moskau, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß man weiß, wir sind heute zusammen. Die Journalisten werden an der Uhr ablesen, wie lange wir dazu gebraucht haben. Und je rascher das geht, ich glaube, desto eindrucksvoller ist auch der Start mit unserem neuen Kanzlerkandidaten. *(Beifall.)*

*Barzel:* Ich danke Herrn von Hassel, wer hat das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann ist es so beschlossen, und ich darf zum einen sagen: Dankeschön. Zum zweiten, ich weiß, welche Verantwortung dies bedeutet, und zum dritten, wir wollen nicht nur die Wahl, sondern auch die Regierung gewinnen. *(Beifall.)* Herzlichen Dank.

*[Lücke im Tonband]*

#### BERICHT DES SCHATZMEISTERS

*Kiep:* Der Bundesvorstand hat den Auftrag, sich mit den Bemerkungen zu befassen, die in Ihrem Prüfungsbericht über die Finanzen der CDU niedergelegt sind und in der Bundesvorstandssitzung vor dem Parteitag in Saarbrücken vorgeschlagen wurden. Der zu dieser Vorstandssitzung eingeladene Prüfer, Herr Blumenfeld, hat sich entschuldigt, er mußte in den Auswärtigen Ausschuß, aber nachdem er heute morgen an der Bundesfinanzausschußsitzung teilgenommen hat, konnte ich mich mit ihm über diese Frage einigen. Das, was ich jetzt vortrage, hat seine Zustimmung ebenso wie die Zustimmung des verhinderten anderen Rechnungsprüfers, Herrn Horten.

Die Rechnungsprüfer haben in ihrem Bericht, der mit dem 31. Dezember 1970 abschließt, die Überschuldung der Partei festgestellt und pflichtgemäß darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Regelungen der Vergleichs- bzw. der Konkursantrag zu stellen ist. Der Bundesvorstand wird in diesem Bericht dann aufgefordert, innerhalb einer angemessenen Frist, hier sind zwei Wochen genannt, den Zustand der Überschuldung zu beseitigen oder den Konkursantrag zu stellen. Der Antrag ist jetzt gestellt worden, und ich darf in Erledigung dieses Punktes, der turnusgemäß erledigt werden muß, darauf hinweisen, daß der Zustand der Überschuldung in einer Größenordnung von 5 Mio., der diesem Bericht zugrunde lag, inzwischen durch eine Reihe von Maßnahmen und Eingängen überholt ist und zumindest per 31. Dezember 1971 der hier zu Recht monierte Zustand der Überschuldung nicht mehr besteht. Daher ist der Auftrag der Rechnungsprüfer an den Bundesvorstand – wenn Sie, meine Damen und Herren so beschließen – erledigt. Die Frage der Überschuldung könnte sich erst wieder im nächsten Jahr stellen. Dieses Problem ist also für dieses Jahr, zum 31. De-

---

sekretär der FDP, 1972/73 MdB. – Zur Stellungnahme Flachs vgl. fdk Ausgabe 97 vom 30. November 1971.



zember 1971, erledigt, und ich glaube, es ist gut, wenn sich das als formeller Beschluß des Bundesvorstands, der diesen Bericht zur Kenntnis nimmt, in der Rechnungslegung der Partei für das Jahr 1971 wiederfindet. Ich darf also empfehlen, daß der Bundesvorstand diesem Vorschlag zustimmt. Dies bedeutet allerdings nicht, daß alle finanziellen Probleme gelöst seien, nur das Problem der Überschuldung per 31. Dezember 1971 wird gelöst. Der Eingang der Mittel, den ich erwähnt habe, stammt im wesentlichen aus der Wahlkampfkostenerstattung, die uns diese Feststellung ermöglicht. Im übrigen sieht das Schuldenbild der Partei, wie Sie alle wissen und wie ja leider etwas zu platt auch in der Presse berichtet wurde, nach wie vor ziemlich düster aus. Die Schulden, also Bankschulden, betragen nach wie vor um die 12 Mio. DM. Ich darf hinzufügen, daß wir seit Oktober uns bemüht haben, diese Schulden zu konsolidieren, d. h. zunächst einmal ein Bankenkonsortium zusammenzubringen, das unter Beteiligung aller deutschen Großbanken dieses Risiko trägt und zwar zu Bedingungen, die es für uns etwas erträglicher gestalten. Die Zinsbedingungen, die wir zu tragen hatten, waren die handelsüblichen Marktzinsen. In intensiven Gesprächen ist es gelungen, die Banken darauf hinzuweisen, daß es verwerflich ist, der staatstragenden Partei CDU Zinsen zu berechnen wie irgendeinem Handelsunternehmen und daraus Gewinn zu ziehen. Und das hat eine Wirkung. (*Starke Unruhe.*) Das ist zwar keineswegs beseitigt, aber im Augenblick ist folgendes festzustellen: Erstens, die Konditionen (*Zwischenruf: Sie sind kein Banker mehr! Sie sind jetzt Minister! – Heiterkeit.*) und der Kreditrahmen sind so ausgeweitet, daß wir für die Spitzen des Bundestagswahlkampfes gerüstet sind. Denn es ist ja nicht das Problem, daß unser Spendeneingang synchron läuft mit den Ausgaben, die wir aufgrund des Wahlkampfes haben. Bis dahin wird das Mögliche geschehen.

Punkt 2 meines Berichtes, und ich komme unter Punkt 3 zu dem wichtigsten. Punkt 2 meines Berichtes ist das Konrad-Adenauer-Haus. Das Haus ist jetzt bezogen, die beiden Seitenflügel werden im Laufe des Frühjahrs, wohl bis März, ganz fertig werden. Das Haus ist, wie ich heute mit Genugtuung vermelden kann, auch vermietet. Es ist eine ganze Reihe von Mietern gefunden worden. Im Augenblick ist es sogar so, daß wir mehr Mietwünsche haben, als wir Mieträume zur Verfügung stellen können. Was noch ungeklärt ist, ist die Frage der sehr umfangreichen Restaurationsbetriebe einerseits und des Festsaaus andererseits. Herr Hasselmann, wenn also Niedersachsen irgendwelche Veranstaltungen in Bonn plant, bitte ich, unseren Saal zu berücksichtigen, da können wir 600 Personen bequem unterbringen. Auch sonst haben wir alle Fazilitäten anzubieten. Das gilt auch ganz besonders als Angebot an die Fraktion für besondere Veranstaltungen und andere Dinge.

Die Miete, die wir erzielen konnten, entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen und unserer kalkulatorischen Miete, die bei 18 DM lag, weil eben tatsächlich diese Miete für die Gegend und auch für die Ausstattung des Hauses – keine Klimaanlage – an der oberen Grenze liegt. Wir mußten da also verschiedentlich nachgeben. Damit komme ich auf die Schattenseite des Hauses. Der Einzug ins Konrad-Adenauer-Haus kostet uns über den Daumen gepeilt eine Mio. DM Miete pro Jahr mehr, als wir Mietaufwendungen im Jahr 1970 hatten. Wir benehmen uns also etwas, wenn ich es so sa-

gen darf, luxuriös und ausschweifend, wenn wir in unserem gegenwärtigen finanziellen Zustand in ein so teures Haus einziehen. Wir handeln uns damit aber den Vorteil ein, unter einem Dach zu sein, und das ist sicherlich auch richtig. Der zweite Punkt bei den Schattenseiten des Hauses ist, daß die Finanzierung des Hauses insoweit nicht gesichert ist, als das vorgesehene Eigenkapital nicht vorhanden ist und zweitens auch das Kommanditkapital nicht gezeichnet wurde. Wir sind davon ausgegangen, daß wir 3 Mio. Bausteine als Eigenkapital einbringen müssen – davon sind ca. 500.000 gezeichnet – und daß wir 16 Mio. Fremdkapital haben, davon sind 6 Mio. da. Wir haben hier einen ganz erheblichen Fehlbetrag. Und die Frage, wie wir das zu lösen haben, beschäftigt uns zur Zeit noch sehr. Denn wenn dieses Eigenkapital nicht vorhanden ist und auch das Kommanditkapital nicht da ist, stimmt natürlich die finanzielle Rechnung nicht, stimmt auch die Miete nicht. (*Starke Unruhe.*) Wir haben nicht nur eine Mehrausgabe an Miete, sondern wir haben auch effektiv einen echten Verlust, weil ja selbst diese Miete, die wir kalkuliert haben, noch zu niedrig ist angesichts des geringen Eigenkapitals.

Behebung dieser Sache: Wir sind dabei, das noch endgültig zu überlegen und zu entscheiden. Es zeichnet sich folgendes ab: Erstens, ich bin nicht der Meinung nach meinen Besuchen in allen Landesverbänden, ich habe inzwischen alle Landesverbände besucht und mit den zuständigen Leuten dort gesprochen, daß wir eine neue Baustein-Aktion starten. Es scheinen mir in der Partei im Augenblick die Bemühungen um erstens die Umlage und zweitens die Durchführung der Mitgliederbeitragerhöhung im Gange zu sein, und ich fürchte, daß wir diese beiden Aktionen empfindlich stören, wenn nicht stoppen würden, wenn wir jetzt mit einer großangelegten Baustein-Aktion als dritter Aktion da hineinkommen würden. Wir sind uns mit den Landesschatzmeistern heute einig geworden, daß die Baustein-Aktion weiterlaufen soll, daß die Landesverbände gehalten sind, die Kreisverbände darauf hinzuweisen, daß das unbedingt weiterlaufen muß. Auch zu mahnen – nicht in einer großen öffentlichen Aktion, etwa unter der Flagge des neuen Parteivorsitzenden – und den Weg zu gehen, daß wir auf dem Dienstwege darauf drängen, daß die Aktion weiter geführt wird. Die nicht vorhandene Eigenkapitalbasis möchte ich so ersetzen, daß wir diesen Betrag dem notwendigen Kommanditkapital hinzuschlagen und dann den Versuch unternehmen, auf einer neuen Grundlage Zeichner für weitere Anteile zu finden. Diese neue Grundlage muß sich in einem Prospekt befinden. Der jetzige Prospekt ist dazu unzureichend. Diese Kassierung muß erfolgen, ohne daß sie bei unseren potenziellen Spendern etwa den Eindruck erweckt, als sei die Zeichnung solcher Kommanditanteile auch eine Spende für unsere Aktion 1973. Das ist das Problem dabei. Es sind Bemühungen im Gange, so daß ich hoffe, daß ich Ihnen bei nächster Gelegenheit darüber mehr berichten kann.

Was drittens die Organisation anbetrifft, so haben wir zunächst einmal bei Beginn des neuen Präsidiums durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer eine totale Prüfung des ganzen Zahlenwerks vornehmen lassen. Dieser Prüfungsbericht liegt vor und ist auch bei den Akten der Bundespartei vorhanden und dort sicherlich auf Wunsch auch einzusehen. Was wir weiterhin tun wollen, ist, daß wir die Wirtschaftsbetriebe der Uni-

on – also die Union-Betriebsgesellschaft, die Bonner Werbe GmbH und was da sonst noch dazu gehört – durch eine unabhängige renommierte Unternehmensberatungsfirma überprüfen lassen wollen, um uns einmal ein Schema geben zu lassen, wie organisatorisch eine solche Sache gestaltet werden müßte, um mit größtmöglicher Effizienz zu arbeiten. Dieses Ergebnis wird in etwa drei Monaten vorliegen. (*Starke Unruhe und Heiterkeit.* – *Kraske*: Herr Kiep, es wurde Ihnen als Beratungsunternehmen das bekannte Unternehmen Kienbaum empfohlen. – *Heiterkeit.*) Ich werde darüber berichten. In diesem Zusammenhang läuft der Versuch, die Arbeit der CDU, der Bundestagsfraktion, der Konrad-Adenauer-Stiftung aufeinander abzustimmen und in diesem Zusammenhang auch alle Publikationen unserer Partei und Fraktion zu prüfen, welche davon weitergeführt, in welcher Form und mit welcher Zielrichtung, damit auch da optimal gearbeitet wird, um den Erfolg und die Kosten zu rechtfertigen.

Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang, darauf komme ich jetzt mit dem wichtigsten Punkt zu sprechen, die Koordination mit den verschiedenen Gliederungen der Partei versucht, und es ist z. T. auch erreicht worden, was die Aktion 1973 anbetrifft. Ich stelle unsere gesamten Bemühungen unter die Überschrift „Bundestagswahl 1973“ und bin der Meinung, daß alles das, was wir in der kurzen Zeit, es sind nämlich nur noch 22 Monate, tun und unternehmen, an diesem Maßstab gemessen werden muß, was bringt es uns für diese Bundestagswahl. Alles, was in diesen Gesichtspunkten als sekundär betrachtet wird, sollte auch tatsächlich zurückgestellt werden. Wir müßten auch, und damit komme ich auf den wichtigsten Punkt, unsere Spendenaktionen, auf diese Aktion 1973 abstimmen. Ich würde Sie alle sehr herzlich bitten, draußen in den Gesprächen klarzumachen, daß wir die Probleme, die wir haben, als da sind: Schulden, Konrad-Adenauer-Haus, organisatorische Dinge, mit Bordmitteln beheben und unsere Ansprache und unsere Prioritäten sich ausschließlich auf die Aktion 1973 beziehen. Diese Aktion 1973 hat nichts anderes zum Ziel, als zu erreichen, daß wir die materielle Chancengleichheit mit der SPD zu einem frühen Zeitpunkt erreichen, um tatsächlich unsere sachlichen und personellen Alternativen auch an den Mann bringen zu können. Ich glaube, daß wir damit auch die vorhandenen Möglichkeiten optimal ausschöpfen können. Alle Hinweise, daß wir Geld bräuchten, um unsere Schulden zu bezahlen, wirken nicht überzeugend, führen nicht zu optimalen Beiträgen, wenn sie von einer Partei gemacht werden, die um die Macht kämpft. Und deshalb würde ich bitten, die ganze Schuldengeschichte in lebhafter Erinnerung zu behalten und nie zu vergessen, aber nach draußen hin wirklich nach vorne zu argumentieren: Union 1973, Chancengleichheit zu der SPD. Dies verspricht nur dann Erfolg, wenn wir die materielle Basis dafür schaffen. Daß wir die nicht haben gegenüber der sozialdemokratischen Partei, ist ja nicht ganz ohne Delikatesse, wenn wir daran denken, daß wir die Partei sowohl der Unternehmer sind wie der Arbeiter und der Gewerkschaft. (*Unruhe.*)

Wenn ich davon sprach, daß wir nicht von unseren notwendigen Reparaturarbeiten reden sollten, dann meine ich, ist es ebenso wichtig, daß diese Ansprache erfolgt als Union, d. h. mit einer Stimme. Wir werden das Ziel, und ich werde die Zahl gleich nennen, nicht erreichen, wenn wir wie bisher vorgehen und mit zahllosen Organisationen und Gliederungen uns auf potentielle Spender stürzen und diese bedrängen. Wir

müssen als CDU mit einer Stimme sprechen! Ich habe mich bemüht und es ist auch heute voll gelungen, die Zustimmung aller Landesverbände der Union und auch der Vereinigungen der Union dazu zu erlangen, daß wir gemeinsam vorgehen und als Union auftreten. Ich habe das vorbereitet durch die Besuche der Landesverbände, von denen ich sprach, und es ist heute auch im Bundesfinanzausschuß, in dem erfreulicherweise auch der Parteivorsitzende erschienen ist und auch noch einige passende Worte gesagt hat, gelungen, die Zustimmung zu bekommen.

Demnach sieht unser Vorgehen nun so aus, daß von jetzt ab bis zur Bundestagswahl die CDU die potentiellen Spender, große wie kleine, einheitlich anspricht und daß Bundes- und Landesverbände entweder alleine oder gemeinsam, je nach Zweckmäßigkeit, auftreten und solche Spenden einfordern. Das bedeutet also im praktischen Fall, daß der Landeschatzmeister von Rheinland, Herr Köppler, bei seinen Ansprachen im Rheinland gleichzeitig mit dem Bundesschatzmeister auftritt. Wo er glaubt, daß es wichtig wäre, daß der Bundesschatzmeister auftritt, tritt dieser auf, entweder mit ihm oder allein. Dasselbe machen wir in Niedersachsen und in Westfalen. Ich bin in der glücklichen Lage, den Landesschatzmeistern nachgewiesen zu haben, daß tatsächlich von meiner Seite ab heute die Offenlegung erfolgt. Das heißt, der Landeschatzmeister Rheinland erfährt von mir, wenn ich aus dem Rheinland eine Spende bekommen habe. Ebenso wird das in den anderen Landesverbänden gehandhabt. Ich habe vorhin den Vorschlag gemacht, und er ist akzeptiert worden, daß wir die Beute, die wir bei dieser Aktion 1973 machen, auf den Tisch legen und dann nach einem individuell festzulegenden Schlüssel die Aufteilung vornehmen, weil ein fester Schlüssel nicht möglich ist. Ich darf das begründen: Herr Müller-Hermann, ich habe aus Ihrem Landesverband z. B. jetzt eine größere Spende bekommen. (*Müller-Hermann: Was?! – Unruhe und Heiterkeit.*) Ihr Schatzmeister ist bereits informiert. Wenn ich jetzt einen Schlüssel hier festgelegt hätte, durchgängig, der etwa lautet, irgendwas 60/40 oder 50/50, dann würde das dazu führen, daß der Landesverband Bremen zu viel bekäme. (*Heiterkeit.*) Herr Müller-Hermann, ich meine, daß die Verteilung der eingegangenen Mittel unter Berücksichtigung der Funktionen erfolgen muß, die die einzelnen Landesverbände im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 1973 zu erfüllen haben. Und in dieser Beschreibung und mit diesem Kriterium als der Grundlage für den Verteilungsschlüssel haben sich heute die Landesschatzmeister unterworfen, und ich habe mich dem auch unterworfen, und so wollen wir vorgehen.

Desweiteren haben wir mit dem Wirtschaftsrat der CDU ein Gespräch gehabt, an dem auch der Generalsekretär teilgenommen hat. Wir haben dort Einigung erzielt, und wir werden auch die Konrad-Adenauer-Stiftung als einen potentiellen Spendenempfänger in diese Planungen mit einbeziehen. Ich möchte Sie nur bitten, die Beschaffung von Mitteln als eine Aufgabe der Politiker zu betrachten und nicht als eine Aufgabe von Kassierern. Die Beschaffung der Mittel, Erfolg oder Mißerfolg unserer Aktion ist im Grunde die Kehrseite der politischen Medaille. Das heißt, das eine hängt vom anderen ab. Wenn die Politiker sich nicht einsetzen für diese Dinge, dann werden die Schatzmeister allein den Erfolg nicht haben, und deshalb bitte ich Sie, dem Parteivorsitzenden zu folgen und das als eine Aktion von uns allen zu betrachten und Ihre

Landesschatzmeister bei der Aktion nicht allein zu lassen, ebenso wie ich Sie bitte, mich dabei nicht allein zu lassen.

Zur Aktion selber zwei Dinge: Erstens, die Großen werden in einer ganz besonderen Weise unter Mitwirkung des Parteivorsitzenden angesprochen. Ich hoffe, daß wir bis Ende des Jahres einmal ganz durch sind, es findet jeden Monat eine Veranstaltung statt. Die anderen müssen regional angesprochen werden, hier müssen die Landesvorsitzenden, Landesschatzmeister und das Präsidium der Partei zusammenarbeiten. Die Landesschatzmeister sind vorhin gebeten worden, Vorschläge zu machen, Listen zusammenzustellen, Kreise zusammenzurufen, einzuladen, möglicherweise in Privathäusern. Wo wir Ministerpräsidenten haben, meine Herren Ministerpräsidenten, ist es natürlich ganz besonders wichtig, daß diese als Einladende auftreten, was ganz anders zieht, als wenn arme oppositionelle Landesvorsitzende dies tun. Kurzum, hier müssen wir auf der Landesebene die nicht ganz Großen, die Masse der Unternehmen ansprechen (*Unruhe*), um im Rahmen der Veranstaltungen optimale Ergebnisse zu erzielen. Und ich darf noch ganz kurz etwas zu den Zahlen sagen. Wir brauchen im Jahre 1972/73 – und ich rechne jetzt immer diese Zahlen zusammen, das sind in den zwei Jahren gut 22 Monate, in diesen 22 Monaten insgesamt, und ich gehe da von einer Schätzung aus, die vielleicht auch noch etwas zu niedrig liegen kann –, einen Wahlkampffondsverbund von ungefähr 45 bis 50 Mio. Dazu müssen wir noch wissen, was die Landesverbände aufzuwenden haben, denn das ist jetzt nur das, was der Bund haben müßte. Und es ergibt sich also eine stolze Gesamtzahl. Wir müssen als Bundespartei über diese Dinge hinaus ja auch noch andere Mittel haben. Der laufende Betrieb geht weiter und wird bekanntlich in einem Wahljahr ja auch immer teuer, so daß in der Tat eine ganz große finanzielle Aufgabe vor der Bundespartei steht. Ich schätze, daß unsere Gesamtfinanzbewegung in diesem Zeitraum von 22 Monaten bei Ausgaben etwa bei 80 Mio. DM liegen wird, wovon ich, wie gesagt, mit ca. 45 bis 50 für den Wahlkampf rechne, den Rest für unseren laufenden Betrieb. Dem gegenüber stehen ja auch Einnahmen, die aber doch insgesamt in der Größenordnung von etwa nur 28 Mio. fest und einigermaßen sicher sind, so daß eben ein ganz erheblicher Fehlbetrag sein wird, den wir effektiv aufbringen müssen. Und dies kann eben nur geschehen, wenn wir uns wirklich ganz enorm einsetzen.

Wenn ich von Absprachen rede, dann muß ich berichten, daß wir uns bemühen, auch mit der CSU zu einer Absprache zu kommen. Der erste Schritt hierzu wird in einem Gespräch kurz vor Weihnachten gemacht, zu dem der Parteivorsitzende der CSU und der CDU sich bereit gefunden haben. Ich hoffe, daß es im ersten Anlauf gelingt, etwas abzuschließen, was ich als eine Art von Gewaltverzichtsabkommen bezeichnen möchte, und daß wir dann vielleicht weiter dazu kommen und eine echte Abstimmung in der Spendenwerbung kriegen. Das wäre wichtig, weil es durch die Absprache zwischen Bund und Land dazu führen würde, daß bei den potentiellen Spendern eben eine größere Sicherheit besteht, erstens, daß sie nur einmal angesprochen werden, zweitens, daß die hierbei zu Frage stehende Solidarität zwischen CDU und CSU, die ja dadurch dokumentiert würde, uns sicherlich besonders gut anstehen würde. Hier ist mein Appell an die Landesvorsitzenden, sich dieses Themas besonders

anzunehmen. Wir können die Kreisverbände nicht ansprechen. Die Kreisverbände müssen von den Landesverbänden angesprochen werden, und es gilt dabei insbesondere, die stille Vermögensbildung, die bei einigen Kreisverbänden stattgefunden hat, nutzbar zu machen für die Bundestagswahl 1973. Wir haben erstaunliche Erfolge insoweit gehabt, als, Herr Windelen, ein Kreisvorsitzender Ihres Landesverbandes, mich angerufen hat und darum gebeten hat, es möge mein Beauftragter in seinen Kreis kommen. Das ist geschehen, und er hat in diesem Kreis bei einigen Unternehmen, die der Kreisvorsitzende namhaft gemacht hat, 50.000 DM eingesammelt. Und diese Bereitschaft ist bei Kreisvorsitzenden erstmalig vorhanden. Zumindest kann man sie hervorrufen, wenn man die geeignete Ansprache vornimmt, und dazu würde ich Sie sehr herzlich bitten, daß das geschieht.

Daneben werden eine Reihe von Sonderaktionen laufen, die insbesondere im kommenden Januar beginnen mit unserer Münzaktion. Ich wollte Sie pflichtgemäß davon unterrichten, damit Sie das wissen. Wir werden aus Anlaß des fünften Todestages von Konrad Adenauer einen Konrad-Adenauer-Silbertaler – also ein numismatisches Objekt, ein Sammelobjekt – herausbringen. Wir haben erreicht, daß wir diese Sache übernehmen, zumindest was den Gewinn anbetrifft. Wir nehmen zunächst einmal einen Verkauf parteiintern vor, als Vorverkauf, und dieser Vorverkauf beginnt am 14. Dezember in der Fraktion, am 5. Januar in der Partei und ab Ende März über die Banken in der Öffentlichkeit. Da kommt eine Reihe von anderen Aktionen noch dazu, nur damit auch das Interesse und damit die Partei wach bleibt und die Dinge in der Diskussion bleiben.

Die 10-DM-Grundlage, meine Damen und Herren, läuft einigermaßen. Ich bitte Sie, auch darauf zu achten, daß das weitergeht. Vor allen Dingen bitte ich Sie, der Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, wie wir sie in Saarbrücken beschlossen haben, Nachdruck zu verleihen, indem Sie das in geeigneter Form propagieren in Ihren Kreisgeschäftsführer- und Kreisvorsitzendenkonferenzen in den kommenden Wochen und Monaten.

Lassen Sie mich schließen mit einem Ausblick: Die Dinge sind recht schwierig, die Spendenbereitschaft ist latent vorhanden. Besonders ermutigend ist die Spendenbereitschaft auf der breiten Ebene, wie ich sie eigentlich nie für möglich gehalten hätte. Wir kriegen also wirklich Spenden in einer Zahl, die unvorstellbar, wenigstens für mich, war von Leuten, die im Grunde weder CDU-Mitglieder sind noch jemals politische Parteispenden gemacht haben, sondern die einfach aus Sorge um die Entwicklung sagen, wir müssen etwas tun. Und ich glaube, wir müssen erreichen, daß unsere Sympathisanten im Lande sich darüber klar sind, daß es diesmal nicht genügt, nur zu wählen, sondern das man eben auch tatsächlich diese Chancengleichheit, von der ich vorhin sprach, für die Partei herstellen muß, der man dann 1973 die Stimme gibt. Ich hoffe, Ihnen in unserer nächsten Sitzung etwas mehr berichten, vielleicht auch schon Zahlen nennen zu können. Im Augenblick kann ich nur sagen, wir bemühen uns nach Kräften. Die Dinge sind im Laufen, ich betrachte die Chancen, daß wir zumindest ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis 1972 erreichen, nicht als aussichtslos. Der Erfolg wird aber davon abhängen, erstens, daß wir eine gute Politik machen, zweitens, daß wir ein solidarisches Bild abgeben, ein Thema, was natürlich immer wieder von

allen Spendern in den Vordergrund ihrer Bedingungen gestellt wird, und drittens, daß Sie alle sich als in der Pflicht befindlich betrachten, das finanzielle Problem zu lösen. Vielen Dank! (*Beifall.*)

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich danke dem Bundesschatzmeister für diesen Bericht. Sie werden mir sicher erlauben, etwas hinzuzufügen aus eigener, sehr gründlicher Anschauung. Normalerweise wartet man 100 Tage, um Leute in ihrem neuen Amt kritisieren zu können, ich glaube bei Herrn Kiep genügen 60 Tage, um ihm schon einen ersten Dank abzustatten, was er in dieser Zeit bereits auf den Weg gebracht hat. Es ist eine Menge, und es ist beim alltäglichen Zusehen der gemeinsamen Arbeit noch mehr, als er hier berichtet hat. Ich möchte Sie fragen, ob wir jetzt in eine eingehende Erörterung dieses Berichtes eintreten wollen?

*Kiep:* Herr Generalsekretär, wir müssen noch entscheiden, ob wir den Haushalt auch behandeln wollen, den Haushalt der Bundespartei für das Jahr 1972. Ich wollte das nur anbieten, er liegt vor. Aber nachdem Sie ihn vorher nicht einsehen konnten, möchte ich es Ihnen überlassen, ob Sie heute darüber sprechen wollen, oder ob Sie ihn einsehen und dann in einer späteren Sitzung darüber sprechen möchten. Aber ich finde, dieses Gremium sollte hier als erstes diesen Haushaltsplan kennen, bevor das neue Jahr begonnen hat. Er liegt hier vor in genügend Exemplaren, wir könnten darüber sprechen, aber ich stelle anheim, ob die Mehrheit des Vorstands dies wünscht oder ob man ihn zur Kenntnis nimmt und dann darüber diskutieren möchte.

*Köppler:* Also, ich würde vorschlagen, daß wir ihn zur Kenntnis nehmen, uns ansehen und bei der nächsten Sitzung das als einen Tagesordnungspunkt zur Aussprache bringen.

*Hasselmann:* Ich wollte nur darauf hinweisen, daß alle Überlegungen außer der außenpolitischen mindestens unter dem Vorbehalt der eigenen Finanzplanung unserer Partei stehen und daß wir das ganz außerordentlich ernst betrachten müssen, daß ein Zusammenhang zum Betriebsverfassungsgesetz besteht. Bei uns, ich darf das nicht verschweigen, haben wir acht Austritte aus dem Institut für die Wirtschaft gehabt nach der Abstimmung. Da fallen uns Beiträge aus. Ich bin von Herrn Dr. Krause<sup>43</sup> gebeten worden, ihn sofort zu besuchen. Es hat etliche Mühe gekostet, drei wiederzugewinnen, fünf haben sich Bedenkzeit erbeten. Das müssen wir wiederholen. Wir müssen dann aber ganz offen aussprechen, daß die Gewerkschaft ja nicht nur SPD ist. Ob wir von da Wahlkampfhilfen kriegen, weiß ich nicht. Wir müssen hier sehr sorgfältig diese Dinge behandeln, damit wir mit sauberen Papieren und mit einer klaren Marschroute auftreten können. Sonst geht die Sache nicht über die Bühne.

*Echternach:* Ich habe noch eine Detailfrage. Herr Dr. Kiep, wie sieht es aus mit einer Abgrenzung der Hoheitssphären zwischen CDU und CSU?

*Kiep:* Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Echternach, daß Sie mich aufgrund meines Berichtes zum Doktor der Finanzwissenschaften befördert haben. Es gibt eine solche

---

43 Dr. Klaus Krause, Verleger in Goslar, 1965–2003 Gesellschafter des Medienhauses Krause (Goslarsche Zeitung, Stader Tageblatt, Buxtehuder Tageblatt), Mitglied der Standortpresse GmbH.

Abgrenzung überhaupt nicht, es herrscht dort der Zustand des (*Unruhe.*) absoluten Wilderns, das überwiegend zu Lasten der CDU stattfindet. Deshalb sprach ich von einem Gewaltverzichtsabkommen scherzhafterweise, mit dem wir zunächst einmal abstimmen, wer wen anspricht. Wir können das vielleicht koordinieren, denn ich habe bei einer Reihe von bayerischen Gesprächen ein Verständnis festgestellt, bei einer Reihe von großen Unternehmen in Bayern, die bundesweit arbeiten und bisher ihre Spenden an die CSU gegeben haben, daß selbstverständlich auch die Arbeit der Bundes-CDU unterstützt wird. Ich habe mir für unser Gespräch die Vollmacht geben lassen, auf diese Tatbestände und diese Hoffnungen hinzuweisen und hoffe also, daß wir zu einem gewissen *Modus vivendi* kommen. Aber im Grunde ist der jetzige Zustand der einer völligen Regellosigkeit, (*Zwischenruf:* Einer Ausplünderung!) einer Ausplünderung des Bundes durch Bayern.

*Kraske:* Ich schlage Ihnen vor, daß wir, was den Etat der Bundespartei angeht, so verfahren, wie das hier mehrfach vorgeschlagen ist, daß wir eine formelle Beschlussfassung zurückstellen bis zur nächsten Sitzung. Ich wäre Ihnen nur dankbar für die ausdrückliche Ermächtigung, daß Sie uns ermächtigen, diesen Etat, der ja ohnehin unterteilt ist, das ist heute ja eine gängige Methode, in einen Kernhaushalt und in einen Eventualhaushalt, der Eventualhaushalt hängt in seiner Bedienung von den Erfolgen von Herrn Kiep ab, was den Kernhaushalt betrifft, im Januar – und das wird vor der nächsten Vorstandssitzung nötig sein – zu einem Zwölftel in Angriff zu nehmen, damit die Sache ihre Ordnung hat. Wenn Sie damit einverstanden sind, und ich darf das feststellen, haben wir noch einen weiteren Beschluß zu fassen, der die Prüfung der Kassenprüfer betrifft. Herr Kiep, vielleicht können Sie so nett sein, den Beschlußantrag eben noch mal zu formulieren.

*Kiep:* Wir müßten beschließen, daß die gemäß Bericht der Rechnungsprüfer anläßlich des Bundesparteitag 1971 in Saarbrücken beanstandete Überschuldung der Partei in Höhe von 5 Mio. auftragsgemäß durch Eingänge in einer ausreichenden Höhe beseitigt ist und damit der Zustand der Überschuldung per 31. Dezember 1971 behoben ist.

*Kraske:* Vielen Dank! Dazu Wortmeldungen? Allgemeines Einverständnis. Irgendwelche Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen. Darf ich zum Schluß noch meinerseits eine Anmerkung machen? Ich stelle fest, und dies ist nun über die Herren Landesvorsitzenden vor allem ein Appell an unsere Kreisverbände, daß noch immer weder ausreichend bekannt ist, daß Parteispenden bis zu einer Höhe von 600 bzw. 1.200 DM steuerlich absetzbar sind, noch, daß von den Kreisverbänden hinreichend wirkungsvoll und breit in dieser Richtung um Spenden geworben wird. Ich würde es für dringend halten, daß noch vor dem 31. Dezember mindestens in Kreisen, die auch nach dem SPD-Parteitag<sup>44</sup> auf diese Dinge besonders ansprechbar sind, auf diese Möglichkeit hingewiesen wird. Ich glaube, daß in den Kreisverbänden wirk-

---

44 Außerordentlicher Parteitag der SPD vom 18. bis 20. November 1971 in der Beethovenhalle Bonn. Der Parteitag wurde am 17./18. Dezember 1971 in der Stadthalle Bad Godesberg fortgesetzt. Vgl. SPD, PARTEITAG 1971.



lich eine, gerade zur Zeit, eine erhebliche Spendenbereitschaft da ist und es ist nur ein Organisationsproblem ist, wie weit es den Kreisverbänden gelingt, das zu mobilisieren. – Dazu Herr Kiep!

*Kiep:* Herr Kraske, ich wollte doch noch mal zu erwähnen geben, ob wir nicht tatsächlich noch einmal von der Bundespartei her eine zentrale Aktion machen sollten, die auf diesen Termin, 31. Dezember, und die Steuermöglichkeit hinweist.

*Kraske:* Da ich in meinem Wahlkreis das in diesen Tagen gemacht habe, habe ich mir ohnehin überlegt, an die Kreisvorsitzenden ein Rundschreiben zu schicken mit diesem Hinweis. Ich glaube, daß das nützlich wäre. Aber trotzdem wäre ich den Landesvorsitzenden dankbar, wenn sie das auch ihrerseits aufgreifen würden.

*Köppler:* Eine Anfrage im Zusammenhang mit dem Etat. Ist geplant, für Ende dieses Jahres, zweite Hälfte dieses Jahres, an eine zentrale Mitgliederwerbaktion zu denken oder nicht?

*Kraske:* Zweite Hälfte des nächsten Jahres. Die Arbeitsplanung für das Jahr 1972 wird im Präsidium wahrscheinlich im Januar besprochen werden. Dabei wird auch über diese Frage zu sprechen sein. Ich glaube, dann können wir diesen Punkt abschließen. Es ist angeregt worden, daß wir die Punkte 5 und 4 in ihrer Reihenfolge austauschen. Ich nehme das gerne auf, weil wir über den Punkt 5 uns sehr schnell verständigen können. – Frau Dr. Wex, Sie haben das Wort!

#### BERICHT VON FRAU DR. WEX ZUM THEMA MASSEN MEDIEN

*Wex:* Ich habe hier zur Abkürzung des Verfahrens Ihnen eine kleine Vorlage gemacht über den Gang der Handlung, wenn ich das mal so nennen soll. Nach der Einsetzung der Medienkommission auf dem Bundesparteitag hatten wir zwei Ziele zu verfolgen, einmal die Aktivierung der Arbeit und zweitens die Koordinierung. Die Aktivierung der Arbeit ist in einer Form erfolgt, insofern als der konstituierte Arbeitskreis Rundfunk jetzt mehrere Male in seiner Medienkommission getagt hat. Die vom Bundesvorstand eingesetzte Medienkommission ist natürlich jetzt etwas anderes als der Arbeitskreis, der kurz vor dem Bundesparteitag gegründet worden ist; die Gründung war mir natürlich bekannt. Nach längeren Diskussionen bzw. auch nach Kontaktnahme mit allen Beteiligten haben wir uns jetzt auf folgenden Verfahrensvorschlag für Sie geeinigt: Da es nicht Ziel des Bundesvorstands sein kann, eine völlig anders besetzte Kommission zu bilden, schlagen wir vor, die bestehende Unterkommission Medien mit der Vorlage eines Medienkonzepts im Sinne des Parteitagsbeschlusses zu beauftragen. Über die Zusammensetzung der Kommission, Herr Kohl wird dazu noch etwas sagen, können wir uns unterhalten. Herr Kohl wird vorschlagen, wie wir das vorsehen. Der erste Vorschlag könnte sein, daß wir die CDU-Mitglieder dieser Medien-Unterkommission in die neue Kommission nehmen. Über die Mitarbeit der CSU-Mitglieder müßte dann gesprochen werden, und das wird auch das Petitum sein. Wir sind uns darüber einig, daß wir heute nicht darüber sprechen können etwa über das Materielle eines Medienkonzeptes, da liegen mehrere Vorschläge vor.

*Kohl:* Ich möchte jetzt auch von hier aus in diesem Sinne aufrufen zur Unterstützung. Ich will auf folgendes hinweisen: Wir dürfen zwei Dinge nicht tun. Wir müssen anfangen, so schnell wie möglich zu arbeiten, aber wir dürfen uns nicht selbst unter einen Zeitdruck setzen lassen, der z. T. auch aus einer sehr wirtschaftlich interessierten Gruppe und Ecke kommt. Sie müssen sich darüber im klaren sein, hier geht es um viel Geld im Endergebnis. Die schlechte Aufnahme, die die Mediendiskussion der SPD in der Öffentlichkeit gefunden hat, hat unter anderem ihren Grund darin, daß die glaubten, da ist jetzt im Augenblick was zu raten. Sie haben zu einem Zeitpunkt losgeschlagen, in der die Sache nicht angreifbar war. Ich bin der Auffassung, wir sollten im Sinne dieses Vorschlages verfahren und im Präsidium im Januar über Personen sprechen, wer noch hinzutreten soll, auch aus dem wissenschaftlichen Bereich. Es muß unbedingt sichergestellt werden, daß in dieser Kommission auch voll legitimierte Vertreter der CSU sind, denn es hat keinen Sinn, daß sie zwar CSU-Mitglieder sind, aber nachher die CSU sagt: „Das geht uns nichts an!“ Das muß formal in Ordnung sein, daß das handlungsfähige CSU-Vertreter sind und daß es ein Konzept gibt. Wir können nicht gegenüber der ARD und dem ZDF, d. h. der öffentlich-rechtlichen Seite, mit zwei Papieren arbeiten, CDU und CSU. Wir werden ein Diskussionsarbeitspapier haben, das wird nicht schmal werden. Sie werden sich schon der Mühe unterziehen müssen, dann mal 50 Seiten zu lesen. Dann, Herr Kraske, muß das hier schon ein paar Stunden intensiv diskutiert werden. Denn man kann nicht fortdauernd über Medien reden, wie es auch in der CDU geschieht, ohne den einfachsten Sachverstand zu haben und den Sachverhalt zu kennen. Das ist, glaube ich, jetzt erreicht. Wir sollten nun sehen, daß die Kommission ernsthaft in ihrer Arbeitsfähigkeit bis Ende Januar steht und dann vielleicht ein halbes Jahr Zeit hat. Ich würde die Zeit nicht zu kurz bemessen, denn wir geraten hier nicht unter Zeitdruck.

*Kraske:* Vielen Dank! Ich schlage Ihnen vor, daß wir dieser Vorlage einschließlich des Beschlußvorschlages auf Seite 2 zustimmen, daß Sie das Präsidium beauftragen, den Punkt 2, nämlich die Ergänzung der bestehenden Kommission zu erörtern und Ihnen erneut Vorschläge zu machen. Im übrigen liegen für die CSU von den bisherigen Mitgliedern der Kommission bereits ausdrückliche Zustimmungen zu diesem gemeinsamen Verfahren vor, aber es wird abzuklären sein, daß das nicht nur die Zustimmung einzelner CSU-Mitglieder, sondern die offizielle Zustimmung der CSU ist. Auch das werden wir dann im Januar Ihnen vorlegen können. Ich schlage vor, daß wir uns heute dann auf diesen Beschluß beschränken und Ihnen im Januar dazu eine neue Vorlage machen. Damit kommen wir zu dem Punkt 4

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER GRUNDSATZKOMMISSION

Ich darf Herrn von Weizsäcker das Wort geben.

*Von Weizsäcker:* Der Parteivorsitzende hat in Saarbrücken nach seiner Wahl die Ansetzung einer Grundsatzkommission angeregt und angekündigt und ihr zwei Aufgaben gestellt: erstens eine Art der wissenschaftlichen Zukunftserforschung und der

Transformierung solcher Erkenntnisse in politische Münze, und zweitens die Bearbeitung von Grundsatzfragen auf der Basis des Parteiprogramms. Auf der Grundlage einer Zustimmung durch das Parteipräsidium bin ich eingeladen worden, in dieser Grundsatzkommission mitzuwirken, die Herren Albrecht, Biedenkopf, Hasinger und Mikat, eine Einladung an Herrn Hennis<sup>45</sup> läuft noch. Die Formulierung der Aufgaben der Grundsatzkommission haben wir in einer ersten, ganz kurzen Abstimmung unter den Mitgliedern wie folgt umformuliert, nämlich erstens, welche Gesellschaft erwartet uns in der für uns politisch relevanten Zukunft und zweitens, welches ist unser politischer Wille in bezug auf den Menschen und diese Gesellschaft?

Die Arbeitsmethode, so wie wir sie sehen, untergliedert sich, was die Zeit anbelangt, einerseits daraus, daß die Kommission vorläufig wohl auf unbestimmte Zeit berufen ist, jedenfalls in dem Verständnis, daß die Kommission die Freiheiten haben muß, Arbeiten in Angriff zu nehmen, für die sie eine zeitliche Begrenzung bei der Übernahme der Arbeit noch nicht angeben kann. Zweitens und vor allem aber im Rahmen von Etappenzielen zu arbeiten. Unsere Vorstellung ist, daß das erste Etappenziel dieser Arbeit sich zeigen muß als Material für ein Wahl- und Regierungsprogramm 1973, soweit es sich eben um grundsätzliche Aspekte handelt. Das Thema stellen wir uns im einzelnen vor als eine Beschreibung und Stellungnahme in den ideologischen Fronten der Parteien für den Bundestagswahlkampf. Wir haben dieses noch nicht abgestimmt, sei es mit der Partei, sei es mit der Art von Wahlkampf vorbereitung, wie sie zwischen CDU und CSU möglicherweise vorgenommen wird. Wir meinen, daß wir wohl nicht später als bis zum Sommer des Jahres 1972 eine erste Vorlage unserer Gedanken in Form eines Papiers zu produzieren haben. Unser Selbstverständnis von unserer Arbeit dabei ist, daß wir unsere Gutachterfähigkeit, soweit wir darüber verfügen, mehr im Hintergrund halten, dagegen uns als Politiker verstehen, die die Aufgabe haben, eine von ihnen vorgenommene Analyse selbst in politische Münze zu verwandeln, in eine möglichst verständliche und, wenn man so will, kleine politische Münze. Wenn wir nicht den Eindruck gewinnen, daß wir wirklich einen Einfluß auf die Aussagen und die Strategien im Rahmen von Wahl- und Regierungsprogramm gewinnen, dann werden wir das verstehen entweder als eine berechtigte Zensur über die mangelnde Qualität unserer Arbeit oder als die Tatsache, daß die zuständigen Gremien für die Wahl- und Regierungsprogramme in Wirklichkeit an derartigen Fragen nicht interessiert sind, was uns sofort veranlassen wird, den Auftrag wieder zurückzugeben.

Wir sind der Meinung, daß wir durchaus in der Übersetzung von Grundlagen in politische Münze auch den Versuch machen müssen, zwar nicht Wahlplakate oder Slogans zu entwickeln, wohl aber mindestens in der Weise darauf miteinwirken zu können, daß dort nicht Dinge stehen, die dann letzten Endes wirklich im Gegensatz zu

---

45 Dr. Wilhelm Hennis (geb. 1923), Politikwissenschaftler; 1962–1967 Professor an der Universität Hamburg, 1967–1988 an der Universität Freiburg/Breisgau. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 725 Anm. 40; Stephan SCHLAK: „Wilhelm Hennis“. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik. München 2008.

ideologischen oder politisch-ethischen Grundsatzaussagen stehen und, daß sie diskutiert und angenommen oder verworfen werden müssen. Trotzdem sollten Sie daraus nicht den Eindruck gewinnen, daß wir auf dem Wege sind, uns von einer Grundsatzkommission in eine Werbeagentur zu verwandeln.

Was nun den Inhalt selbst anbetrifft, so kann ich dazu immer noch relativ wenig vortragen. Wir werden in diesem ersten Etappenziel natürlich auszugehen haben vom geschriebenen Berliner Programm. Dann werden wir weiter ausgehen von den Grundwerten. Und bei diesen Grundwerten ist die Meinung, daß wir vor allem Wert darauf legen wollen, Grundwerte oder Grundaussagen dahin zu untersuchen, inwiefern sie eine motorische, eine zielgebende, eine motivierende Kraft für die Gesellschaft gewinnen, weniger, inwiefern sie eine mehr absichernde oder die Rechte, die vorhanden sind, besser gestaltende Wirkung entwickeln. Was damit gemeint ist, ist am Besten zu beschreiben an der Entwicklung des Freiheitsbegriffes in seiner Relation zu den anderen Grundwerten, also des Freiheitsbegriffes einerseits und Begriffen wie „Gerechtigkeit“, „Anteil“, „Solidarität“ und in gewissem Sinne auch „Frieden“ andererseits. Denn diese Freiheit hatte ja nicht nur das Ziel der Emanzipierung über Unfreiheit, sondern vor allem auch das Ziel der Motivierung, also die motorische und in Richtung auf ein Ziel hinführende Kraft. Aber wir sind ja heute in einer Gesellschaft, in der diese motorische Komponente der Freiheit mehr und mehr zurückgetreten ist, und in der die mehr absichernden Werte, nämlich eben Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Frieden mehr und mehr in den Mittelpunkt getreten sind.

Wir haben es dabei mit zwei Arten von politischen Gegnern zu tun, einerseits ganz grob gesprochen mit der FDP und der Führung der SPD und dem Hauptteil ihrer normalen Wähler, die sich weitgehend darauf konzentrieren, diese Absicherungs-Funktion der übrigen Grundwerte zu perfektionieren, die aber für die Motivierung des Einzelnen und der Gesellschaft im Grunde genommen überhaupt keine Aussage machen. Und auf der anderen Seite die wirkliche Linke, die die Lücke in bezug auf die Motivierung sehr wohl erkennt, die aber diese Lücke dadurch zu schließen gedenkt, daß sie den Einzelnen in Form eines Unterwerfungsvorganges unter die von der Linken definierte Gesellschaft zu beglücken gedenkt. Diesen beiden gegenüber ist es, wie es uns scheint, unsere Aufgabe, eben nicht in Richtung auf Absicherung, sondern vor allem in Richtung auf Motivierung und motorische Kraft von Zielen Aussagen zu machen, die sich in bezug auf das Ziel radikal von der radikalen Linken unterscheiden, weil eben dort jener Unterwerfungsvorgang stattfindet. Und die sich in bezug auf die Qualität der gesuchten Ziele radikal von der FDP und rechten SPD-Gruppe unterscheidet, weil die, wie es uns scheint, sich überhaupt nur um die Absicherung und überhaupt nicht um die Zielsetzung im engeren Sinne bemüht. Ich finde, daß sind natürlich alles ungeheuer angreifbare, weil ungeheuer pauschale Aussagen. Aber wir haben ja überhaupt noch nicht angefangen zu arbeiten. Das durften wir auch gar nicht, denn am Ende meines Berichtes hat ja die Bitte an den Parteivorstand zu stehen, die Grundsatzkommission als solche ins Leben zu rufen und zu bestätigen und entweder zunächst nur diesen Bericht entgegenzunehmen oder aber in bezug auf diesen Bericht kritische weiterführende Anregungen zu geben. Damit möchte ich schließen. *(Beifall.)*

*Kraske:* Herzlichen Dank! Meine Damen und Herren, die Aufgabenstellung der Kommission, so wie sie Herr von Weizsäcker geschildert hat, stimmt nach meinem Eindruck überein mit dem, was das Präsidium sich dabei gedacht und erwartet hat, als ich Ihnen eine solche Kommission in der letzten Sitzung des Vorstandes vorschlug. Wir haben bei der letzten Vorstandssitzung auch bereits über die personelle Zusammensetzung hier gesprochen, nur, da die Einverständniserklärung der aufgeforderten Mitglieder noch nicht vorlag, konnten wir das nicht offiziell publizieren. Deswegen sollten wir heute diesen ausdrücklichen Beschluß nachholen und ihn heute dann auch selbstverständlich auch veröffentlichen.

*Echternach:* Ich begrüße die Akzentsetzung, die Herr von Weizsäcker hier vorgenommen hat, außerordentlich. Ich darf aber doch daran erinnern, daß wir bisher einen formellen Beschluß über die personelle Zusammensetzung noch nicht gefaßt haben, daß bisher nur Vorschläge im Raum stehen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Junge Union auf ihrem letzten Deutschlandtag beschlossen hat, ein spezielles Grundsatzprogramm zu erarbeiten, ein Grundsatzprogramm der Jungen Union, das bis zum nächsten Deutschlandtag bis zum Herbst nächsten Jahres erstellt werden soll. Ich habe festgestellt, daß die Äußerungen und die Akzentsetzung, die Herr von Weizsäcker mit der Kommission vornehmen will, nicht nur ein Langzeitprogramm sind, sondern in etwa in die Richtung gehen, daß hier grundsatzprogrammatische Festlegungen und Positionen bezogen werden sollen. Unter diesen Umständen würde ich es sehr begrüßen, wenn wir hier zu einer Koordination kämen zwischen der Arbeit der Grundsatzkommission unter der Leitung von Herrn von Weizsäcker und der Grundsatzarbeit der Jungen Union. Ich würde vorschlagen, daß vielleicht der Vorsitzende der Kommission für das Grundsatzprogramm der Jungen Union, Herr Schönbohm, ebenfalls zu dieser Kommission als Mitglied hinzugezogen wird.

*Lemke:* Ganz kurz eine Frage. Herr von Weizsäcker, Sie haben einige Begriffe – und ich stimme mit Ihnen überein – hervorgehoben und haben sie auch in etwa definiert und sie sogar klassifiziert. Darf ich Ihnen eines sagen? Mir stellt sich die Frage, ich habe nicht so tief darüber nachgedacht wie Sie, ob dieser Begriff der „Leistungsanforderung“, der „Leistungsbejahung“ nicht auch irgendwie hinein muß, gerade wenn Sie sich von dieser FDP/SPD-Ecke unterscheiden wollen. Sie kennen diese Vorstellungen von Schoeps.<sup>46</sup> Ich wollte, weil wir uns gerade unterhalten, diesen an sich materiell sehr wichtigen Begriff einfügen. Ob er in diese Skala hineinpaßt, kann ich nicht sagen, aber mir scheint es ein Kriterium des Unterschiedes zwischen uns und den anderen zu sein.

*Hahn:* Sie können sich erinnern, daß der Evangelische Arbeitskreis sich vor zwei

---

46 Dr. Hans-Joachim Schoeps (1909–1980), Historiker und Religionsphilosoph; 1932 Promotion, 1938 Flucht nach Schweden, 1947 Habilitation, 1950–1976 o. Professor für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen. Vgl. Frank-Lothar KROLL: Geistesgeschichte in interdisziplinärer Sicht. Der Historiker Hans-Joachim Schoeps. In: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn 2001 S. 209–240. – Schoeps bekannte sich zu Preußen und den preußischen Staatstugenden. Vgl. FAZ vom 30. Januar 1969 „Hans-Joachim Schoeps sechzig Jahre“.

Jahren etwa um ein Grundsatzprogramm bemüht hat.<sup>47</sup> Ich würde eigentlich nur vorschlagen, man hat damals gründlich gearbeitet, daß das Material dieser Gruppe auch zugereicht wird.

*Von Weizsäcker:* Zunächst zu den drei Fragen: Ich bitte, den Begriff „Langzeitkommission“ auf uns nicht anzuwenden. Erstens ist er besetzt durch die SPD, und zweitens machen die etwas vollkommen anderes als wir. Die machen zwar etwas sehr Interessantes. Und damit uns lebhaft zu beschäftigen, ist natürlich unsere Aufgabe, sie haben ja auch eine ganz interessante Diskussion darüber auf dem Parteitag in Bonn geführt.<sup>48</sup> Aber die Aufgabe der Kommission, die unter Vorsitz von Helmut Schmidt steht, ist bisher in Wirklichkeit eine partei-ideologisch interne Retter-Funktion. Die sollen nämlich gegenüber all den Reform- und Umgestaltungswünschen die finanzielle und planbare Komponente hinzufügen. Infolgedessen stehen sie immerfort auf und sagen: „Also, machen können wir natürlich von alledem, was Ihr hier wollt, gar nichts.“

Immerhin, also was die machen, ist sehr interessant und geht uns etwas an. Es ist aber etwas anderes, als das, was wir machen. Jedenfalls im Rahmen dessen, was wir hier erste Etappe nennen, machen wir ja sehr viel mehr Programmatik, auch in Richtung auf den Wahlausgang, auf der Ebene von politischer Ethik und weniger eine Quantifizierung von politischen Programmen.

Zweitens, was die Frage der Bestellung der Mitglieder anbetrifft, so kann ich natürlich nicht sehr viel sagen, ich bin in der letzten Vorstandssitzung gar nicht dabei gewesen. Die mir gemachte Mitteilung allerdings ist die, daß der Personenkreis als solcher designiert und auch beschlossen worden sei, aber das mögen die anderen wissen. Wir haben in unserer Kommission – wir haben ja heute zum erstenmal zwei Stunden zusammengesessen – nur die Absicht, diesen Kreis klein zu halten, aber beliebig liberal in bezug auf die Zuziehung derjenigen Gutachter, Gäste usw., die wir aus Gründen des Sachverständes, der Koordinierung oder aus welchen Gründen auch brauchen, um das Ziel der Abstimmung zu erreichen. Ich würde weniger sagen der Abstimmung von uns her gesehen, sondern der gegenseitigen Befruchtung. Dies zu erreichen, ist für mein Gefühl auch auf eine informelle Weise möglich, aber bitte, ich kann dazu nichts Abschließendes sagen.

Drittens, Herr Lemke, der Gedanke der Leistung wird selbstverständlich eine zentrale, aber wiederum auch nicht eine ausschließlich tragende Rolle genau in dem Konzept spielen, um das es uns geht. Wir wollen eben auch nicht in erster Linie das Denken von anderen abwehren. Oder abwehren die Gefahren, die einem bestehenden materiellen Besitzstand drohen oder ähnliches, sondern wir wollen ja gerade in das Feld der Motivierung reingehen. Daß wir in diesem Zusammenhang eine scharfe Front

---

47 Am 6. November 1969 beschloß die EAK-Studiengruppe die Ausarbeitung einer neuen Programmatik. Die „Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik“ wurden am 24. April 1970 vorgestellt und im September veröffentlicht (vgl. „Evangelische Verantwortung“ Nr. 9 vom 10. September 1970 S. 4–7). Eine Kommission lehnte am 10. Dezember 1970 die Einarbeitung der „Grundzüge“ in das CDU-Parteiprogramm ab. Vgl. die Materialien in ACDP 04–001–104/1, –082/1, –073/1.

48 Zum Zwischenbericht der Langzeitkommission vgl. SPD, PARTEITAG 1971 S. 77–157.

zu machen haben gegenüber Tendenzen, bei denen die Leistung immer mehr der Nicht-Leistung gleichgestellt wird, auch dort, wo die Nicht-Leistung möglich wäre auf der Basis eine Gleichheitsgedankens. Oder daß wir Front zu machen haben, das ist so ein Lieblingsthema von mir, gegen den Zusammenhang von dem materiellen Nulltarif mit notwendigerweise dem geistigen Nulltarif, das ist ganz klar. Der Leistungsgedanke als solcher wird einen sehr wichtigen Platz dabei haben.

Und viertens, Herr Hahn, die Grundsätze des Evangelischen Arbeitskreises im Zusammenhang mit der Präambeldebatte haben uns heute dafür auch schon vorgelegen. Wie uns dabei aber heute auch schon gesagt worden ist von Sachverständigen, daß es eigentlich seit dem Jahre 1953 gewissermaßen in Permanenz, unaufhörlich sich ablösende oder sich überschlagende Grundsatzkommissionen gegeben hat, Herr Generalsekretär, über die es allerwertvollste Materialien geben soll und die ich sicher von der Bundesgeschäftsstelle bekommen werde. Wie natürlich überhaupt Anregungen auch außerhalb der hiesigen, ja notgedrungen kurzen Diskussion, nur erwünscht sind.

*Kraske:* Herzlichen Dank! Die Bundesgeschäftsstelle wird ganz sicher dafür besorgt sein, daß diese Materialien schnellstens zugeleitet werden. Herr Bilke, vielleicht sind Sie so nett, das vorzumerken, ich sehe Herrn Hennig im Augenblick nicht. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich selber habe, ohne daß mir das Protokoll jetzt vorliegt, die letzte Vorstandssitzung so in Erinnerung, daß wir in der Tat nicht einen formellen Beschluß gefaßt haben über die Zusammensetzung, sondern daß wir eher von dieser Zusammensetzung zustimmend Kenntnis genommen haben und dieses in der von Herrn von Weizsäcker vorgetragenen Form, nämlich mit ihm als Vorsitzendem und dazu den Herren Professor Mikat, Dr. Ernst Albrecht, Professor Erdmann, Professor Biedenkopf und Herrn Hasinger. Es liegt die Bitte der Jungen Union vor, dieses Gremium zu erweitern zum Zwecke der Koordinierung. Ich kann nur sagen, Koordinierung ist etwas für diese Arbeit ungeheuer Notwendiges, und deswegen würde ich gerne Herrn von Weizsäcker bitten, daß er die Zusammenarbeit mit der Grundsatzkommission der Jungen Union so regelt, daß hier wirklich gegenseitige Abstimmung soweit möglich und gegenseitige Befruchtung, um das Wort aufzunehmen, stattfindet.

*Von Weizsäcker:* Ja, ich wollte nur noch einmal sagen, ich habe vorhin vorgeschlagen fünf Namen ohne Erdmann, aber hinzugefügt, es gibt einen Antrag in bezug auf Herrn Hennis. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Der Name Erdmann ist in der vorherigen Sitzung hier genannt worden. Gut!

*Von Weizsäcker:* In bezug auf Herrn Erdmann ist das bisher nicht gelungen und in bezug auf Herrn Hennis läuft eine Anfrage. (*Zwischenruf:* Also das wäre hervorragend mit Hennis.)

*Kraske:* Gut, ich streiche den Namen Erdmann und lasse den Namen Hennis offen, weil offenbar hier noch ein Gespräch läuft. (*Von Weizsäcker:* Den Namen Hennis noch nicht veröffentlichen, weil es noch nicht ganz klar ist.) Gut, dann würden wir also veröffentlichen, daß eine Erweiterung möglich ist, daß dies jedenfalls der Kern ist.

*Echternach:* Ja, ich meine doch noch einmal, um die Formalien klarzustellen, daß es,

glaube ich, in der letzten Sitzung so gelaufen ist, daß mit Rücksicht auf die Abwesenheit von Herrn von Weizsäcker über die Namen nicht abgestimmt worden ist, sondern ausdrücklich von einer Abstimmung abgesehen wurde und daß wir heute erst über die Namen überhaupt abstimmen müßten. In dem Zusammenhang wäre ich dankbar, wenn, da ja auch Vertreter anderer wichtiger Meinungsbildner in der Partei mit berücksichtigt worden sind, wenn auch hier die Koordination sichergestellt würde durch die Mitgliedschaft von Herrn Schönbohm.

*Kraske:* Ich würde an sich vorschlagen, daß wir dieses mehr auf dem Felde der Koordination wahrnehmen, weil ich ein bißchen befürchte, daß sonst die Kommission über diesen Vorschlag hinaus von anderen Vereinigungen, von Landesverbänden zu groß wird. Wenn der formelle Antrag der Jungen Union jetzt hier vorliegt, dann haben wir, glaube ich, darüber abzustimmen. Einen Schaden finde ich das in gar keiner Weise.

*Kohl:* Also, ich habe ja den großen Genuß gehabt, die letzte Kommission zu leiten, die zu einem Parteiprogramm führte. Ich kann nur sagen, ich halte es für nützlich, zumal ich auch meine Erfahrung über Präsenzen habe in solchen Kommissionen. Auf der einen Seite sollte die Gruppe, die so etwas macht, möglichst klein gehalten werden. Man sollte Richard von Weizsäcker da nicht einen großen Verein an die Seite stellen, die alle rein wollen und dann überhaupt nicht da sind. Wir haben damals in der Programmkommission mit 90 Leuten angefangen und 36 oder 37 kamen einigermaßen regelmäßig. Nur eines will ich ausdrücklich jetzt hier sagen: Ich halte es schon für sehr nützlich, nachdem man aus der jüngeren Generation eine bestimmte Stimme hier auch braucht, einen Mann, den ich aus der damaligen Arbeit als einen sehr präsenten und fleißigen Mann kennengelernt habe, mit dazu zu nehmen, wenn es damit sein Bewenden hat. Ich würde bloß jetzt nicht die Liste noch mal aufmachen.

*Langguth:* Also ich würde mich auch für Herrn Schönbohm einsetzen, weil ich weiß, daß er tatsächlich das intellektuelle Format dafür hat. Er ist früher Bundesvorsitzender des RCDS gewesen zu einem Zeitpunkt, als eben die Auseinandersetzung mit der radikalen Linken gerade angefangen hat. Ich glaube, er hat da wesentliche Punkte gesetzt für die Diskussion. Deswegen würde ich dafür plädieren.<sup>49</sup>

*Von Weizsäcker:* Erstens, wir wollen eine kleine Kommission sein. Was die Präsenzfrage betrifft, so haben wir heute in unserer ersten zweistündigen Sitzung eines der fünf Mitglieder schon beinahe wieder rausgeschmissen, weil er zwanzig Minuten draußen war. Zweitens, eines möchten wir nicht, daß nämlich Ergänzungen vorgenommen werden in dieser Kommission unter dem Aspekt, da fehlt noch diese oder jene Kategorie. Wir haben das letzte mal einen von den fünf Namen, ich lasse jetzt mal Henniss aus, noch nicht gehabt, sondern statt dessen gesagt, wir brauchen noch den für die

---

49 Zur „Reformkommission“ unter der Leitung von Helmut Kohl und ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 4 S. 82–85, 95–98; ihre Arbeit war nach vier Plenarsitzungen am 21. Juni 1970 abgeschlossen (vgl. SCHÖNBOHM S. 121–123).



CDU zuständigen Habermas<sup>50</sup> oder Dahrendorf. (*Kohl*: Das ist der mit den zwanzig Minuten. – *Gelächter*.) Ich möchte zu den Personalfragen hier meinerseits sozusagen als Mitbetroffener nicht Stellung nehmen. Ich will mich nur ausdrücklich dagegen verhalten, daß hier unter dem Aspekt von Kategorien die Kommission ergänzt wird, und bitte, in dem Kommuniké nicht von weiter vorgesehener Erweiterung zu sprechen.

*Kohl*: Ich würde überhaupt nichts veröffentlichen zu dem Punkt.

*Barzel*: Ich glaube, die Namen müssen wir veröffentlichen, weil man draußen sehr auf die Namen wartet.

*Von Weizsäcker*: Vollkommen richtig. Aber wir können sagen, daß eine Entscheidung in einem Fall noch aussteht.

*Kohl*: Stand auch in der Zeitung.

*Schwarz-Schilling*: Kann man es denn nicht so machen, daß man es dem Vorsitzen überläßt, diese Kooptation vorzunehmen?

*Barzel*: Herr Schwarz-Schilling, dieses war mein Vorschlag. Sie haben gesehen, daß dieser Vorschlag nicht befriedigt hat, sondern daß der formelle Vorschlag gemacht wird, diese Kommission um Herrn Schönbohm zu erweitern, mit, wie ich glaube, guten Gründen. Jetzt aber noch eine Wortmeldung.

*Blüm*: Ich sehe gar nicht, warum das alles so kompliziert ist. Es liegen doch gar keine Einwände gegen Herrn Schönbohm vor. Herr Schönbohm hat gerade auf dem Gebiet der Grundsatzdiskussion Hervorragendes geleistet. (*Zwischenruf Kohl*: Natürlich, der wird immer da sein.) Warum denn dann Formalien jetzt?

*Kraske*: Herr Blüm, vor formellen Beschlüssen müssen eben auch die Formalien geklärt werden. Ich hatte nicht vor, das besonders lange auszudehnen, sondern abschließend festzustellen, daß jetzt folgende Vorschläge vorliegen: neben Herrn von Weizsäcker, Herr Professor Mikat, Herr Dr. Albrecht, Herr Professor Biedenkopf, Herr Hasinger und Herr Schönbohm.

Ich würde vorschlagen, so zu beschließen und Herrn von Weizsäcker zu ermächtigen, wenn die Gespräche mit Herrn Hennis abgeschlossen sind, die Kommission um Herrn Hennis zu erweitern. Dies war der Punkt. Darf ich um Zustimmung bitten? Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall, dann ist es einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich herzlich. – Wir kommen zu Punkt 6

---

50 Dr. Jürgen Habermas (geb. 1929), Sozialwissenschaftler; 1954 Promotion, 1961 Habilitation, 1964–1971 Professor für Soziologie und Philosophie an der Universität Frankfurt/Main, 1971–1980 Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, 1981/82 Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften in München, 1983–1994 Professor für Philosophie an der Universität Frankfurt/Main.

§ 218 StGB

Darf ich zunächst unseren Bundestagskollegen Herrn Eyrich<sup>51</sup> hier ausnahmsweise begrüßen. Außerdem die Geschäftsführerin der Frauenvereinigung, Fräulein Lenz<sup>52</sup>. Wer nimmt zunächst das Wort?

*Vogel:* Meine Damen und Herren, darf ich, wegen der Tendenzen, nach Möglichkeit nicht zu einer Beschlußfassung zu kommen, doch einiges sagen, was für die Beschlußfassung spricht. Das erste ist die Diskussion, die wir Tag für Tag im Lande zu bestreiten haben, wo wir gefragt werden, welches ist die Position der CDU/CSU. Das zweite ist, daß wir handlungsfähig sein müssen, auch in den Gesprächen mit den Vertretern anderer Parteien. Das dritte ist, daß unsere Länder den Referentenentwurf zur Stellungnahme haben bis zum 15. Dezember. Wir sind heute Abend in der bayerischen Landesvertretung zusammen mit unseren Justizministern und mit den zuständigen Bundestagskollegen, um zu erreichen, daß hier eine einheitliche Stellungnahme aus unseren Bundesländern kommt. Das allein, glaube ich, genügt, um darzutun, daß wir in dieser Frage zumindest in der Linie klar sein müssen. Ich glaube, niemand ist hier, der sagt, daß muß so bleiben, wie es hier steht. Was wichtig ist, ist, daß die Linie, die in diesem Papier enthalten ist, hier diskutiert wird und wir hier zu einer Übereinstimmung kommen. Das zweite ist, auch danach ist gefragt worden, wieweit ist das alles abgestimmt? Es ist abgestimmt zwischen der Fachkommission des Juristenarbeitskreises und der Frauenvereinigung, wobei in der Fachkommission sowohl die Bundestagskollegen als auch die Länder, als auch insbesondere sehr qualifizierte Mitglieder der CSU vertreten waren. So ist das, was aus der Fachkommission gekommen ist, über den Vorstand des Bundesarbeitskreises gegangen, weitgehend abgestimmt und stimmt überein mit den vier Thesen, die vor der Sommerpause von der Bundestagsfraktion bzw. vom Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion verabschiedet worden sind.<sup>53</sup> Es ist sämtlichen Bundestagskollegen bekannt. Widerspruch dagegen hat es aus dem Kreis der Bundestagsfraktion bislang nicht gegeben.

Zur Sache selbst: Der Obersatz heißt nicht § 218, sondern der Obersatz heißt „Schutz des werdenden Lebens“, abgeleitet aus einer Verfassungsbestimmung, die wir als eine Schutzverpflichtung aus der Verfassung heraus ansehen, und die unserer Auffassung nach auch unsere Haltung bestimmen muß. Unter die Schutzverpflichtung fällt zweierlei. Das erste ist, ich möchte das ganz kurz sagen, eher verhüten als abtreiben. Das ist der eine Satz. Ich glaube, daß das sehr wichtig ist, auch für die Diskussion

---

51 Dr. Heinz Eyrich (geb. 1929), Jurist; 1969–1978 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 23.

52 Marlene Lenz (geb. 1932), Dolmetscherin; 1958–1963 Mitarbeiterin bei der Kommission der EWG, 1963–1972 Referentin in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1972–1979 wissenschaftliche Referentin des Deutschen Bundestages, 1979–1999 MdB.

53 Die Thesen finden sich im Anhang an das Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 22. Juni 1971, in deren Verlauf Friedrich Vogel eine kurze Stellungnahme abgab, vgl. ACDP 08–001–1026/1 sowie Kurzprotokoll des AK I vom 22. Juni 1971 (ACDP 08–001–042/1). – Zur parlamentarischen Auseinandersetzung um den § 218 vgl. GANTE, insbes. S. 129–156.

draußen im Lande, daß die Position der CDU/CSU, vor allem der CDU in diesem Falle in dieser Frage klar ist. Und das zweite ist, Hilfen, um zu verhindern, daß abgetrieben wird – das, was unter flankierende Maßnahmen verstanden wird. In diesen Bereich gehört zusätzlich der strafrechtliche Schutz. Ich glaube, wenn wir das in diesem Nebeneinander sehen, bekommt einmal die strafrechtliche Diskussion ihren richtigen Platz. Die strafrechtliche Lösung im § 218, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist die, daß wir der Auffassung sind, daß nur ein enger Indikationenkatalog die Schutzverpflichtung im Rahmen des Strafrechts wahrnehmen kann und wir darüber hinaus eine Bestimmung vorsehen müssen, die es ermöglicht, humane Entscheidungen der Gerichte in konkreten Einzelfällen bei außergewöhnlichen Konfliktsituationen zu erreichen. Deshalb steht der Satz darin, daß in Fällen außergewöhnlicher Konfliktsituation das Gericht von Strafe absehen kann. Es ändert weder etwas an der Rechtswidrigkeit noch etwas an Schuld, aber gibt dem Gericht die Möglichkeit, die besonderen persönlichen außergewöhnlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und in Einzelfällen von Strafe abzusehen. Damit läßt sich sehr vieles abfangen, was im Rahmen der unterschiedlichen Indikationsmöglichkeiten diskutiert wird. Eine Frage, die in der Diskussion eine große Rolle spielt, ist die, wann setzt der Schutz ein. Das kann man sehr schwer vom Grundsätzlichen her entscheiden, weil man hier in eine Diskussion kommt, die sehr schwierig ist. Hier kann man nur praktisch-kriminalpolitisch argumentieren und von daher der Auffassung zustimmen, daß der strafrechtliche Schutz einsetzt mit dem Zeitpunkt der sogenannten Nidation, etwa um den 13. Tag nach der Empfängnis, weil alles andere praktisch nicht zu gewährleisten ist. Hier gibt es also praktische kriminalpolitische Erwägungen. Ich glaube, daß das auch für die Diskussion im Lande und auch für die Diskussion etwa mit den Vertretern der Kirchen ein außerordentlich wichtiger Gesichtspunkt ist. Alles andere führt in eine kaum lösbare Grundsatzdiskussion, die wir auch von uns aus nicht durchhalten könnten.

Enger Indikationenkatalog heißt für uns medizinische Indikation im engen Sinne. Das heißt also nicht aufgefüllt durch einen sozialen Pfropfen, der sie praktisch ausweiten würde zu einer Sozialindikation. Es bedeutet, daß wir den besonderen Zustand im Falle einer Vergewaltigung Rechnung tragen können und im übrigen aber die Tür öffnen für eine Bestimmung, die keine Indikation bezeichnet, sondern im konkreten Einzelfall dem Gericht die konkrete Möglichkeit gibt, von Strafe abzusehen. Ich glaube, das ist das Wesentliche. Ich muß noch hinzusetzen, daß eine Indikationslösung erfordert, wenn sie ernst zu nehmen ist, daß eine Entscheidung getroffen werden muß von einer Stelle, die nicht die Frau selbst ist. Ich darf das so klar und so hart sagen, nur durch ein Gremium oder irgendeine Stelle. Das ist im Papier angesprochen. Ich gebe zu erwägen, ob wir den letzten Absatz in einer Stellungnahme nach außen so herausgeben sollten oder ob wir das nicht mehr auch für die interne weitere Diskussion sehen sollten. Ich glaube, das wäre ganz gut.

Darf ich noch einige wenige Sätze sagen zu der Situation, zu der allgemeinen politischen Situation, wie das Ganze weiter gehen kann. Ich gehörte zu denen, die bis vor kurzem der Auffassung waren, das ganze Thema von uns aus auf kleiner Flamme kochen, nicht zu irgendwelchen Entscheidungen kommen, die den möglichen Dialog mit

Kollegen der SPD erschweren. Das Ganze ist etwas verändert, mindestens seit dem Beschluß des SPD-Parteitages und seit der Diskussion, die in der Öffentlichkeit massiv angelaufen ist. Ich habe es neulich als die Entwicklung eines Systems imperativer Demoskopie bezeichnet. Unter diesem Druck stehen wir zur Zeit in der Diskussion. Ich habe den Eindruck, daß es eine breite Gruppe innerhalb der Koalitionsfraktion für die Fristenlösung gibt, die wir schon aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnen müssen, daß aber dahinter eine zweite Kampflinie aufgebaut wird in Form eines verbesserten Indikationenkatalogs, den ich einen unechten Indikationenkatalog nennen möchte. Das entspricht etwa dem, was wir im englischen Recht haben. Auch das ist eine Indikationenlösung, was wir im englischen Recht haben, was in der Wirklichkeit, in der Praxis, dazu geführt hat, daß für jede Frau, die abtreiben will, auch die Möglichkeit gegeben ist, legal abzutreiben. Das scheint mir also derzeit die Entwicklung auf der anderen Seite zu sein, so daß die Möglichkeiten für eine Mehrheitsbildung im Bundestag, an der wir beteiligt sind, sich nach meiner Auffassung verringert haben. Ich glaube, daß das auch unsere weitere taktische Einstellung in dieser Frage beeinflussen muß. Wir müssen etwas über den ganzen Gang der Sache nachdenken. Das Gesetz wäre kein Zustimmungsgesetz, sondern ein Einspruchsgesetz. Das heißt, es bedürfte nicht der Zustimmung des Bundesrates. Wir hätten die Möglichkeit über die Einschaltung des Vermittlungsausschusses zu erreichen, daß im Bundestag mit 249 Stimmen zugestimmt werden muß. Ich meine, daß in diesem Falle das ein Weg wäre, der zu erwägen ist, weil hier eine ganze Reihe von Kollegen, zumindest in der SPD-Fraktion, in arge Verlegenheit kommen könnte. Ich denke etwa an diejenigen, die im Zentralkomitee der Katholiken sind oder waren. Das sind dann schon zwei, Herr Kollege Köppler. Es gibt einige andere mehr, die hier in Schwierigkeiten kämen. Das sollten wir zumindest für die weitere Behandlung dieser Sache mit im Auge behalten. Von einem Beschluß hier erwarte ich auch eine stabilisierende Einflußnahme auf die weitere Meinungsbildung innerhalb der Partei selbst, wie auch innerhalb der Bundestagsfraktion. Auch das scheint mir notwendig. Hier muß einfach Klarheit geschaffen werden, wenn wir diese Diskussion durchhalten wollen. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Herr Kraske, mich sehr herzlich zu bedanken bei Herrn Eyrich, der hier sehr wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Auch bei den Damen der Frauenvereinigung, Frau Dr. Wex und Fräulein Lenz, wie auch von Herrn Scheib, die hier dazu beigetragen haben, daß wir Ihnen diese Vorlage heute machen konnten.

*Kraske:* Ich bedanke mich bei Herrn Vogel und allen anderen, die hier mitgewirkt haben. Ich schlage ihnen vor, daß wir uns zunächst verständigen über das Ziel, das wir uns heute setzen. Und ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe, daß ich mit Herrn Vogel übereinstimme, daß wir heute erstens zu einem Votum und zweitens zu einer Veröffentlichung dieses Votums kommen sollten. Ich begründe das wie folgt. Wo immer ich in letzter Zeit diskutiert habe, gestern abend mit dem Bundesvorstand der Jungen Union, ist es außerordentlich begrüßt worden, daß gerade in einer solchen Prinzipienfrage die Partei als solche und nicht die Fraktion als erste votiert. Ich glaube, daß das für das Selbstverständnis der Partei eine wichtige Sache ist, zumal wir bisher nicht gerade viele Fälle haben, wo die Partei als erste eine solche Entscheidung getrof-

fen hat. Sie läßt im Rahmen ihres Beschlusses der Fraktion selbstverständlich den Spielraum, den eine Bundestagfraktion, den eine parlamentarische Vertretung beanspruchen muß. Denn dieses ist kein Gesetzentwurf, der ihnen vorliegt, sondern es ist eine allgemeine Rahmenerklärung. Außerdem wird man natürlich durch ein Votum zu diesem Papier über die Seite drei sprechen können. Nicht die allgemeine Diskussions- und Willensbildung in unserer Partei, die ich für sehr wichtig halte, soll in der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit jetzt gekappt und abgeschnitten werden, sondern der Bundesvorstand dieser Partei soll die Richtung aufzeigen, in der er in dieser Frage zu gehen wünscht. Nachdem wir in der Öffentlichkeit erklärt haben, daß das heute auf unserer Tagesordnung steht, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn wir das heute auch bekanntgeben würden im Ergebnis. Ich könnte mir eine Ergänzung vorstellen, daß da auch eine Anhörung von Herren Dr. Barzel dafür wichtig wäre, indem man in diesen Text an irgendeiner Stelle noch hereinschreibt, daß dieses für jeden Einzelnen eine Gewissensentscheidung sei und daß das selbstverständlich für unsere Fraktion auch im Rahmen der parlamentarischen Beratung gelten würde. Dies ist, glaube ich, eine Ergänzung, die in jedem Falle für uns auch einen werbenden Charakter hat und auf die ich deswegen nicht verzichten würde. Darf ich aber jetzt vielleicht zunächst fragen, daß wir uns zuerst dazu äußern? Denn wenn wir heute nicht votieren wollen, dann wird die Diskussion anders laufen, als wenn wir auf ein Votum zu diesem Papier zusteuern.

Wex: Ich will mich zu dem Verfahren äußern. Ich bin dafür, aus vielen Gründen, daß wir heute zu einer Verabschiedung kommen. Wir haben in der Frauenvereinigung zum jetzigen Papier Stellung bezogen, ziemlich spät, wie wir von unseren eigenen Freunden gehört haben, aus denselben taktischen Gründen, die auch heute noch gelten, die aber nach dem Bundesparteitag der SPD natürlich noch in viel verstärktem Maße gelten. Diese Vorlage kann nur bedeuten, daß wir Position beziehen und auch Flagge zeigen für die Verhandlungen, die der Justizminister<sup>54</sup> jetzt vor sich hat. Er muß ja wissen, wohin wir tendieren. Ich würde sie als Stellungnahme zur aktuellen Situation empfinden, die sich auf keinen Fall festlegt, wenn wir uns nachher wirklich vor der Frage sehen, daß der Indikationskatalog oder die Indikation als solche überhaupt Chancen hat. Wenn das nicht richtig gemacht wird, von unserer Seite aus, ist auch die Fristenlösung nicht ausgeschlossen. Wir wissen, daß in den Beratungen unter unseren eigenen Freunden, besonders auch unter den jungen Paaren, die eindeutige Ablehnung der Fristenlösung nicht selbstverständlich gegeben ist. Das heißt also, wir müssen hier etwas Differenziertes anbieten. Und ich weiß aus den Fernsehdiskussionen neulich, daß hier fehlt, was wir dringend noch betonen müssen. Je strenger wir in der Indikation sind, desto differenzierter müssen wir in Angeboten der Vorbeugung und der flankierenden Maßnahmen sein. Dazu gehört ganz eindeutig, daß wir in der allernächsten Runde, Herr Vogel, heute schon über die Indikation sprechen müssen und über die Pille auf Krankenschein. Das ist ein ganz schwieriges, bei uns überhaupt nicht ausdiskutiertes Thema. Wenn die Indikation streng gefaßt wird, dann differenziert in dem

---

54 Gerhard Jahn.

Angebot, was wir machen wollen. Das wird überhaupt der Angelpunkt sein in dem Herr Jahn und ein Teil der SPD-Fraktion auf uns zukommen können. Die Fristenlösung, weil sie eine Patentlösung ist, weil sie die pseudo-einfachste Lösung ist, kriegt immer mehr Anhänger, und es wird nicht ohne Wirkung auf die Parlamentarier sein. Also ich bitte, Herr Vogel, gerade diese flankierenden Maßnahmen vorzusehen. Die Sterilisation und Pille auf Krankenschein haben wir bei den flankierenden Maßnahmen nicht aufgeführt, aber sie sind dringend wichtig. Wenn hier ein Wort, vielleicht in der nächsten Diskussion, wenn wir überhaupt noch zum Materiellen kommen, dazu gesagt werden könnte, so wäre das, so wir gefragt werden zu dem Papier, eine hilfreiche Ergänzung.

*Köppler:* Ich glaube, es ist außerordentlich schwer über die Frage der Veröffentlichung und das Prozedere unabhängig vom materiellen Inhalt zu reden. Ich gebe zu, daß ein gewisser Erwartungsdruck auf dieser Sitzung besteht. Ich frage mich dennoch und bitte das noch mal zu bedenken, ob er so stark ist, daß wir jetzt eine Erklärung herausgeben, die ja dadurch, daß sie nicht von der Fraktion, sondern vom Parteivorstand abgegeben wird, eine grundsätzlichere Bedeutung hat, auch wenn sie nur zu taktischen Zwecken des Zustandekommens einer vernünftigen gesetzlichen Lösung mit uns in der Fraktion abgegeben wird. Die Schwierigkeit besteht materiell darin, wenn wir diese Erklärung abgeben, die ich im Duktus für völlig richtig halte, in der sogenannten kriminologischen Indikation. Damit begeben wir uns in eine Position, darüber müssen wir uns klar sein, die uns einen Teil der ohnehin nicht sehr starken Freunde unserer Position noch wegsprengt. Wir werden hier mit dieser Erklärung nur zählen können auf die Teilnehmer an der öffentlichen Diskussion, die zugleich ein Sensorium für die Situation im Bundestag entwickeln. Die Leute, die grundsätzlich an die Sache herangehen, werden sich sofort an diesem Punkt festbeißen. Und Herr Kohl, hier gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Text und dem, was Sie vorgetragen haben. Sie haben gesagt, uns geht es um die medizinische Indikation, nicht in dem verwaschenen Sinn, in dem zur Zeit Herr Gerhard Jahn die Indikation diskutiert als Rückzugsgefechtlinie. Aber auch nicht in dem engen Sinne, in dem etwa die Stellungnahme der katholischen Bischöfe<sup>55</sup> zu verstehen ist. Sondern hier ist ausdrücklich der psychiatrische Bereich miteinbezogen in die medizinische Indikation, was ich, um das klar zu stellen, auch für richtig halte. Aber bei der Frage der kriminologischen Indikation lassen Sie im Text hier offen, ob es um einen Schuldausschließungsgrund oder um einen Rechtfertigungsgrund geht. Wir werden aber, wenn der Text so veröffentlicht ist, mit bohrenden Fragen, gerade aus dem kirchlichen Bereich, belegt werden, wollt ihr hier etwa einen Rechtfertigungsgrund einbauen. Daß das Spielmaterial für die Bundestagsfraktion sein muß, ist mir völlig klar. Aber wenn wir hier als Parteivorstand eine prin-

---

55 Stellungnahme: Katholischer Arbeitskreis für Strafrecht der Deutschen Bischöfe in Bonn (Hg.): Schwangerschaftsabbruch: § 218 StGB. Dokumentation. Köln 1972 S. 172. Vgl. auch „Die Welt“ vom 24. Juni 1971 „Katholische Bischöfe übergeben Dokument gegen Abtreibung“.

zielle Erklärung der CDU abgeben, ohne daß auch die notwendige Absprache mit partiell Gleichgesinnten in den Koalitionsfraktionen dahinter steht, dann werden wir diesen bohrenden Fragen kaum entgehen können. Ich warne davor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo das Lager unserer Freunde sich noch voll beschäftigt sieht mit der Erklärung des Parteitages der SPD, jetzt eine Erklärung der CDU herauszugeben, bei der wir sofort die gesamte Front der öffentlichen Diskussion, wegen dieses kritischen Punkts, gegen uns haben, nur wegen dieses einen kritischen Punktes der kriminologischen Indikation. Wenn Sie den streichen können, wenn Sie den unter dem Satz drunter interpretieren können, dann wäre das weg. Aber ich kann nur sagen, der Sturm geht los, wenn dieser Satz als offizielle, grundsätzliche Erklärung des Parteivorstandes der CDU in die Welt kommt.

*Eyrich:* Zunächst herzlichen Dank für die Einladung. Es tut mir leid, Herr Köppler, daß ich gleich in diesem Punkt eine scharfe Erklärung abgeben möchte. Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß die Freigabe der kriminologischen Indikation oder deren Bejahung, außerhalb der medizinischen, sicherlich den Widerstand mancher Kreise finden wird. Ich möchte aber vielleicht nur einen Satz dazu sagen. Stellen Sie sich bitte einmal das Echo in der Öffentlichkeit vor. Wenn wir diese Erklärung nicht abgeben und gar zu diesem Votum nicht kommen, weder hier noch in der Fraktion, wird mit Sicherheit 90 % der deutschen Öffentlichkeit kein Verständnis für eine CDU haben, die es nicht erlaubt, nach einem vollzogenen Gewaltverbrechen einer Frau die Möglichkeit der Abtreibung zu geben. Ich möchte das ganz deutlich sagen. Das hat mit Taktik oder mit Wählerwillen überhaupt nichts zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, ob wir bereit sind, das nachzuvollziehen, was im Grunde die Kirche schon lange tut, indem sie nämlich ausdrücklich darauf hinweist, daß nach erfolgter Gewaltanwendung gegenüber einer Frau in einer bestimmten Frist, die wir nicht übernehmen können – wir sind ja nicht Gesetzgeber der Kirche – sie die Möglichkeit gibt, mögliche Folgen zu verhindern. Wir haben diskutiert mit Moralthologen, wir haben Professoren der verschiedenen Kliniken bei uns gehabt und in Podiumsdiskussionen mit ihnen gesprochen. Und sie alle sagen übereinstimmend, es ist undenkbar, die kriminologische Indikation nicht zuzulassen, weil hier das Veranlasserprinzip ein völlig anderes ist als eine Indikation, und weil einfach ein zu großes Maß an Entscheidung auf die Frau zukommt, die sie nicht bewältigen kann. Natürlich, auch das sehe ich, haben wir damit das Prinzip des Schutzes des werdenden Lebens durchbrochen, ohne die Güterabwägung vorzunehmen. Das ist richtig. Das ist gar keine Frage. Ich persönlich – und bitte seien Sie nicht schockiert im Anschluß an das, was Herr Vogel gesagt hat – bin sogar der Meinung, daß wir über das, was in diesem Papier steht, hinaus uns in Übereinstimmung mit der entscheidenden Mehrheit der Strafrechtskommission, der Fachkommission Strafrechtsreform befinden. Ich möchte dazu jetzt nichts sagen, weil dieser Punkt nicht aufgeworfen worden ist bisher. Aber ich möchte Sie eindringlich bitten, diesem Votum, das der Bundesarbeitskreis getroffen hat, ihre Zustimmung nicht zu versagen. Weil ich es für nicht möglich halte, die Frau in eine so große Gewissenkonfliktsituation hinein zu bringen, aus der sie nicht herauskommt, was in der Öffentlichkeit keinerlei Verständnis haben wird. Nehmen sie bitte an, eine

Frau wird überfallen von einem brutalen Sittlichkeitsverbrecher, und wir müssen dann hingehen und sagen: Nein, liebe Frau, wir verlangen von Dir, das Du dieses Kind austrägst. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht im Hinblick auch auf die Stellungnahme der Kirche, ob wir das nicht vermeiden können.

*Lemke:* Ich ziehe zurück, ich bin der Ansicht von Herrn Vogel.

*Stingl:* Es ist jetzt ein bißchen schwierig zu argumentieren. Ich spreche Herrn Köppler an. Ich könnte dem, wie es hier steht, nicht zustimmen. Denn der kriminologischen Indikation, noch dazu mit dem Mißbrauch willensloser Frauen, ein Begriff, der sehr dehnbar ist und den Sie sehr weit auslegen können, werde ich nicht zustimmen können. Man könnte dafür den nächsten Absatz noch weiter fundieren, wenn man dort sagt, den Gerichten sollte eine Möglichkeit eingeräumt werden, dann wäre das vermutlich besser. Im übrigen habe ich einfach zur Formulierung des vorhergehenden Absatzes eine Frage. Was ist ein seelischer Schaden für Leib und Leben? (*Kraske:* Herr Vogel wird dazu sicher Stellung nehmen.) Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, auch diesmal, daß wir nicht beschlußfähig sind. Und eine solch wichtige Sache mit 13 oder 14 Mitgliedern zu beschließen, ist doch auch bedenklich.

*Echternach:* Ich habe Verständnis dafür, daß Herr Köppler und Herr Stingl Bedenken haben gegen einzelne Aussagen, die hier in dem Papier enthalten sind. Aber ich meine, daran sollte die Entscheidung, die Entscheidungsfähigkeit des Bundesvorstandes nicht leiden. Hier hat sich ein Arbeitskreis unserer Partei, der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen, eingehend mit einer schwierigen Grundsatzfrage beschäftigt, ist zu einem bestimmten Votum gekommen, kann damit alleine nicht an die Öffentlichkeit herantreten, es sei denn, daß der Vorstand sich das zu eigen macht. Die SPD hat sich als Partei geäußert. Die FDP hat sich als Partei geäußert, sollten wir als Partei nun nicht aufgerufen sein, uns ebenfalls zu äußern, uns eine Meinung zu bilden? Sei es, daß wir die kriminologische Indikation zulassen, sei es, daß wir sie ablehnen. Darüber müßte hier eine gesonderte Meinungsbildung erfolgen. Aber in jedem Fall, wie immer wir uns entscheiden, ich glaube, wir kommen um eine Entscheidung nicht herum. Jedes Ausweichen einer solchen Entscheidung würde dieser Partei nicht gut tun. Im übrigen kann auch die Bundestagsfraktion, selbst wenn sie noch ein halbes Jahr darüber debattiert, um diese Entscheidung sich nicht herumdrücken, sondern sie muß die Entscheidung auch fällen, so oder so. So ist also gar nicht einzusehen, warum wir hier, die wir heute auch zu diesem Punkt zusammengerufen worden sind, das Papier zugesandt erhalten haben, dazu nicht auch eine Entscheidung treffen können.

*Vogel:* Darf ich zunächst nach dem bisherigen Gang der Diskussion feststellen, daß Übereinstimmung besteht mit Ausnahme des von Herrn Köppler angesprochenen in der Tat kontroversen Punktes? Die Frage, die Herr Stingl zusätzlich gestellt hat, läßt sich sehr leicht beantworten. Das ist das, was die Rechtsprechung bislang zur Frage der medizinischen Indikation ausgesagt hat. Das heißt, das ist voll in Übernahme dessen, was bisher schon in der Rechtsprechung als Rechtfertigungsgrund bereits ausgebaut ist und insofern nichts Neues.

*Stingl:* Nein, ich meine, ich kann keinen seelischen Schaden am Körper spüren.

*Vogel:* Nein, Herr Stingl. Darf ich sagen, der erste Fall, der zur grundlegenden



Reichsgerichtsentscheidung im Jahr 1927 geführt hat, war ein solcher eines psychischen Krankheitsbildes.<sup>56</sup> Nur um das klarzustellen.

*Stingl:* Das ist eine Krankheit der Psyche und nicht des Leibes. (*Unruhe.*)

*Vogel:* Herr Stingl, wenn wir in der Sache einig sind, ist das andere eine Formulierungsfrage. Ich würde es sehr bedauern, wenn wir heute sagen würden aus Gründen der Nichtbeschlußfähigkeit kommen wir zu keinem Votum. Ich halte das für unmöglich. Ich möchte diese Frage nicht zu einem Kriterium werden lassen für unsere Einlassung heute. Zur Frage der kriminologischen, bisher ja unter dem Stichwort medizinische Indikation laufenden Diskussion: Ich glaube, hier werden wir ganz einfach davon ausgehen und damit leben müssen, daß in dieser Frage innerhalb der CDU/CSU wie auch innerhalb der Bundestagsfraktion der CDU/CSU keine einheitliche Auffassung besteht. Deshalb begrüße ich es sehr, daß hier vorgeschlagen worden ist, einen Satz über die Freiheit der Gewissenentscheidung mit aufzunehmen. Das ist etwas, was wir im übrigen seit Anfang der Diskussion immer wieder betont haben. Ich habe es auch immer wieder betont, lange vor dem Herrn Bundeskanzler. Dennoch müssen wir davon ausgehen, daß innerhalb der CDU, auch der CSU und innerhalb der Bundestagsfraktion eher eine Bereitschaft zur Aufnahme dieser kriminologischen Indikation vorhanden ist und daß es innerhalb der Partei wie auch innerhalb der Fraktion Vorstellungen gibt, die darüber noch hinausgehen. Herr Eyrich hat das angedeutet, wir haben darüber im Bundesvorstand des Juristenarbeitskreises sehr eingehend gesprochen. Ich glaube, daß es schon sehr viel wäre, wenn wir durch eine Beschlußfassung hier heute auch hinsichtlich dieser weitergehenden Vorstellung eine gewisse Klarheit schaffen können.

Den einen Satz noch, weil ich ihn eben vergessen habe. Wir haben also darauf verzichtet, nur zu sagen, ist das ein Rechtfertigungsgrund oder was ist das eigentlich? Im Grunde genommen, Herr Köppler, kann es nach meiner Auffassung allenfalls juristisch unter dem Gesichtspunkt der Schuldausschließung diskutiert werden. Das Problem, das sich ergibt, ob denn ein Arzt, der den Eingriff vornimmt, gerechtfertigt handelt oder nicht, das ist schwierig. Das ist Juristerei. Ich glaube, mit der Juristerei sollten wir uns hier in diesem Punkt nicht belasten.

*Dregger:* Ich bin für diese Vorlage. Ich glaube, daß man in der Frage der kriminologischen Indikation keine volle Übereinstimmung erreichen kann. Da liegt die Überlegung nahe, ob wir nicht unterscheiden müssen, ob wir ein solches Verhalten für gerechtfertigt oder ob wir es für strafwürdig halten unter dem staatlichen Strafanspruch. Der Staat kann nur Strafnormen durchsetzen, die auch von der Gemeinschaft getragen werden. Und da hier unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage bestehen, neige ich dazu, die kriminologische Indikation in einem staatlichen Strafgesetz für gerechtfertigt zu halten. Ich stimme also für diese Vorlage.

---

<sup>56</sup> Laut einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 11. März 1927 war der Schwangerschaftsabbruch nicht rechtswidrig, wenn er das einzige Mittel war, „um die Schwangere aus einer gegenwärtigen Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung im Sinne des § 224 zu befreien.“ Vgl. GANTE S. 16.

*Köppler:* Ich habe nur noch eine Frage. Ich will meine Meinung hier nicht vertiefen, die Sachdiskussion nicht vertiefen. Ist sichergestellt, daß die CSU dieser Formulierung zustimmt?

*Vogel:* Ich kann nur sagen, daß der bayerische Justizminister<sup>57</sup> der Auffassung ist, daß wir mit dieser Vorlage rechts von ihm stehen.

*Köppler:* Ich möchte unter allen Umständen vermeiden, daß wegen dieses Punktes jetzt auch noch eine differente Stellungnahme von CDU und CSU kommt. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Wir kämpfen um die Beschlußfähigkeit, und deswegen sollten wir uns jetzt wirklich entscheiden, ob wir diesem Papier zustimmen. Darf ich fragen, wer unter Einarbeitung der Frage der Gewissensfreiheit, die mir sehr wichtig scheint und Unterstreichung der Seite 3 dem Papier zustimmt.

*Stingl:* Ich möchte die Einzelabschnitte abgestimmt haben.

*Kraske:* Gut.

*Vogel:* Wollen wir nicht den einen Punkt herausnehmen und extra abstimmen?

*Kraske:* Herr Stingl, ich glaube auch, es geht um den einen Punkt.

*Stingl:* Ich will den umformuliert haben.

*Kraske:* Entschuldigung, Herr Stingl, das habe ich vergessen. Ich habe die Diskussion so verstanden, daß die Sätze, die Worte „für Leib oder Leben“ ohnehin gestrichen werden und es lediglich „seelischen Schadens“ heißt.

*Stingl:* Ich habe außerdem gesagt, daß den Gerichten eine Möglichkeit gegeben werden sollte.

*Vogel:* Damit bin ich einverstanden.

*Kraske:* Dann ist dies so geändert. Darf ich dann fragen, wer auf dieser Basis dem Papier zustimmt. Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei einer Enthaltung so angenommen.

*Stingl:* Entschuldigung, ich war gerade gestört worden. Es ist also nicht absatzweise abgestimmt worden?

*Kraske:* Ich dachte, Herr Stingl, Ihr Wunsch sei durch diese beiden Änderungen berücksichtigt worden.

*Stingl:* Ich will diesen Absatz nicht drin haben.

*Kraske:* Herr Stingl, das ist ja leicht zu machen. Manchmal versteht man sich nicht völlig richtig, das ist ja kein Grund für Ärger. Ich darf also feststellen, daß wir über den drittletzten Abschnitt auf Seite 2, sozusagen in der zweiten Lesung getrennt abstimmen, und fragen, wer für diesen Abschnitt ist? Gegenstimmen? Jawohl, wird festgehalten. Darf ich fragen, wer für das übrige Papier ist mit Ausnahme dieses Abschnittes? Nein, das ist doch der Wunsch von Herrn Stingl, festzuhalten, daß er nur gegen diesen Absatz ist, was sein gutes Recht ist. Das wird so protokolliert. (*Unruhe.*) Gut. Das ist also einstimmig. Mit zwei Stimmen gegen diesen drittletzten Abschnitt auf Seite 2.

---

57 Dr. Philipp Held (1911–1993), Jurist; 1945–1966 Landrat in Freising (CSU), 1954–1974 MdL Bayern, 1958–1966 Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, 1960–1966 Präsident des Deutschen Landkreistages, 1966–1974 Staatsminister der Justiz und 1972–1974 stv. Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, können wir einvernehmlich Herrn Vogel bitten, für die endgültige Redaktion des Textes das festzuhalten, was wir hier vereinbart haben in einzelnen Punkten.

*Von Weizsäcker:* Herr Vogel, darf ich wegen des Problems Gewissensfreiheit noch eine Selbstverständlichkeit anfügen. Es hat sich unter politischen Delegierten eingebürgert zu sagen, wir würden hier gerne die Gewissensentscheidung freigeben oder so was. (*Kraske:* Die ist immer frei.) Sie kann allenfalls freiwillig zugunsten einer politischen Entscheidung von Einzelnen hergegeben werden, aber nicht umgekehrt.

*Kraske:* Wenn wir Ihnen das übertragen haben, dann haben wir Zutrauen zu Ihnen. Aber das wird selbstverständlich berücksichtigt.

*Wex:* Ich habe jetzt, glaube ich, nicht ganz verstanden. Bei Seite 3 war ein Antrag, die ganze Seite zu streichen.

*Vogel:* Nein, ich würde sagen, für den internen weiteren Prozeß der Meinungsbildung, also auch für heute Abend etwa, bleibt der bestehen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Gut! Damit sind wir mit Punkt 6 am Ende. Darf ich die noch Anwesenden um wenig Geduld bitten, um auch die Punkte 7 bis 9 noch zu erledigen. Ich glaube nicht, daß ich Sie damit lange aufzuhalten brauche.

#### TERMINPLAN FÜR 1972

Ich rufe auf den Punkt 7 und beginne mit einer Entschuldigung für zwei Fehler, die in der Ihnen übersandten Vorlage enthalten sind. Nämlich erstens ist diese Vorlage offensichtlich von einem Nicht-Rheinländer gemacht worden, weil auf den 14. Februar eine große Kette von Veranstaltungen gelegt ist. Der 14. Februar ist der Rosenmontag. Ich schlage Ihnen vor, die Veranstaltungen, die für den 14. Februar vorgesehen sind, auf den 21. Februar zu verschieben. Bis dahin sind alle auch vom Aschermittwoch ausgeschlafen. Die zweite Änderung ist ein Druckfehler auf Seite 2; oben muß es nicht heißen 6. Juni sondern 5. Juni, denn der 5. ist ein Montag und das Präsidium tagt an Montagen. Darf ich im übrigen diese Vorlage zu Aussprache stellen bzw. um Hinweise oder Änderungswünsche bitten?

*Köppler:* Der ganze Vorschlag basiert darauf, den Montag grundsätzlich zu dem Parteigremiumstag zu machen. Das bringt uns, ich nehme an auch in anderen Landtagsfraktionen, natürlich in eine außerordentlich schwierige Situation. Wir müssen dann versuchen, interfraktionell den Montag freizuhalten. Denn es sind ja auch die Bundesausschußsitzungen am Montag vorgesehen. Ich bin nicht sicher, ob das gelingt. Meine Frage ist, ob wir von dem bisherigen Brauch, für die Parteigremien den Freitag vorzusehen, abgehen sollten zugunsten des Montags. Ich weiß nicht, ob die Bundestagsfraktion mit dem Problem, was hier aufgeworfen ist, fertig wird, ob der Vorstand also wekommt. Aber für uns ist es eine außerordentlich schwierige Lage.

*Kraske:* Herr Köppler, dieses ist die Tragödie eines am Ende immer schlecht besetzten Vorstands. Ich habe in der vorigen Vorstandssitzung ausdrücklich gefragt, ob wir diese Planung auf der Basis des Montags durchführen konnten. Und da gab es eine

ganz überwiegende Mehrheitsentscheidung, nach meiner Erinnerung von 95 %, mit der Bitte, das auf dem Montag zu lassen. Nach unseren Bonner Erfahrungen der letzten Zeit ist der Freitag schwierig, weil es manchmal sehr gut geht, aber manchmal dann auch völlig schief geht, wenn dann noch am Freitag im Plenum etwas Wichtiges ist. Deswegen würde ich also herzlich darum bitten, daß die Landtagsfraktionen die Montage freistellen, es sind ja nicht zu viele Montage für ein Jahr. Dies ist doch auch einer der Gründe, warum wir das so frühzeitig beschließen wollen.

*Schwarz-Schilling:* Ich habe Ihnen das ja oftmals beschrieben, daß der Montag außerordentlich unchristlich ist. Ich meine, wenn das hier so beschlossen wurde, dann muß man sich dem beugen. Ich möchte nur die Frage stellen, wann gedenken Sie die Vorstandssitzung am Montag beginnen zu lassen?

*Kraske:* Am Nachmittag.

*Schwarz-Schilling:* Vormittag unter keinen Umständen. Das ist ausgeschlossen?

*Kraske:* Das werden wir da, wo es sich um Tagungswochen handelt, und das sind nach meiner Erinnerung keineswegs alle Fälle, entsprechend regeln müssen.

*Echternach:* Wenn wir eine solche Terminplanung beschließen, muß sie ja eingehalten werden.

*Kraske:* Völlig klar. Herr Barzel hat diesem Plan ausdrücklich zugestimmt. Ich würde das der Fraktion gegenüber genau so durchsetzen wollen in diesen Fällen, wie das in anderen Fällen auch gemacht werden muß. Denn, Herr Schwarz-Schilling, sicher ist der Montag der einzige Tag, aber Sie implizieren damit, daß alle anderen Tage durch andere politische Verpflichtungen besetzt sind. Und da kommen wir dann, ob Dienstag oder Mittwoch oder Donnerstag oder Freitag in immer die gleiche Schwierigkeit. Oder wir sagen, gewählte Mitglieder des Bundesvorstands müssen eben auch gegenüber ihren übrigen Verpflichtungen Prioritäten setzen. Darf ich fragen, welche Einwände es gäbe, wenn wir an dem Montag die Bundesvorstandssitzung tatsächlich um 11.00 Uhr machten? (*Zwischenruf:* Da kommt niemand.)

*Von Hassel:* Wenn wir grundsätzlich am Montag festhalten und für Vorstand und Parteivorstand einen Montag suchen, der in einer arbeitsfreien Woche liegt, dann könnte ich auf den Nachmittag gehen, das wäre keine Schwierigkeit. Aber in den Arbeitswochen ist der Montagnachmittag wieder belegt. Ich habe folgendes gesagt: Man könnte am Montag festhalten mit einer Einschränkung, daß man bei den Malen, wo wir ohnehin an einem freien Montag tagen, an diesem dann die Vorstands- und die Parteausschußsitzung legt. Dann können wir nämlich auch auf den Nachmittag gehen.

*Kraske:* Ich bin sehr einverstanden, das zu prüfen. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Vorstand nicht nur ein Diskussionsgremium, sondern auch ein politisches Gremium ist. Und da er so selten tagt, ist, wenn er um 17.00 Uhr seine Tagung beginnt, nicht nur die Pressewirkung, sondern sogar die Wirkung auf Fernsehnachrichten praktisch gleich Null. Auch das muß natürlich bedacht werden, daß wir die wirklich breite Presse nur haben bei Beschlüssen, die um 14.00 oder um 15.00 Uhr feststehen.

*Langguth:* Also ich möchte mich nachdrücklich für den frühen Termin, sprich um 11.00 Uhr, einsetzen. Ich sehe es einfach als unabdingbar an, daß wir für den Bundesvorstand, der ca. sechsmal im Jahr tagt, genügend Zeit zur Verfügung haben. Und ich

halte es persönlich für unmöglich, daß wir heute abend jetzt gerade noch zehn Leute von 30 Leuten sind. Diese Entscheidung, wie wir sie vorhin zum § 218 getroffen haben, ist letztlich für mich gar keine Entscheidung, die von einer breiten, repräsentativen Mehrheit getragen wurde, weil nämlich gerade noch ganz knapp die Mehrheit vorhanden war. Ich würde also deswegen plädieren, wenn wir wirklich der Partei ein stärkeres Gewicht in Zukunft verleihen sollen, einen möglichst frühen Termin zu machen.

*Kraske:* Ich muß eines doch richtig stellen. Der Vorstand war bei seiner Beschlußfassung erstens klar beschlußfähig und zweitens fiel diese Abstimmung mit einer so breiten Mehrheit aus, daß ich sagen würde, diese Abstimmung sollten Sie sehr ernst nehmen. Daß wir jetzt hier in einer schwierigen Situation sind, will ich gerne glauben. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie diese jetzige Situation als ein Votum gegen zu späten Beginn nehmen, denn ich halte es schlechterdings für eine Utopie zu glauben, wenn wir diesen Bundesvorstand auf 17.00 Uhr ansetzen, daß wir dann bis 21.00 Uhr wirklich arbeitsfähig sind. Und das scheint mir erforderlich zu sein.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir zu einem Votum über die Wochentagsverteilung jetzt kommen. Und wenn Sie mir erlauben, im Präsidium über diese Diskussion zu berichten einschließlich der ernsthaften Bedenken, die hier von drei Kollegen gegen diesen Montagvormittagsbeginn angemeldet worden sind. Unter Berücksichtigung erstens der Pressezeiten, die sicher auch Sie genau so ernst nehmen werden wie wir alle, und zweitens der Bedürfnisse der übrigen Mitglieder des Vorstands müssen wir einen Kompromiß finden, der möglichst vielen es erleichtert, das wahrzunehmen, ohne dadurch andere Dinge zu vernachlässigen. Ich glaube nicht, daß wir heute abend zu einer besseren Lösung kommen können.

*Echternach:* Ich bitte nur um Verständnis dafür, daß ich einer Montagregelung ohne feststehende Uhrzeit nicht zustimmen kann.

*Stingl:* Ich habe hier noch etwas anderes: Konferenz der Landesvorsitzenden, Vorsitzende der Vereinigungen, Landesgeschäftsführer. Ist da den Vorstandsmitgliedern erlaubt, da mit reinzureden oder nicht?

*Kraske:* Aber selbstverständlich. Diese Sache hat folgenden Hintergrund. Es hat ein Gespräch darüber gegeben, daß dem Vorstand ja nunmehr fast alle Landesvorsitzenden angehören und daß es deswegen diese Konferenz nicht mehr zu geben brauchte. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Vorstand in dieser Zusammensetzung als ein politisches Gremium nie bereit sein wird, wirklich gründlich über organisatorische Fragen zu sprechen. Diese Fragen sind aber ungeheuer wichtig, deswegen dieses Gremium. Selbstverständlich werden interessierte Vorstandsmitglieder immer bei diesem Gremium willkommen sein. Wir werden die Einladung mit der Tagesordnung auch den übrigen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis bringen.

Gut, dann können wir also mit der Gegenstimme von Herren Echternach diesen Plan zunächst so beschließen. Ich werde im Präsidium über die Schwierigkeiten berichten, die hier zur Sprache gebracht worden sind und Sie können sich darauf verlassen, daß wir alles tun werden, um hier die günstigsten Kompromisse zu finden. Kompromisse werden es ganz bestimmt immer sein. Kompromisse würden es auch sein, wenn wir auf Dienstag, Donnerstag oder Freitag gingen. Ich glaube nach reiflicher

Prüfung, daß von den Wochentagen der Montag noch der am ehesten auskömmliche ist. – Darf ich eben noch die beiden letzten Punkte aufrufen?

#### REDNEREINSATZ IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Gerade in Punkt 8 sollten wir uns trotz der fehlenden Beschlußfähigkeit erlauben, auch und gerade über die Abwesenden zu beschließen. Der Punkt 8 liegt auf der Linie der früheren Beschlüsse, die wir bei anderen Landtagswahlkämpfen gefaßt haben. Mir fehlt in diesem Votum die Fristenbestimmung. Denn ich glaube, wir können es nicht jedem einzelnen frei überlassen, ob er im Januar, oder im Februar oder im April spricht. Ich empfehle ihnen, diesem Votum zuzustimmen, wie es hier steht, und es dem Vorsitzenden zu überlassen, in seinem Brief an die einzelnen Redner eine genaue Eingrenzung der Termine vorzunehmen. Das ist nämlich der wichtige Punkt, daß sieben Tage in den letzten zwei Wahlkampfwochen nach der Osterzeit und zwischen dem Weißen Sonntag und dem Wahltermin liegen.

*Köppler:* Ich meine, wir sollten unter uns ehrlich bleiben. Dagegen spricht zweierlei. Erstens, wir stehen jetzt schon unter einem sehr heftigen Druck der Wahlkampfleitung in Baden-Württemberg, möglichst schon Februar und früh im März Termine einzuordnen. Ich habe auch zugesagt, vier Tage, Ende Februar, März, dorthin zu gehen. Zweitens muß ich darauf aufmerksam machen, daß wir eine Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, höchstwahrscheinlich am gleichen Wahltermin<sup>58</sup>, haben, bei der ja auch weit über eine Million Einwohner beteiligt sind. Wenn es so kommt, daß derselbe Wahltermin genommen wird, müßte ich für die nordrhein-westfälischen Mitglieder des Bundesvorstands und der übrigen Gremien, die hier unter die Kategorie Bundesredner gefaßt sind, doch bitten, daß dann nicht der volle Zeitraum von acht Tagen in diesem Zeitraum verplant wird.

*Kraske:* Dies ist doch der Grund offenbar, warum es hier noch nicht vorgesehen ist. Auf solche Dinge muß natürlich Rücksicht genommen werden. Ich bitte Sie nur jetzt schon um Verständnis, daß wir im Sinne der Baden-Württemberger dafür sorgen, daß ein Großteil dieser Termine wirklich in die entscheidende Phase des Wahlkampfes fällt. Aber ich schlage Ihnen vor, daß wir das den Absprachen zwischen der Bundespartei, dem Landesverband und den Rednern und entsprechend dem Brief des Vorsitzenden vorbehalten.

*Von Weizsäcker:* Wir haben bisher nicht angesprochen, das ist ja jedesmal das Problem, daß man bestimmte Verpflichtungen direkt angenommen hat. Ich meine, wenn ich jetzt mal von mir rede, der Leiter des Evangelischen Arbeitskreises von Baden-Württemberg macht seine Wahlkampföffnungsveranstaltung am soundsovielten, dann schreibe ich dem nicht, es tut mir furchtbar leid, die Bundesgeschäftsstelle hat mir bereits einen Termin zugewiesen und deshalb kann ich nicht kommen. Natürlich

---

58 Am 23. April 1972 fanden im Regierungsbezirk Aachen Kommunalwahlen statt, vgl. FAZ vom 5. April 1972 „Ein Kommunalwahlkampf um 700.000 Bürger“.

ist das andere Extrem das, daß ich zu sagen habe, daß ich von meinen sieben Tagen sechs schon hinter mir habe.

*Kraske:* Das muß in einem solchen Fall mit dem einzelnen Betroffenen ausgehandelt werden. Dabei steht von vornherein fest, daß von einem Vorsitzenden einer Grundsatzkommission der Partei ein besonders intensiver Einsatz erwartet wird. (*Gelächter.*)

*Stingl:* Ich wollte auch noch was dazu sagen, Herr von Weizsäcker. Man sollte alle diese einzelnen Zusagen an die Bundesgeschäftsstelle durchgeben, damit das von vornherein koordiniert wird. Die Berliner Bundestagsabgeordneten hatten ja keinen Wahlkreis und waren in Bundestagswahlkämpfen immer so eingesetzt. Das war so üblich.

*Kraske:* Ich habe in diesem Zusammenhang eine dringende Bitte an die Bundesgeschäftsstelle, das nämlich den einzelnen Rednern – und hier nehme ich jetzt eine Erfahrung von Herrn Schwarz-Schilling in ganz anderer Weise auf –, soweit sie nicht hauptberufliche Politiker sind, abgenommen wird, selber mit Kreis- oder Landesverbänden über die Erstattung irgendwelcher zwingenden Unkosten zu sprechen. Ich habe das in den letzten zwei Jahren erfahren, daß die Regelungen in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden völlig unterschiedlich sind und die meisten darauf warten, ob der Redner eigentlich darauf von sich aus zurückkommt oder nicht. Ich finde dieses eine unangenehme Situation und würde sagen, das sollte mit dem Landesverband Baden-Württemberg von vornherein geklärt werden.

*Von Hassel:* Darf ich zwei Anmerkungen machen. Eine geht sehr stark an unsere Bundesgeschäftsstelle. Mein Eindruck aus Baden-Württemberg geht dahin, daß die Organisation nicht ganz so funktioniert, wie sie eigentlich sein sollte. Ist vorgesehen, daß uns die Nachbarlandesverbände dort eine personelle Hilfe leisten können? Zweitens, wir werden ja auch von anderen Landesverbänden zur Zeit angesprochen. Zum Beispiel kommt eine große Aktion in Hessen. Ich habe gerade wieder einen Brief dabei. Ich habe denen geantwortet, vor Baden-Württemberg stehe ich nicht zur Verfügung, weil ich selber alles konzentriere auf Baden-Württemberg. Das ist ein Nachteil für die anderen Länder, da geschieht also inzwischen weniger. Wie sieht da die bundeseinheitliche Regelung aus?

*Göb:* Wir haben gestern die Frage der Unterstützung des organisatorischen Wahlkampfes in Baden-Württemberg sehr eingehend auf der Landesgeschäftsführerkonferenz besprochen und auch die Frage des Einsatzes der angrenzenden Landesverbände in Baden-Württemberg. Das ist geregelt. Wir haben außerdem einen – das wird sich ja auch in absehbarer Zeit wahrscheinlich verstärken – Mann aus der Bundesgeschäftsstelle, nämlich Herrn Rummeler, da unten sitzen. Die organisatorischen Schwierigkeiten ergeben sich im wesentlichen in Baden-Württemberg daraus, daß man eben den Verband umgekrempelt hat zu einem zentralisierten Einheitsverband.<sup>59</sup> Daraus haben sich organisatorisch, ich will mal vorsichtig formulieren, Anfangschwierigkeiten er-

---

59 Die Konstituierung des LV Baden-Württemberg, in dem sich die bisherigen Landesverbände Baden, Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern zusammenschlossen, erfolgte am 15. Januar 1971 auf dem Landesparteitag in Baden-Baden. Vgl. Fred SEPAINTER: Von der Koordination der vier Landesverbände zur Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg. In: Paul-Ludwig WEINACHT (Hg.): Die CDU in Baden-Würt-

geben, die nun ausgerechnet in den Wahlkampf hineinfliegen. Aber wir werden versuchen, daraus zu tun, was zu tun ist. Das ist gestern geregelt worden. Die zweite Frage haben wir gestern nicht behandelt.

*Von Hassel:* Wir müssen ja wissen, wie wir uns verhalten, nicht?

*Von Weizsäcker:* Es ist ein gutes Beispiel, aber nicht das alleinige Beispiel dafür, daß ein Landesverband nach dem anderen ankommt und sagt, jetzt machen wir aber unsere große Aktion, manche vielleicht sogar zweimal im Jahr. Und man kann ja gar nicht anders, als daß man bis zum Ende von Baden-Württembergs Wahlkampf eben nicht zur Verfügung steht. Ich finde, daß das auch wirklich von seiten der Bundespartei nicht nur honoriert, sondern auch unterstützt werden müßte.

*Kraske:* Der Vorstand hat aufgrund einer Empfehlung des Bundesparteitages auf seiner letzten Sitzung einige Vorschläge beschlossen. Der erste ist der, daß der Bundesausschuß für Kulturpolitik auf seiner konstituierenden Sitzung am 26. Oktober 1971 Herrn Dr. Bernhard Vogel zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt hat. Laut § 22 der Geschäftsordnung bedarf diese Wahl der Zustimmung durch den Vorstand. Ich stelle fest, daß der Vorstand dem zustimmt. Mein zweite Bitte an den Vorstand ist eine Erneuerung seines Beschlusses aus der letzten Wahlperiode, daß nämlich das Recht und die Pflicht auf die Berufung der Fachausschüsse, das formell dem Vorstand zusteht, auf den Generalsekretär delegiert wird. Das ist bisher so gewesen, der Generalsekretär wird dies im weitestmöglichen Sinne mit den Landesverbänden, Vereinigungen und den Mitgliedern des Vorstandes jeweils selbstverständlich abstimmen. Aber ich glaube auch nach den bisherigen Erfahrungen, der Bundesvorstand wäre überfordert, wenn wir hier bei elf Fachausschüssen uns jeweils durch Listen von 30 Mitgliedern durcharbeiten sollten.

*Köppler:* Ich würde dem gerne zustimmen, aber unter dem Vorbehalt, den Sie selber gemacht haben, daß das mit den Landesverbänden abgesprochen wird. Und ich muß auch in diesem Punkt eines einmal sagen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Fachausschüsse der Bundespartei nicht zu groß werden. Aber wenn hier das Prinzip obwaltet, daß für jeden Landesverband drei Mitglieder vorgesehen sind, macht 30 Mitglieder eines Bundesausschusses, dann kann ich dem auf die Dauer nicht mehr widerspruchlos so zustimmen.

*Kraske:* Herr Köppler, Sie können davon ausgehen, daß ich dieses Prinzip in einer Kombination von Ordnungsliebe und Phantasie handhaben werde. Die starre Begrenzung auf die Zahl 30 scheint mir nicht in jedem Falle sinnvoll.

Ich bedanke mich bei Ihnen, die Sie bis zum Schluß ausgehalten haben, und schließe die Sitzung.<sup>60</sup> Die nächsten Termine sind zwar beschlossen, werden Ihnen aber selbstverständlich wie bisher durch rechtzeitige Einladung und Vorankündigung grundsätzlich noch mitgeteilt.

---

temberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart 1978 S. 247–256.

60 Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07–001–919; vgl. auch CDU Presse Mitteilungen vom 10. Dezember 1971.